

Stand: 07.05.2021 16:38:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/14767

"Wirtschaft umgehend öffnen! Keine Einschränkungen ohne deutliche Krankenhausauslastung"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/14767 vom 24.03.2021
2. Beschluss des Plenums 18/14803 vom 24.03.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 24.03.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Wirtschaft umgehend öffnen! Keine Einschränkungen ohne deutliche Krankenhausauslastung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die noch nicht geöffneten Bereiche des Einzelhandels, der Hotellerie, der Gastronomie, der Sportdienstleistungen, der Kunst und Kultur, der persönlichen Dienstleistungen, sowie die Bildungseinrichtungen unter Einhaltung aller notwendigen Hygienekonzepte umgehend, spätestens aber ab dem 29.03.2021 zu öffnen.

Eine erneute Schließung bzw. Einschränkung der o. g. Bereiche darf, unabhängig von den Inzidenzwerten, erst dann erfolgen, wenn die Belegung der Intensivbetten mit COVID-19-Patienten 25 Prozent der Gesamtzahl der Intensivbetten, inklusive Notfallreserve, in bayerischen Krankenhäusern überschreitet.

Begründung:

Die Corona-Einschränkungen schädigen unsere bayerische Wirtschaft enorm. Der November- bzw. Dezember-Lockdown von 2020 kostete die bayerische Wirtschaft rd. 9,2 bis 13 Mrd. Euro¹. Jeder weitere Monat der Geschäftsschließungen im Jahr 2021 kostet die bayerische Wirtschaft 6 Mrd. Euro². Laut einer neuen Studie des ifo Instituts sind 6 Prozent der Unternehmen im Freistaat akut insolvenzbedroht, 20 Prozent haben Liquiditätsprobleme³.

Auch die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden der Lockdown-Politik sind besorgniserregend. Nach Einschätzungen des ifo Instituts führt der Unterrichtsausfall zu einem im Durchschnitt 3 bis 4 Prozent geringeren zukünftigen Erwerbseinkommen der heutigen Schüler⁴. Einschlägige Studien bestätigen, dass ein Mangel an körperlicher Bewegung, der durch die fortgesetzte Schließung von Sportanlagen verursacht

¹ Bardt H. (2020). Lockdown light darf nicht auf Industrie übergreifen. IW Köln; Grömling M. (2020). Lockdown 2.0 kostet 2020 zwei und 2021 einen Prozentpunkt. IW Köln. Sowie Berechnungen des MIWI Instituts.

² Einschätzung von Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern. URL: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-coronahilfen-huerden-betroffene-1.5179071>

³ Peichl A. et al. (2021). Eigenkapitalentwicklung im Zeichen der Coronakrise. ifo Institut im Auftrag der IHK München und Oberbayern. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/monographie-autorenschaft/eigenkapitalentwicklung-im-zeichen-der-coronakrise>

⁴ Wößmann L. Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatzzeitschrift/folgekosten-ausbleibenden-lernens-was-wir-ueber-die-corona>

wird, das Risiko für chronische und schwerwiegende lebensbedrohliche Krankheiten wie Herzinfarkt und Diabetes erheblich erhöht⁵.

Nach Einschätzungen des Robert Koch-Instituts (RKI) vom 16.03.2021 tragen die o. g. Bereiche nachweislich kaum zur Verbreitung des COVID-19-Erregers bei (z. B. im Gegenteil zu Altenheimen)⁶. Dennoch wird ihnen fälschlicherweise die Erwerbstätigkeit im Rahmen der Lockdown-Politik teilweise immer noch komplett untersagt. Diese Zwangsschließungen verschieben einen Großteil der täglichen Aktivitäten der Bürger weg von diesen Bereichen, wo die Verbreitung des COVID-19-Erregers nachweislich gut eingedämmt und nachverfolgt werden kann, in die privaten Haushalte und die Schattenwirtschaft, welche nach Meinung des RKI am meisten zur Verbreitung des Erregers beiträgt.

In Schweden sind und waren alle Branchen bisher geöffnet. Daher betrug der schwedische BIP-Rückgang im Jahr 2020 nur 2,8 Prozent (exportbedingt), während das bayerische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 6,5 Prozent eingebrochen ist⁷. Dennoch ist die Zahl der in Deutschland „an und mit“ COVID-19 Verstorbenen pro 1 Mio. Einwohner fast die Gleiche bzw. etwas höher als in Schweden⁸. Daraus kann man schlussfolgern, dass der Lockdown nicht dazu beiträgt, die Verbreitung des Erregers einzudämmen.

Die Ausweitung der Testkampagne im Frühjahr 2021 (zur KW 11 wurden in Bayern ca. ein Drittel mehr Laboruntersuchungen auf SARS-CoV-2 durchgeführt als in der KW 1)⁹ erhöht die Gesamtzahl der positiv und auch falsch-positiv Getesteten. Nach Einschätzungen von Commerzbank Research sind bis zu zwei Drittel des Anstiegs der Neuinfektionen ab der KW 6 auf die Ausweitung der Tests zurückzuführen¹⁰. Somit erhöht sich mit einer umfangreicheren Testkampagne der maßgebliche Inzidenzwert, ohne dass sich das eigentliche Infektionsgeschehen signifikant intensiviert hat.

Die Möglichkeit einer weiteren bzw. erneuten Schließung der o. g. Branchen auf Landkreisebene nach Überschreitung der Inzidenzwerte verunsichert die Unternehmen immens. Dazu kommt noch, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Auszahlung der meisten Corona-Hilfen ab dem 05.03.2021 zeitweise eingestellt hat. Ein Teil der Corona-Hilfen wurde für die Finanzierung des islamistischen Terrorismus verwendet¹¹.

Zum Gipfel der 1. Corona-Welle am 21.04.2020 belegten COVID-19-Patienten nur 15,5 Prozent der verfügbaren Intensivbetten in Bayern, 54 Prozent der Intensivbetten waren frei. Zum Gipfel der 2. Corona-Welle am 28.12.2020 belegten COVID-19-Patienten 27 Prozent der verfügbaren Intensivbetten in Bayern (20,4 Prozent, wenn man die Notfallreserve mit einberechnet), 17,6 Prozent der Intensivbetten waren frei (56,4 Prozent mit Notfallreserve). Am 16.03.2021 belegten COVID-19-Patienten nur 14,5 Prozent

⁵ Booth F. et al. (2012). Lack of exercise is a major cause of chronic diseases. *Comprehensive Physiology*. URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1002/cphy.c110025>

⁶ Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (16.03.2021). URL: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Maerz_2021/2021-03-16-de.pdf?_blob=publicationFile

⁷ John Hopkins University (2021). Daily new confirmed COVID-19 deaths per million people. Rolling 7-day average. Germany, Sweden. URL: <https://ourworldindata.org/coronavirus-data-explorer?zoomToSelection=true&time=2020-11-01..latest&country=DEU~SWE®ion=World&deathsMetric=true&interval=smoothed&hideControls=true&perCapita=true&smoothing=7&pickerMetric=location&pickerSort=asc>

⁸ Kofner Y. (2021). Economic, fiscal and monetary impact of the Corona measures on Bavaria, Germany and Europe. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/842>

⁹ LGL (2021). Übersicht der Fallzahlen von Coronavirusinfektionen in Bayern. URL: https://www.lgl.bayern.de/gesundheitschutz/infektionsschutz/infektionskrankheiten_a_z/coronavirus/karte_coronavirus/

¹⁰ Commerzbank Research (2021). Economic Briefing: Corona Update. URL: <https://www.commerzbank.de/de/hauptnavigation/research/research.html>

¹¹ Focus (2021). Corona-Hilfen absurd: Der Staat unterstützt Terroristen - und lässt die Ehrlichen im Stich. URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/kommentar-zu-pandemie-straftaten-bazooka-fuer-kriminelle-und-terroristen-wie-der-staat-bei-den-corona-hilfen-versagt_id_13084657.html

der Intensivbetten in Bayern (11,3 Prozent mit Notfallreserve), 16 Prozent der Intensivbetten waren frei (52,6 Prozent mit Notfallreserve). Zwischen dem 22.04.2020 und dem 16.03.2021 lag die Zahl der insgesamt belegten Intensivbetten (mit und ohne Corona) in bayerischen Krankenhäusern relativ konstant zwischen 2 800 und 3 000. Es gab keine Korrelation der Auslastung mit der Gesamtzahl der Corona-Infektionen (bzw. mit der 1. und 2. Corona-Welle). Gleichzeitig ist festzuhalten, dass unabhängig davon die Zahl der freien Intensivbetten in den bayerischen Krankenhäusern zwischen dem 21.04.2020 und dem 16.03.2021 um über 20 Prozent gesunken ist. Auch die Zahl der Intensivbetten der ab Anfang August 2020 eingeführten Notfallreserve hat sich seitdem um ca. 50 Prozent halbiert. Somit gibt es einen signifikanten Rückgang der Intensivbehandlungskapazitäten ohne jegliche Verschuldung des Infektionsgeschehens¹².

¹² RKI (2021). DIVI Intensivbettenregister. Bayern. URL: <https://www.intensivregister.de/#/aktuelle-lage/zeitreihen>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/14767

Wirtschaft umgehend öffnen! Keine Einschränkungen ohne deutliche Krankenhausauslastung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Ludwig Hartmann

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Markus Plenk

Abg. Ralf Stadler

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Florian Streibl

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Christina Haubrich

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Andreas Winhart

Abg. Gabi Schmidt

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Corona-Mutationen bekämpfen, dritte Corona-Welle durchbrechen

(Drs. 18/14765)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Impfturbo jetzt zünden: besser aufklären, schneller impfen und für Transparenz
sorgen! (Drs. 18/14766)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-
Steiner, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)**

**Wirtschaft umgehend öffnen! Keine Einschränkungen ohne deutliche
Krankenhausauslastung (Drs. 18/14767)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar
Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

Schutz - Perspektive - Unterstützung (Drs. 18/14768)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Testen, Impfen, Recht auf Bildung (Drs. 18/14769)

Das Wort hat nun Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Präsident, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Corona erneut: Corona ist wie eine schwarze Wolke, die über dem Land liegt. Sie liegt bleiern auf der Stimmung der Menschen bei uns, und das seit über einem Jahr. Anscheinend ist es eine unendliche Geschichte; immer wieder kommen aufs Neue Hiobsbotschaften, schlechte Nachrichten. Deswegen ist es mehr als verständlich, dass die Stimmung gereizt, nervös und bei vielen auch richtig resignativ ist. Manche können einfach nicht mehr, zumindest fühlt es sich so an. Neben dieser psychologischen Situation ist es aber die Wahrheit, dass die Lage leider auch objektiv ernst ist. Sie ist ernster, als die meisten glauben. Viele unterschätzen die derzeitige Situation. Wir haben jetzt die Wahl, und sie ist eigentlich ganz einfach. Wir haben die Wahl, ob wir es laufen lassen, aufgeben, es geschehen lassen – die Folgen werden schwerwiegend sein –, oder ob wir klug und konsequent reagieren. Wir sind jetzt in einer Phase der Pandemie, in der es nicht darum geht, schnell, hart und einfach nach einem Schwarz-Weiß-Muster zu agieren, also nur den Lockdown zu machen oder einfach nur zu öffnen, und zwar möglicherweise in einem Blindflug. Was wir tatsächlich brauchen, ist ein kluges System.

Wir sind inzwischen ein Jahr weiter und erkennen, dass wir auch andere Instrumente haben, die täglich in der Kapazität stärker werden. Deshalb können sie ergänzend zum Einsatz kommen. Wir können sie anwenden. Deshalb ist es unsere Strategie, un-

sere Agenda, sie immer weiter zu entwickeln, an die Realitäten anzupassen und sie fortzuschreiben, aber auch, sie mit neuen Ideen zu verbinden.

Das Team, das wir bilden, ist aus zwei Teilen zusammzusetzen: Vorsicht, aber auch Motivation. Es geht um zwei Begriffe, die sich mit einem verbinden, mit dem Leben. Der Schutz des Lebens ist das eine, aber das Zurückfinden in das normale Leben ist der andere Aspekt: Vorsicht und Umsicht, Schutz des Lebens, das ist für uns ganz klar. Das haben wir für die nächsten Wochen, insbesondere für die nächsten drei Wochen, so definiert, auch im Kabinett. Wir schlagen Ihnen das vor. Bei den steigenden Zahlen, die wir jetzt haben, ist eine überstürzte Öffnung der falsche Weg. Wir setzen alle Öffnungen, die denkbar wären, jetzt erst einmal bis zum Ende der Osterferien aus.

Dafür wenden wir unsere Notbremse konsequent an. Dieses Instrument Notbremse ist ganz entscheidend. Übrigens: Nicht alle Länder verwenden es so wie wir. Für uns ist es klar: Wir haben die Instrumentarien, und die greifen bei Inzidenzen über 100 automatisch, nicht zufällig, nicht erst nach einer Überlegung, sondern sofort und automatisch. Sie greifen mit Ausgangssperren, die übrigens heute erneut vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt wurden. Das sind also rechtmäßige Maßnahmen. Hinzu kommen verschärfte Kontaktbeschränkungen, eine nachhaltige Maskenpflicht. Ich weise darauf hin, Bayern war eines der ganz wenigen Länder und vor allem das erste, das eine FFP2-Maskenpflicht zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht hat. Ich komme nachher noch zum Thema Osterruhe. Unabhängig davon, wie sich das entwickelt hat, ist für uns klar: In den nächsten Wochen wirkt die Notbremse, die einheitlich und konsequent angewendet wird. In Bayern ist sie ein scharfes Schwert und kein zahnloser Tiger.

Was wir heute aber auch sagen und vorschlagen, ist, die Entscheidungen nicht einfach in die Zukunft zu vertagen. Wir entwickeln bereits jetzt Konzepte, die sich mit Motivation, Perspektive und dem schrittweisen Zurück ins normale Leben verbinden wollen: Vorsichtiges Öffnen, und zwar mit ergänzenden Konzepten, deren Kapazitäten täglich wachsen, mit Test, mit Impfen und mit digitalen Möglichkeiten. Unser Ziel ist es,

Stück für Stück die Pandemie zu bekämpfen und gleichzeitig die Schritte zur Normalität zu erreichen. Das ist die grundstrategische Auseinandersetzung.

Wie stellt sich nun die tatsächliche virologische und epidemiologische Lage dar? – Die dritte Welle ist da, und sie rollt über das Land, meine Damen und Herren. Für all diejenigen, die das leugnen wollen, und es ist leider immer wieder das Gleiche: In der Mehrzahl bestätigen sich die Prognosen der Experten eindeutig.

(Zurufe von der AfD)

Die Mutation frisst und fräst sich in unserem Land von Ost nach West. Man kann, wenn man die Karte des Robert-Koch-Instituts im Zeitraffer verfolgt, sehen, wie die Landkreise von Ost nach West überall rot, rot, rot werden. Viele in unserem Land unterschätzen das. Das gilt nicht nur für diejenigen, die das professionell leugnen, die gibt es seit über einem Jahr.

(Unruhe bei der AfD)

– Seit einem Jahr gibt es die professionellen Leugner. Meine Damen und Herren, gestern hatten wir hier im Parlament einen Gedenkakt. Ich danke Ilse Aigner sehr für diese Entscheidung. Es war so bewegend und so traurig, zu hören, zu sehen, wie viele Menschen an Corona gestorben sind. Auf der anderen Seite war es aber auch ermutigend, die Angehörigen im Umfeld zu hören. – Hätten wir als Land, hätten wir als Landtag, hätten wir in der Mehrheit, in der überragenden Mehrheit dieses Parlaments, die Gefahr nicht erkannt und nicht reagiert, dann wären Zehntausende Menschen mehr gestorben. Bis auf den heutigen Tag kann ich mich nur wundern, dass es null Scham gibt, wirklich null Berührung; Sie von der extremen Rechten sollten einmal zugeben, dass Sie sich fundamental geirrt haben.

(Widerspruch bei der AfD)

Hätten wir auf Sie gehört, wären Tausende Menschen mehr gestorben, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit, und das ist die Realität in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Diese dritte Welle ist also da. Übrigens ist sie nicht Corona dritter Teil, sie ist nicht der dritte Aufguss von demselben, so wie das mancher glaubt: Jetzt schon wieder eine neue Welle, huh. – Es ist vielmehr eine ganz eigene neue Pandemie.

(Zuruf von der AfD: Gar nicht wahr!)

Derzeit kämpfen wir gegen die britische Mutation. Fast muss man sagen, zum Glück ist es überwiegend nur die britische Mutation, denn die südafrikanische und die brasilianische wären möglicherweise noch gefährlicher. Nach den Einschätzungen, die wir aus Großbritannien haben und die sich in ganz Europa bestätigen, ist diese britische Mutation mit einer höheren Sterblichkeit verbunden, mit einer höheren und schnelleren Ansteckung und mit einer längeren Verweildauer auf den Intensivstationen. Sie ist deutlich aggressiver und von ihr sind, Achtung, deutlich mehr junge und jüngere Menschen betroffen. Das Robert-Koch-Institut schätzt, dass die Zahlen in Deutschland ohne jede Maßnahme – also, wenn wir jetzt quasi nichts mehr tun würden – massiv anwachsen würden, und dann läge die Inzidenz in der Woche nach Ostern möglicherweise bei 300 und bei bis zu 40.000 neuen Fällen am Tag.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Empfehlung, und weil dieser Rat, diese Warnung, total reell sind, sind wir jetzt in einer besonderen, hochsensiblen Phase. Die objektive Gefährlichkeit steigt, während die subjektive Bereitschaft bei vielen Menschen, mitzumachen, sich besonders ins Zeug zu legen und zu kämpfen, sinkt. Eines kann ich Ihnen aus tiefer Überzeugung sagen: Ungeduld wird uns jetzt wenig helfen. Erschöpfung begünstigt nur die Pandemie, aber niemanden sonst. Wir müssen wirklich aufpassen, dass die dritte Welle keine Dauerwelle wird und, dass sie das, was jetzt positiv ist, nämlich die steigende Zahl von Impfungen, nicht kaputt macht oder relativiert.

Ich war gestern bei einer Fernsehsendung mit Herrn von Hirschhausen. Er hat deutlich gesagt, so wie viele andere auch: Wenn die Inzidenz niedriger ist, dann hat die Impfung eine viel höhere Wirkung. Je höher die Inzidenz, desto später setzt die Wirkung der Impfung ein.

(Lachen bei der AfD)

Wir müssen deshalb aufpassen, denn sonst verlängern sich jetzt die Wirkungen bis in den Mai oder möglicherweise bis in den Sommer hinein.

Meine Damen und Herren, Bayern war, ist und bleibt immer besonders hart von diesen pandemischen Entwicklungen betroffen. Das liegt natürlich auch an der geografischen Lage. Über tausend Kilometer Außengrenze und die besondere Nähe vor allem zu Tschechien und Mutationsgebieten haben uns von Anfang an belastet. Am heutigen Tag möchte ich auch einmal sagen, dass wir uns trotz dieser besonderen Situation ganz schön wacker halten. Ich danke all denjenigen, die dafür sorgen und die seit Wochen in den Hochinzidenzgebieten verweilen. Wenn man kaum davon betroffen ist, sagt es sich immer sehr leicht. Aber wenn man wochenlang im Lockdown ist und trotzdem weiterhin stabil die Maßnahmen umsetzt, nützt mir das großen Respekt ab.

Mit dem heutigen Tag haben wir eine Inzidenz von 110, und zwar mal über zwei Tage hinweg stabil, während die Zahlen andernorts steigen. Wir liegen jetzt wieder mal auf Platz sieben. Das ist sicherlich kein Dauerzustand, aber es ist beachtlich. Wenn ich das sagen darf, weil ja immer wieder viel Kritik kommt: Ich glaube, dass wir uns in dieser Situation besser schlagen, als die meisten meinen. Das liegt jetzt nicht nur daran, dass wir hier im Landtag besonders kluge Entscheidungen treffen, sondern dass vor Ort die Umsetzung erfolgt.

Deswegen bitte ich auch, später bei der Debatte das Folgende zu beachten. Ich weiß, dass die Debatte mit unzähligen Vorwürfen laufen wird, Ich habe gestern schon wieder gelesen, insbesondere auch von Ihrer Gruppe, Herr Hartmann, was alles schlecht und falsch läuft und dass wir gar nichts zustande bringen. Ich will es nur einmal gesagt

haben: Die GRÜNEN haben den Anspruch, die Welt zu retten. Bei der Debatte zur letzten Regierungserklärung hat Ihre Kollegin gesagt: "Wir retten die Welt." – Ich will nur eines sagen: In allen Ländern, denen es im Moment noch schlechter geht als uns, sind fast überall die GRÜNEN mit in der Regierung. Weltrettung geht nicht so einfach, wie man sich das vorstellt. Wir alle tun unser Bestes. Das sage ich Ihnen auch. Aber dann braucht man den anderen nicht immer nur vorzuhalten, man wisse es besser und genauer. In dieser Pandemie geht das nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Keiner kann sich da frei machen. Jeder steht in der Verantwortung. Natürlich nimmt die Zahl der Infektionen zu. Dies einmal zur statistischen Größe und zum Vergleich: Wir haben seit Mitte Februar wieder eine Zunahme an Infektionen um 86 %, allein in einer Woche um 25 %. Ganz interessant ist aber im Vergleich, dass Bayern in der gesamten Zeit seit Januar mit einem Zuwachs um rund 40 % genau gleich liegt mit Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Wir haben da in der Zeit schon wieder einiges geschafft. Klar ist der Trend: Sechs Wochen ging es runter, seit vier Wochen geht es leider wieder rauf. Nicht nur die von dem einen oder anderen kritisierte Inzidenz geht rauf; auch der R-Wert ist konstant über 1, der die Ansteckungsrate verdeutlicht, und die Positivrate der Tests liegt leider sehr hoch. Übrigens ist für die Bestimmung des pandemischen Geschehens nicht allein entscheidend, wie viel man testet, sondern wie die Positivrate an der Stelle ist.

Wenn es um die Notbremse geht, betrachten wir, wer über oder unter der Inzidenz von 100 ist. Vor zwei Wochen hatten wir nur 21 Städte und Landkreise über 100; vor einer Woche waren es 32, und heute sind es 54. Das schwankt immer etwas. Wenn man die Landkreise auf die Bevölkerung umrechnet, kann man im Moment sagen: Ungefähr 49 % der bayerischen Bevölkerung befinden sich in Landkreisen und Städten mit einer Inzidenz über 100 und 51 % in solchen mit einer Inzidenz darunter.

Folgendes aber fällt auf, und deswegen spreche ich meinen Respekt denen aus, die hart kämpfen: Es geht, aus ganz bestimmten und schlimmen Lagen heraus besser zu werden. Unsere bewusste Hotspot-Strategie wirkt schon. Sie wirkt natürlich nicht über Nacht, aber ich möchte es ausdrücklich sagen: Wir waren mit den Inzidenzzahlen wochenlang bei Städten, Landkreisen und Gemeinden in Deutschland unter den zehn schwierigsten vertreten, immer mit zum Teil fünf Regionen und immer auf Platz eins oder Platz zwei. Jetzt sind es zwei Regionen unter zehn. Das ist wie gesagt kein Wettbewerb, aber eine Zustandsbeschreibung und ein aktueller Trend. Ich nehme als Beispiel die zwei Kommunen Wunsiedel und Tirschenreuth: Wochenlang waren sie in den Schlagzeilen und haben hart gekämpft. Wunsiedel liegt im Moment jetzt wieder auf Platz 24 in Deutschland und Tirschenreuth gar auf Platz 43.

Damit will ich sagen: Bitte nicht aufgeben in den Regionen! Und bitte aus anderen Regionen keine schlaunen Ratschläge geben, wie sich die dortigen Kollegen zu verhalten haben! Wir sind alle eine Schicksalsgemeinschaft. Jeder muss dem anderen helfen. Jeder soll sich unterhaken. Mein Dank gilt denjenigen, die in Hotspots täglich kämpfen und versuchen, die Situation zu verbessern. Es wirkt. Ein herzliches Dankeschön dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In dieser Situation gibt es immer wieder etwas Licht und auch Schatten. Licht und positiv ist, dass die Altersgruppe der Menschen über achtzig Jahren im Moment die niedrigste Inzidenz hat. Da hatten wir noch vor drei Monaten die größten Sorgen und die schwersten Verluste zu verzeichnen. Da merkt man, dass das Impfen gut wirkt. Dagegen ist der massive Anstieg bei den 15- bis 34-Jährigen zu betrachten. Wenn man sieht, dass Deutschland bei den Kindern bis zehn Jahren über dem Schnitt liegt, zeigt sich erst, wie sich die Gefahr entwickelt und wie sie sich vor allem verschiebt.

Das sage ich ausdrücklich allen, die sagen: Na ja, was hat die Inzidenz mit mir zu tun? – Die Inzidenz wirkt sich jetzt langsam wieder in der Bettensituation aus. Das ist leider

die Realität. Jeder, der die Inzidenz infrage stellt, muss wissen, dass sie eigentlich – und das verstehen viele nicht – der Frühwarnfaktor ist. Sie wirkt sich mit der Zeit eben aus. Je stärker die Inzidenz steigt, desto sicherer wächst die Infektion in die Krankenhäuser hinein. Wir hatten jetzt lange Zeit Stabilität, von Januar bis letzte Woche. Jetzt beginnt die Infektion in die Krankenhäuser hineinzuwachsen.

Die Intensivmediziner schlagen bereits Alarm. Vielleicht haben Sie gelesen, dass der deutsche Verband der Intensivmediziner dringend dazu rät, mehr Maßnahmen zu ergreifen. Nicht nur immer dieselben Protagonisten wie Karl Lauterbach – ich unterstützte ihn in der Sache ausdrücklich – und andere warnen, sondern es sind die Intensivmediziner. Deswegen ist auch da meine Bitte: Es gibt viele Stimmen, auf die wir hören sollten. Es gibt viele Sorgen, die uns beschweren. Wir müssen die Sorgen von Händlern annehmen. Wir müssen die Sorgen der Menschen annehmen, die wieder raus wollen, Sonne und Freizeit erleben wollen. Aber eines dürfen wir nie tun: Aus Ungeduld, Angst oder mangelnder Konsequenz die Stimmen derer ignorieren, die jedem von uns im Zweifelsfall größte Hilfe leisten können.

Deswegen sage ich: Wir sind immer auch an der Seite der Mediziner, der Pflegekräfte und all derer, die uns im Zweifelsfall helfen, Leben zu retten, und die uns betreuen würden. Deswegen bin ich nicht bereit, die Warnungen der Mediziner zu ignorieren. Meine Damen und Herren, den Kopf in den Sand zu stecken, ist keine politische Lösung für Bayern. Ich mache das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wie geht es jetzt weiter? Welche Maßnahmen sind denkbar und möglich? – Wir haben die Bayern-Matrix entwickelt, und sie greift und wirkt. Dabei ist der Inzidenzwert die Basis. Ich habe ihn vorhin angesprochen. Übrigens ist der Inzidenzwert für mich auch noch aus einem anderen Grund als dem des Frühwarnfaktors nach wie vor der beste Wert: Er ist justiziabel. Er ist regional nachprüfbar, und zwar täglich, nicht nur wochen-

weise. Er ist halt nun einmal die Mutter aller Werte, weil sich daraus auch die Positivrate ergibt und weil er für die Krankenhauszahlen relevant ist.

Dabei haben wir jetzt einmal an unser LGL den Auftrag gegeben, mit Wissenschaftlern zu überlegen, ob es eine andere Corona-Formel geben würde, die die Situation abdeckt. Weder RKI noch LGL haben, jedenfalls bislang, die richtige Formel gefunden. Aber ich bin da sehr offen. Zu Trickereien bin ich allerdings nicht bereit; denn all diejenigen, die die Inzidenz infrage stellen wollen, tun dies aus einem anderen Motiv. Das Motiv, den Blick zu weiten, ist gut. Komplexität ist zwar in der Politik selten möglich, aber eigentlich sinnvoll. Jedenfalls erlebt man sie im täglichen Schlagabtausch wenig. Aber ich bin nicht bereit zu akzeptieren, die Inzidenz zu relativieren, weil man es als Trick, Hintertür oder Mogelei einsetzt, um sich um die Maßnahmen zu drücken. Meine Damen und Herren, das holt jeden ein. Wer glaubt, dass er mit Corona tricksen oder täuschen kann, ist seit einem Jahr widerlegt. Ich sage Ihnen eines: Wir müssen Corona sozusagen in die Augen schauen. Wir müssen uns den Tatsachen stellen. Jeder, der bislang versucht hat, sich um Corona herumzumogeln, ist von Corona eingeholt worden. Neue Ideen ja, Trickereien nein. Das machen wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wie ist jetzt der Fahrplan? – Der Fahrplan steht schon. Wir haben ihn auf den Weg gebracht. Bis Ende der Osterferien jedenfalls bleibt Vorsicht, "Safety first", der erste Maßstab. Deswegen werden auch Öffnungen bei steigender Inzidenz ausgesetzt. Die Notbremse greift, wie ich es vorher schon beschrieben habe. Damit haben wir eine Stabilitätsstruktur für die nächsten drei Wochen.

Wir haben am Montag in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung die Diskussion geführt. Das geschieht übrigens nicht nur mit der Bundeskanzlerin, sondern es waren unzählige Minister und Ministerien dabei. Diese Runde ist nicht etwa nur ein exklusiver, kleiner Club, sondern sie ist breit angelegt. Dazu komme ich noch. Dort ist beispielsweise der Bundesfinanzminister an oberster Stelle dabei, Olaf

Scholz. Dort sind andere Ministerien dabei, wie das Bundesinnenministerium. Der Bundeswirtschaftsminister ist dabei und, und, und – und natürlich alle Ministerpräsidenten. Wer glaubt, es handele es sich im Zweifelsfall um einen sehr exklusiven, kleinen Kaffeekreis, der irrt; vielmehr ist die Konferenz breit verankert. Man hat überlegt, was man noch tun kann.

Epidemiologen und Virologen warnen und sagen, wir bräuchten mehr Maßnahmen im Hinblick auf die Entwicklung, weil übrigens auch nicht alle so konsequent Maßnahmen treffen, wie wir das tun. Viele Länder tun dies. Das hat nichts mit der Partei zu tun, das sage ich ausdrücklich. Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel hat ein sehr hartes, starkes und konsequentes Management, um ein A-Land zu erwähnen.

Deswegen kam die Idee der Osterruhe auf, um das Geschehen an dieser Stelle herunterzufahren und zu beruhigen und diese Zeit zu nutzen, gerade weil Ostern mit Feiertagen verbunden ist. Die Idee wurde übrigens auch von Medizinern und Epidemiologen begrüßt. Die Aufgabe war es, festzustellen, ob das rechtlich möglich ist oder nicht. In der Nacht schien dies möglich. So lauteten die Aussagen einiger beteiligter Stellen. Dann hat sich aber offenkundig herausgestellt – so wurden wir heute Morgen um 11 Uhr von der Bundeskanzlerin informiert –, dass es sich rechtlich nicht umsetzen lässt. Ich bedauere sehr, dass dadurch in dieser Zeit auch ein Vertrauensschaden entstanden ist; denn dieses Hin und Her macht natürlich weder einen guten Eindruck noch führt es zur Stabilisierung des Vertrauens in einer so wichtigen Frage und wichtigen Phase der Pandemie.

Ich sage Ihnen aber sehr deutlich: Ich persönlich finde es besser, etwas frühzeitig zu korrigieren, wenn man erkennt, es geht nicht, weiterzuwursteln und zu versuchen, es dann doch noch irgendwie – vielleicht sogar aus falsch verstandener Rechthaberei – umzusetzen. Ich habe großen Respekt davor, dass die Kanzlerin an dieser Stelle die Verantwortung übernommen hat. Ich sage jedoch ausdrücklich: Dies liegt nicht nur in ihrer Verantwortung. Alle Ministerpräsidenten waren beteiligt, auch ich. Deswegen habe ich vorhin vor der Presse gesagt und möchte auch hier im Hohen Haus eindrück-

lich und nachhaltig betonen: Wir haben es gemeinsam entschieden, also tragen wir alle gemeinsam Verantwortung, aber bitten dann auch gemeinsam um Entschuldigung.

Mir tut es leid, dass diese Verunsicherung entstanden ist. Deswegen möchte ich den Menschen mitteilen: Wir haben anscheinend einen Fehler begangen, weil die Umsetzbarkeit nicht gegeben ist. Wir haben dies aber nach bestem Wissen und Gewissen getan, weil wir etwas erreichen wollten. Deshalb ist es jetzt notwendig, die Entscheidung zu korrigieren, aber gleichzeitig auch festzustellen: Dieses Hin und Her tut uns leid. Das möchte ich ausdrücklich bekennen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für Bayern ändert sich jetzt übrigens nur ein Punkt: Gründonnerstag und Karsamstag sind keine Feiertage. Ich sage das, nur damit man noch einmal sieht, was die eigentliche, grundlegende Änderung bedeutet.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle eines anbringen: Herr Hartmann, ich bin mir nicht sicher, ob Ihr Vorschlag der richtige ist. Sie haben gerade noch einmal vor den Medien geäußert, wir müssten am Tag zuvor im Landtag debattieren, quasi ein komplettes Konzept beschließen und dann das Konzept vorlegen. Das würde bedeuten – ich habe nie ein Problem damit, dass Bayern etwas beschließt, aber stellen Sie sich vor, was das bedeutet –, dass dann 16 Ministerpräsidenten und der Bundestag zusammenkommen, jeder seine Erklärung vorträgt und konstatiert: Wir haben entschieden. Wir können erst wieder entscheiden, wenn der Landtag seine Meinung komplett ändert. Dies könnte zu einer völligen Entscheidungsunfähigkeit führen. Wir können gerne im Vorfeld diskutieren. Überraschenderweise sind die Positionen zuvor und danach auch meistens ziemlich ähnlich, wenn ich dies anmerken darf. Damit habe ich kein Problem. Aber eines geht nicht: von vorneherein den Versuch zu unternehmen, die Stellung von Regierungen, Parlamenten bzw. solchen Entscheidungsgremien auszuhöheln oder sie auf Dauer zu schwächen.

Ich bin für eine Reform der MPK. Ich hätte zum Beispiel nichts dagegen, wenn wir schon früher anfangen, anstatt erst spät am Nachmittag. Ich bin der Meinung, dass Nachtsitzungen zwar einen taktischen Vorteil bringen, weil manch einer – das merkt man – relativ schnell müde wird. Deshalb hat das gewisse taktische Vorteile. Ich habe damit kein großes Problem. Ich hoffe, dass ich am frühen Morgen immer noch halbwegs fit bin. Wenn man dann am nächsten Tag in eine freudige Koalitionsrunde mit den Partnern der FREIEN WÄHLER gehen darf, gibt mir das immer noch einmal neuen Schwung.

(Heiterkeit)

Ich will ausdrücklich sagen: Ich habe damit kein Problem. Das ist ein taktisches europäisches Moment. Ich glaube nur, dass es am Ende aus zwei Gründen besser ist, das Zeitmanagement zu verändern: zum einen, weil Entscheidungen dann besser zu kommunizieren wären als nachts um 3 Uhr; zum zweiten, weil dann mehr Rücksprachen machbar wären und mehr Möglichkeiten bestünden, dies zu entscheiden. Manchmal muss eine Frage auch nicht an einem Tag entschieden werden. Manchmal hilft es noch mehr, erst eine Nacht darüber zu schlafen und nachzudenken. Vielleicht werden wir diese MPK künftig sogar noch offener und transparenter gestalten, weil sowieso herausgestochen wird. Ich werde mich zusammen mit der Kanzlerin und auch mit Herrn Müller sehr bemühen, das Format der MPK zu entschlacken, zu reformieren und für die Zukunft zu verbessern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ich damit sagen will: Damit sind nicht nur die Feiertage weg, sondern auch alle Diskussionen dazu. Hier muss sich niemand Sorgen machen. Das ist damit nicht nur erledigt, sondern auch weg. Es gibt auch keinen Zusatzvorschlag oder Ähnliches, keine Zusatz-MPK, die sich das überlegt.

Noch einmal zurück zu Ostern: Ein Punkt belastet mich, und ich glaube, er ärgert die Menschen auch. Wir empfehlen, zu Hause zu bleiben. Wir empfehlen, Reisen vorsich-

tig anzugehen. Deswegen verstehen viele nicht so ganz, warum einige dann die Möglichkeit haben, durch die Welt zu reisen. Noch weniger Menschen haben verstanden, warum der Bund damals entschieden hat, beispielsweise Mallorca bewusst nicht mehr als Risikogebiet zu definieren. Man kann dies rechtlich schon begründen mit der Inzidenz, die dort sehr niedrig ist. Aber das Signal und die Entscheidung sind schwierig: Bei uns im Land soll man nicht reisen, aber in ein so prominentes Ferienziel wie Mallorca kann man reisen.

Deswegen muss ich eines feststellen: Auch, wenn Mallorca jetzt schon die Sorge hat, dass zu viele Menschen kommen, und man übrigens bereits bei einer Inzidenz von 26 – wie ich lese – die Gastronomie schon wieder deutlich reduziert und schließt, also man dort das Prinzip Vorsicht trotz wirtschaftlicher Vorteile sehr ernst nimmt, was ich begrüße, wäre es jetzt an der Zeit, dass der Bund noch einmal – und das wurde heute auch diskutiert – überlegt, wie er mit der Situation umgeht. Ich finde es einfach ein schlechtes Signal. Ich habe heute auch irgendwo gelesen, ehemalige Abgeordnete, die eigentlich aus Gebieten kommen, in denen sie zu Hause bleiben müssten, fliegen nach Mallorca, weil sie eine Veränderung wollen. Ich habe dafür menschlich Verständnis. Ich sage das ausdrücklich. Die Situation nervt jeden; glauben Sie mir: auch mich. Auch die Maßnahmen, die ich selbst mit voller Leidenschaft vertrete, stellen für mich eine Belastung dar. Das ist doch klar. Ich hätte es auch lieber ganz anders. Ich würde an Ostern gerne einmal etwas anderes tun. So nett und schön der Bayerische Landtag auch ist, so hervorragend Regierungserklärungen sind, so ernst und wichtig alles ist, so schön Bayern ist, natürlich wäre jetzt ein Blick auf den Gardasee einfach mal etwas anderes.

Aber, meine Damen und Herren, abgesehen davon, dass wir Vorbilder sind, würde es in der derzeitigen Lage nicht nur ein falsches Signal setzen, sondern wäre es auch in der Sache falsch, groß zu verreisen. Dann kommt noch die Entscheidung hinzu, dass man ohne jedes Schutzkonzept verreisen kann, und das ist falsch. Darum haben wir entschieden – auch hier war Bayern federführend: Bei der Wiedereinreise muss das

Minimum sein, dass jeder, der Deutschland verlässt und wieder zurückkehrt, einen negativen Test vorlegen muss. Das ist das Minimum. Das wurde so entschieden. Mir wäre es lieber, uns würden auch noch ein paar andere Maßnahmen einfallen, weil es für die Menschen einfach schwer verständlich und akzeptabel ist, dass man bei uns kein Ferienhaus und keine Ferienwohnung buchen kann,

(Zuruf)

während man auf Mallorca einen großen Urlaub machen kann. Auch das gilt es relativ deutlich zu sagen.

(Lebhafter Beifall)

So wird also die Zeit bis zu den Osterferien aussehen, eigentlich bis zu dem Zeitpunkt, an dem die nächste MPK stattfindet. Ich habe dem Kabinett aber nicht vorgeschlagen, wieder zu vertagen, was danach kommt. Ich habe nicht gesagt – einer war davon sogar überrascht –, jetzt warten wir einmal ab bis zur nächsten MPK und schauen, was passiert. Stattdessen haben wir versucht, weiterzudenken, nach der Devise: zurück zum Leben. Das ist der Versuch zu überlegen, wie man Vorsicht mit Motivation verbinden kann, um den Menschen nicht nur Perspektiven anzukündigen, sondern auch Chancen aufzuzeigen. Das geht immer besser, weil die Kapazitäten der ergänzenden Maßnahmen wachsen: Tests, Impfen, hoffentlich auch die digitalen Maßnahmen.

Zum Testen will ich ausdrücklich sagen – und mich an dieser Stelle beim bayerischen Gesundheitsministerium bedanken: Nicht nur wurden mehr Schnelltests bestellt – 100 Millionen Tests, die dann auch zur Verfügung stehen sollen, das wächst jetzt alles an –, sondern wir haben gestern auch noch einmal im Kabinett beschlossen – ich danke den Kollegen –, 115 neue Schnelltesteinrichtungen in Bayern zu etablieren. Das ist übrigens ein großer Unterschied: Der Eigentest, den man erhalten kann, hilft einem selbst, kann aber natürlich im Moment noch nicht die Basis für Öffnungen sein, weil Kontrolle und Sicherheit nicht gegeben sind. Im Grunde genommen ist dafür ein Test-

pass nötig, der einem sagen kann: Ich bin beispielsweise für 24 Stunden – das wird diskutiert – freigesetzt und kann möglicherweise eine gewisse Einrichtung besuchen, sei es im Handel, sei es in der Kultur oder vielleicht auch in der Außengastronomie. Deswegen haben wir 115 neue Schnelltesteinrichtungen auf den Weg gebracht, zusammen mit den Kommunen als Partner. Das wurde gestern beschlossen. Das heißt, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt gibt es ein neues Schnelltestzentrum. An jedem PCR-Testzentrum wird eine Schnellteststraße etabliert.

Das Testen muss aber eine Auswirkung haben. Mehr Testen muss eine Wirkung haben. Deswegen etablieren wir Modellprojekte. Wir müssen uns fragen: Wie sieht es mit mehr Tests und vielleicht auch mit mehr Impfungen und Maßnahmen aus? Wir haben das Beispiel Tübingen. Tübingen versucht jetzt sehr vorbildlich, bei einer sehr niedrigen Inzidenz mit mehr Testen etwas zu erreichen. Das Problem ist für mich jetzt aber: Den Ertrag in Tübingen kann ich mir vielleicht vorstellen. Wenn eine Stadt mit sehr niedriger Inzidenz öffnet – was sie ohnehin dürfte –, ist das interessant. Aber für Bayern ist im Moment aufgrund der Lage, die wir haben, die relevantere Frage, ob wir bei höheren Inzidenzen auch eine Chance und Perspektive sehen, mit so einem Begleitkonzept etwas zu machen, oder ob das von vornherein ausgeschlossen ist. Das ist im Moment die Schlüsselfrage für Perspektive und Motivation. Lohnt es sich für Gemeinden, noch einen Zahn zuzulegen, sich noch mehr zu engagieren, um das Ganze voranzubringen?

Deswegen sagen wir: Wir machen quasi "Tübingen Plus". Wir machen das nicht nur in einer Stadt, sondern wir werden insgesamt acht Modellstädte haben, in jedem Regierungsbezirk eine, nur in Oberbayern aufgrund der Größe zwei. Das Gesundheitsministerium sucht die Städte aus. Das sollen bewusst Städte mit Inzidenzen über 100 bis 150 sein, die genau in dieser schwierigen Phase sind. Dort wird überlegt, mit sehr viel mehr Tests und anderen Maßnahmen kontrollierte Öffnungen zu diskutieren. Nach zwei Wochen werden wir sehen, wie sich das auswirkt. Es sind bewusst zwei Wochen, weil das der typische Infektionszyklus ist. Der beträgt genau zwei Wochen.

Wir werden damit am 12. April beginnen. Wir werden das nicht vertagen. Meine Damen und Herren, das ist zwar ein mutiges Projekt, aber es passt jetzt genau in Zeit und Stimmung hinein, um den Menschen eine Perspektive zu geben. Ich jedenfalls sage Ihnen: Ich bin froh darüber, dass das bayerische Kabinett diesen Weg gehen will. Ich gebe zu, dass wir jetzt schon mehr Bewerbungen als Möglichkeiten haben. Aber ich denke, das ist ein guter Schritt, weil er eine Chance bietet, weil er motiviert. Meine Damen und Herren, wenn wir gute Ergebnisse haben, kann das auch für andere sinnvoll sein. Ich glaube, Bayern geht hier an der Stelle einen richtigen, mutigen, aber vernünftigen Schritt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ab 12. April, also nach den Osterferien, reaktivieren wir die Matrix neu, mit den entsprechenden Möglichkeiten für Wirtschaft, Kultur und Sport, die wir schon gemeinsam beschlossen und auch hier im Landtag diskutiert haben. Das heißt, bei einer Inzidenz unter 50 bzw. bis 100 gelten die jeweiligen Strukturmöglichkeiten. Das kann Außen- gastronomie sein und vor allem natürlich Kultur sowie bestimmte Bereiche des Sports.

Daneben haben wir gestern auch gesagt: Wenn wir über Modellregionen reden, können wir auch über Pilotversuche reden. Wir werden bei einer Inzidenz über 100 in sehr kleinem Rahmen solche Möglichkeiten für die Kultur diskutieren. Mir ist ganz besonders wichtig, Kultur im Außenbereich zu stärken. Das habe ich auch dem Wissenschaftsminister gesagt. In allen Gesprächen, die ich mit Kulturschaffenden führe, sagen diese, dass Möglichkeiten im Außenbereich notwendig sind.

Deshalb sage ich zum Beispiel auch, dass es uns wichtig wäre, dass die Kommunen und der Staat in den nächsten Monaten, nicht nur ab dem 12. April, bewusst überlegen, Freiflächen kulturell zu nutzen; beispielsweise in München den Englischen Garten. Ich habe zwar sofort große Bedenken vernommen. In einem Vermerk hat man mir geschrieben, dass das Schlimmste sei, dass der Rasen kaputtgehen könnte. Ich glaube, in dieser Zeit ist ein etwas ramponierter Rasen das geringere Problem. Wir müs-

sen im Freien Möglichkeiten für Kreativität, für Kultur schaffen. Bayern hat insgesamt ein so wundervolles Ambiente. Vielleicht gibt es die Gelegenheit, vor historischen, aber auch vor natürlichen Kulissen einfach mehr Kultur zu erlauben. Die Kulturschaffenden sind dazu bereit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an der Stelle eine mittel- und langfristige Perspektive eben auch für mehr Kultur in Bayern schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum Handel: Der Handel ist ein besonders unter Druck stehender Wirtschaftsbereich. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir haben das jetzt mehrere Monate, seit Dezember, beobachtet, und es gibt zwei Fakten, die mir auffallen:

Erstens. Im Vergleich zu vielen anderen Bereichen ist die Inzidenz hier deutlich niedriger als anderswo. Herr Piazzolo, in den Schulen – dazu kommen wir gleich – ist das Pandemiegeschehen schon gefährlicher. Das gilt nicht nur für die Stimmung der Beteiligten, sondern auch für das Pandemiegeschehen selbst. Das heißt, die Infektionsgefahr ist im Handel bei den Maßnahmen, die wir ergriffen haben – keine medizinischen Masken, sondern FFP2-Masken –, deutlich niedriger.

Das Zweite ist etwas, worüber sich viele beschweren und was, ehrlich gesagt, auch mich ärgert: Wir haben eine Ungleichbehandlung von normalem Einzelhandel – da sind übrigens auch viele Familiengeschäfte, die jetzt an der Existenz knapsen – und großen Märkten, die international zum Teil zwar auch Eigentümerstrukturen haben, die eben – und das sage ich jetzt deutlich in zweierlei Richtung – im Moment, wenn man die Berichte hört, nicht mehr den Eindruck vermitteln, dass sie sich an alle Maßnahmen halten. Das muss auch anders kontrolliert werden; denn die Vorschriften gelten auch für Supermärkte und Großmärkte, meine Damen und Herren. Auch die müssen Personenzahlen einhalten. Da darf es keinen Wildwuchs geben. Außerdem vertreiben sie überwiegend ein Sortiment, das dem Einzelhandel die Existenz auf Dauer schwermacht. Darum müssen wir an der Stelle etwas ändern. Im Handel braucht es Fairness

und Gleichheit. Nicht nur die Großen dürfen eine Perspektive haben, sondern auch die Kleinen müssen wieder eine Überlebensperspektive und eine neue Chance erhalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen sagen wir: Das System wird erweitert. Ich glaube, das kann man vertreten. Wir beobachten das genau: Bei einer Inzidenz von unter 100 öffnen wir generell mit Quadratmeterbegrenzungen, also der 10- bzw. 20-Quadratmeter-Regel für kleine und große Geschäfte, und natürlich mit Abstand und Maske. Aber das klappt. Bei einer Inzidenz zwischen 100 und 200 gibt es das Click-&-Meet-System mit den entsprechenden Möglichkeiten und ein Testverfahren. Das muss als Sicherheitsschranke schon noch eingebaut werden.

Meine Damen und Herren, damit gehen wir weit für den Handel. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Nach monatelangem Warten, auch nach der schwierigen Situation, und vor allen Dingen nach dem an dieser Stelle bislang erkennbar niedrigen Infektionsgeschehen – der Einzelhandel war nirgendwo bislang ein Infektionstreiber – ist das eine vertretbare Entscheidung. Wir wollen mit dem heutigen Tag auch ein Signal setzen: Wir lassen unsere Einzelhändler nicht allein. Es braucht Schutzkonzepte, aber es geht nicht nur darum, Geld zu zahlen, sondern einfach wieder die Möglichkeit zu setzen, seinen Lebensunterhalt selbst verdienen zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Und die Schule? – Die Schule jetzt zu erwähnen, bedeutet nicht, sie als Letztes zu erwähnen, sondern als Steigerung; denn Schule ist für uns alle wichtig. Das wird auch in meiner eigenen Fraktion häufig diskutiert, obwohl die Topthemen eher Handel, Gastronomie und Ähnliches sind. Schule ist auch wichtig. Es gibt die Protagonisten, die sich damit beschäftigen, und die Betroffenen.

Aber Schule ist das Wichtigste. Jede Familie ist betroffen. Wenn wir ehrlich sind: Jeder bekommt aus seinem familiären Umfeld Rückmeldungen, sei es als Mutter oder Vater, sei es als Bruder oder Schwester, oder seien es auch die Großeltern, die dann besonders sensibel sind und auch besonders nachfragen: Was macht ihr da eigentlich in der Schule? – Da geht es natürlich ganz besonders um den Schutz der Lehrkräfte, da geht es aber auch um den Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie die Herausforderung der Verbreitung durch die Schule.

Die Wahrheit ist eben nicht, wie monatelang gesagt wurde, dass die Schule überhaupt kein Teil des Pandemiegeschehens ist. Sie ist es nun mal. Gleichzeitig wissen wir aber auch – das sage ich ausdrücklich –, dass wir da eine ganz besonders schwierige Abwägung zu treffen haben, weil Kollateralschäden schon da sind. Veränderungen sind spürbar; nicht nur in der Psyche der Schulfamilie als Ganzes, sondern auch bei den Einzelnen, vor allem bei denjenigen Kindern, die vielleicht ohnehin nicht so stark sind, die es nicht so leicht haben, die aus bildungsferneren Familien stammen, mit Migrationshintergrund, die eigentlich eine intensivere Betreuung durch die Schule brauchen, bei denen die Schule manchmal auch ein bisschen Ersatzfamilie ist. Diese Kinder leiden natürlich ganz besonders unter dem Wegfall der Präsenz.

Der Distanzunterricht läuft jetzt insgesamt ohne Fehl und Tadel. Das darf ich jetzt auch einmal sagen, nachdem wir im Dezember eine Konkuserklärung nach der anderen diskutiert haben. Da haben alle gut zusammengewirkt: das Kultusministerium und das Finanzministerium. Ich will einmal sagen: Manchmal ist der Aufschrei groß, und manchmal ist er auch notwendig, aber es ist nicht so, dass es nicht funktioniert. Der Distanzunterricht klappt jedenfalls. Herzliches Dankeschön an alle Beteiligten für diese gemeinsame Arbeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir nehmen das also wirklich sehr ernst, auch ich ganz persönlich. Ich glaube, der Kultusminister kann das nachvollziehen. Das drückt sich auch in unseren Gesprächen und SMS immer aus.

Jetzt, vor Ostern, ist alles klar. Wir haben eine klare Regelung für Inzidenzen unter 100, also unterhalb der Notbremse, und für darüber. Das ist klar, und, ich glaube, auch akzeptiert. Wir werden nach den Osterferien auch für Inzidenzen über 100 etwas machen müssen; denn wir sind ohnehin – das darf ich sagen – eines der letzten Länder, das sich dafür entscheidet. Viele machen das, obwohl die Zahlen woanders zum Teil höher sind. Über 100 werden wir das Angebot machen, die Q11, die 11. Klasse und auch die vierten Klassen als Abschlussklassen zu betrachten und dort entsprechend Wechsel- oder Präsenzunterricht mit Mindestabstand anzubieten.

Wegen der Debatten der letzten Tage, in denen gesagt wurde, die vierte Klasse sei keine Abschlussklasse, möchte ich übrigens ausdrücklich und ehrlich sagen: Mag sein, dass man das fachlich anders bewertet. Als ehemaliger Schüler und auch als Vater kann ich nur sagen: Die vierte Klasse ist in jedem Schülerleben eine der wichtigsten Weichenstellungen überhaupt. Sie ist nicht die endgültige Weichenstellung, aber eine wichtige. Darum ist die vierte Klasse für uns wichtig, und viele Eltern sind in Sorge, wie es mit einem möglichen Übertritt weitergeht.

Um die Schulfamilie zu begleiten, setzen wir mit unseren Testkapazitäten den Schwerpunkt im Schulbereich, und zwar massiv. Das heißt, wir bieten zweimal die Woche Tests für Schüler und Lehrer an. Ich werbe dafür – wir beobachten das auch –, dass dies auch angenommen wird. Das ist kein Nice-to-have-Angebot. Dies ist vielmehr auf Dauer konstitutiv für die Entwicklung in der Schule und für mehr. Deshalb verlangen wir auch bei einem Inzidenzwert über 100 eine Testpflicht. Diese soll zur Folge haben, dass eine Teilnahme nur mit negativem Testergebnis möglich ist.

Ja, wir stehen dazu: Wir glauben, dass das Testen an der Schule möglich sein muss. Ich bitte um Verständnis: Ein Test, der vermeintlich am Abend zu Hause gemacht wird,

ist etwas anderes als ein Test, der in der Früh in der Schule gemacht wird. Das ist organisatorisch möglich. Wir nehmen die Kritik an, verstehen sie aber nicht. Wir versuchen, auf die Kritik einzugehen. Wir ergänzen – auch dafür Danke – die bisherigen Verfahren. Wir haben noch mehr Schnelltestoptionen. Es gibt auch die Möglichkeit der sogenannten Gurgeltests, also anderer Tests, die sogar PCR-Qualität haben sollen. Wir wollten gerne, dass deren Anerkennung auf Bundesebene schneller erfolgt. Wir rollen die Pilotversuche Stück für Stück auf; denn gerade für die kleinen Kinder sind solche Testverfahren wesentlich besser.

Das zeigt mir – das will ich ausdrücklich sagen: Wir schlafen nicht, ganz im Gegenteil. Kultusministerium und Gesundheitsministerium arbeiten Hand in Hand. Ein herzliches Dankeschön für die Möglichkeiten, die vorhanden sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ergänzend – wir hatten letztthin eine sehr gute Runde, in der Zwischenzeit aber keine Gelegenheit, dies hier darzustellen – gibt es auch hierzu wiederum Begleitkonzepte. Dies ist immer ganz wichtig. Alles, was wir tun, wird begleitet. Die Frage "Schule auf, ja oder nein?" wird begleitet von Testkapazitäten, vom Impfen von Lehrern und natürlich auch von Angeboten, aufzuholen, nachzuholen, zu begleiten, zu dämpfen, zu stärken, zum Beispiel mit einer Bildungsgarantie, die auch bleibt. Wir haben den Leistungsdruck reduziert. Wir schaffen aber nicht die Noten ab – auch diese Forderung kommt –, weil es falsch ist, den Kindern plötzlich zu sagen: Ihr seid der Jahrgang, bei dem man nicht einmal über Noten nachgedacht hat. Wir ergänzen das mit einem Bildungscoaching, das wir beschlossen haben, mit Tutorien, mit Nachhilfe, mit Ferienbetreuung, wofür Studenten, Pensionisten und andere eingesetzt werden. – Vielen Dank dafür. Ich weiß, dass man darüber auf die eine oder andere Weise diskutiert hat; gerade in der jetzigen Zeit ist es aber wichtig, mit Schulsozialarbeit, mit Jugendarbeit und mit neuen Stellen zu helfen, damit nicht manche ein dauerhaftes Problem bekommen. Das tun wir, und das werden wir tun.

Ich will aber auch etwas dazu sagen, was mich manchmal etwas beschwert. Viele haben Sorgen hinsichtlich der Situation der jungen Leute. Das ist gut. Manche reden aber über diese Jugend in pessimistischer Weise, betrachten die Entwicklung schon als abgeschlossen und bauen psychologische Barrieren auf. Diese junge Generation wird nicht nur nicht alleingelassen – sie hat alle Chancen. Ich kann jedenfalls aus eigener Erfahrung sagen: Dies ist eine so tolle Generation. Lasst sie uns nicht generell schlechtreden. Diese Generation hat ihre Möglichkeiten. Sie hat ihre Herausforderungen. Wir alle stehen als Eltern, als Politiker bereit, ihr zu helfen, um ihr den Start ins Leben auch unter den gegenwärtigen Bedingungen zu verbessern und zu erleichtern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Einen letzten Aspekt möchte ich einfach der Ehrlichkeit halber nennen, nicht deshalb, weil man irgendwelche Meinungen austauscht. Ich gebe mir wirklich sehr viel Mühe und suche das Gespräch mit den Verbänden. Für mich gehört dazu auch, dass man miteinander redet, wenn einen etwas besonders beschwert. Dass man Briefe, die jemand schreibt, von den Medien erhält, ist eine Frage des Stils. Manchmal erhöht dies das gegenseitige Vertrauen. Ich finde, offene Briefe sind zulässig, aber eine schlechte Vertrauensbasis. Dies ist aber in Ordnung; so ist heute unsere Demokratie. Ich möchte aber etwas zum Stellen von Ultimaten sagen. Ultimaten haben, jedenfalls nach meiner Erkenntnis, in den seltensten Fällen zu Frieden geführt. Ich möchte gar nicht groß in dieses Thema einsteigen, möchte aber einen Kommentar aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 23. März von Frau Anna Günther zitieren, den ich sehr treffend fand. Sie schreibt zu diesem Thema Folgendes, das ich beachtlich finde:

Das Ultimatum des bayerischen Lehrerverbands war am Montag der bisherige Höhepunkt: Schulbetrieb nach Ostern nur, wenn alle Lehrer ein Impfangebot bekommen. Was schlicht die Änderung der Impfreihenfolge bedeutet. Das ist nicht nur unverschämt, sondern auch unsolidarisch denen gegenüber, die noch gefährdeter sind durch das Virus.

Ich kann zu diesem Fall nur sagen: Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt das genau so, wie es ist. Meine Bitte ist, diesen Kommentar ernst zu nehmen. Es gibt immer die Chance, wieder an den Tisch zurückzukehren und miteinander zu reden. Unser Angebot steht. Lehrer machen tolle Arbeit. Verbandspolitik sollte sich an den Lehrern und am Wohl der Lehrer orientieren und versuchen, miteinander wieder ins Gespräch zu kommen. Das ist besser, als sich gegenseitig Briefe zu schreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Testen ist ein Begleitinstrument, Impfen auch. Dies ist mir jetzt ganz wichtig, da wir am letzten Freitag den Impfgipfel hatten. Die Wahrheit ist, dass uns alle in dieser Situation beschwert und nervt, dass es beim Impfen so langsam geht. Die Wahrheit ist: Impfen ist die einzig echte Langzeitstrategie. Es gibt keine bessere. Alles andere, meine sehr verehrten Damen und Herren, hilft und dämpft, mildert und lenkt. Die Wahrheit ist aber: Nur aus der Impfdosis kommt Befreiung. So ist die Realität.

Wir hatten unseren Impfgipfel. Ich kann bestätigen – auch hierfür wiederum ein Dank an die Impfzentren vor Ort: Bayern versucht zu verimpfen, was nur geht. Dies heißt auch, entsprechend den Prioritäten, den Reihenfolgen und auch nach den Vorgaben unter Berücksichtigung möglicher Notreserven vorzugehen. Wir gehen hier an die Grenzen. Nach bisherigem Stand liegen wir, was das Impfen betrifft, in Deutschland immer auf Platz 2 und Platz 3. Rund 10 % der Bayern haben bereits eine Erstimpfung erhalten, übrigens über 66 % der Menschen über achtzig Jahren. Dies sieht man auch an der Inzidenz und an der Situation in den Alten- und Pflegeheimen, wo man mit dem Impfen nahezu durch ist. Wir gehen davon aus, dass wir mit den Lieferungen, die jetzt kommen werden – es kommen viel mehr –, Ende April oder Mai möglicherweise schon 20 % der Bayern geimpft haben werden. Das ist immer noch zu wenig, aber es geht Stück für Stück voran. Vor allen Dingen ist wichtig: Wir werden mit der Zeit – ich hoffe, bereits im April – aus der Mangelverwaltung heraus in ein Masse-Management kommen müssen. Die Thematik auf dem Impfgipfel war, wie man damit umgeht.

Ich möchte eines sagen: Das Impfsystem muss deutlich erweitert und flexibilisiert werden. Wir brauchen weiterhin die Impfzentren, die großartige Arbeit leisten, auch hinsichtlich der Menge und der Zeit. Meine Damen und Herren, es ist aber auch klar, dass wir die Verimpfung sowohl hinsichtlich der Prioritäten als auch hinsichtlich des zeitlichen Abstandes ausdehnen wollen. Wir versuchen, soweit dies von den Herstellern als möglich erachtet wird, den Abstand zwischen Erst- und Zweitimpfung zu maximieren. Übrigens: Auch die Erstimpfung gibt trotz einer vorgeschriebenen oder empfohlenen Zweitimpfung bereits einen sehr hohen Grundschutz. Deswegen machen wir das.

Mir war wichtig, dass die Hausärzte endlich ins System kommen. Das war eine bayerische Forderung. Ich will noch einmal begründen, warum dies so wichtig ist. Die Hausärzte können schneller und unbürokratischer in Kenntnis vulnerabler Gruppen und chronisch Kranker, die sonst kein anderer kennen kann, und Immobiler verimpfen. Sie können übrigens bei dem besonders in der öffentlichen Diskussion stehenden Impfstoff von AstraZeneca Empfehlungen geben und Nachbetreuung bieten.

AstraZeneca ist ein hochwirksamer Impfstoff, aber er hat natürlich durch das Hin und Her und auch durch den jüngsten Todesfall in Bayern zu einer Situation geführt, in der die Menschen zurückhaltend sind. Das mache ich den Menschen auch nicht zum Vorwurf. Niemandem darf vorgeworfen werden, dass er zurückhaltend ist, weil ihm ein Impfstoff möglicherweise zu unsicher ist. Deswegen ist es umso wichtiger, für AstraZeneca mehr Freigaben zu erteilen, die Prioritäten zu lockern und die Impfreiheitenfolge zu verändern.

Ich darf sagen: Ich glaube, es wird auch der Zeitpunkt kommen – und zwar schneller, als man denkt, weil wir bei diesem Impfstoff die Zurückhaltung spüren –, dass es auch Vorbilder braucht. Ich bleibe dabei: Ich glaube zum Beispiel, dass auch ein Bayerischer Landtag eine hohe Priorität hat. Wir sagen ja, dass Entscheidungen getroffen werden müssen. Auch wir in der Staatsregierung sollten uns überlegen, ob wir denn nicht mit gutem Beispiel vorangehen können. Ich bin nämlich der festen Überzeugung,

meine Damen und Herren: Viele Menschen stellen sich zum einen Fragen und sagen, dass sich keiner vordrängeln soll, zum anderen sagen sie aber: Die lassen sich auch nicht impfen, also muss etwas dran sein. Leider gibt es sehr viele, die den ganzen Tag nur damit verbringen, wissenschaftliche Ergebnisse zu diskreditieren. Ich plädiere für mehr Freiheit, mehr Möglichkeiten und auch für ein baldiges Impfen, da wir im Landtag Vorbilder sein sollten; denn Impfen schafft Freiheit, Impfen schafft neue Möglichkeiten. Meine Damen und Herren, deswegen wäre es auch an der Zeit, dass auch wir im Landtag die Chance bekommen, uns impfen zu lassen, und zwar schneller als gedacht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Übrigens starten wir jetzt mit den Hausärzten, entweder am Gründonnerstag oder am 31. März – Klaus Holetschek, das müssen wir uns noch überlegen –, mit 1.500 Praxen. Danach werden alle 8.000 Praxen das haben. Letzte Woche hat mich besonders gefreut, dass die 100.000 Extraimpf Dosen für Ostbayern bestätigt wurden. Viele haben sich dafür eingesetzt und auch in Presseerklärungen gesagt, sie hätten das durchgesetzt. Soweit ich weiß, haben wir uns direkt an die Präsidentin der Kommission und an die Bundeskanzlerin gewendet. Danke übrigens auch an die anderen Länder, die keine solche Situation haben. Ich sage das ausdrücklich. Auch viele A-Länder haben mitgemacht und entschieden, diese Solidarität zu zeigen.

Dabei ist übrigens wichtig: Das ist nicht nur einfach ein Add-on, sondern gerade in den Hotspots wird das Impfen angewendet. Dort, wo man nicht öffnen kann, muss man schneller immunisieren, und zwar nicht nur durch Impfen in der normalen Reihenfolge, sondern auch durch strategisches Impfen, Riegelimpfung, um zu verhindern, dass sich Inzidenz weiter erhöht, und beispielsweise Ringimpfung. Der kleinere Ort, der ein höheres Infektionsgeschehen hat: Reingehen. Bestimmte Betriebe, wo ein höheres Infektionsgeschehen erkennbar ist: Verimpfen. Das ist das Prinzip, Mortalität zu bekämpfen, aber Mobilität zu erleichtern. Denn die Wahrheit ist, dass wir dort höhere Infektionsrisiken haben.

Wir sollten dieses System Stück für Stück übernehmen, wenn mehr Impfstoff da ist; denn es kommt der Zeitpunkt, wo wir alles tun müssen, um so schnell wie möglich zu verimpfen. Das heißt für mich, alle Betriebsärzte einzuschalten und die gesamten Betriebe zu impfen. Ich würde dann auch, wenn es geht, Schulärzte einschalten und dies beispielsweise in den Schulen für diejenigen, für den der Impfstoff empfohlen ist, machen und möglicherweise auch an neuere Impfformen denken, wenn es zum Beispiel um Universitäten und andere geht.

Ich plädiere sehr dafür – das war auch bei der Europäischen Union so –, nicht nur über hohe Exporte zu reden, sondern auch über die Zulassung neuer Impfstoffe. Ich setze darauf, nachdem die wissenschaftlichen Vorberichte beispielsweise über Sputnik V ganz hervorragend sind. Bitte keine ideologischen Barrieren aufbauen! Wenn es ein guter Impfstoff ist, dann zulassen. Bitte schnell kaufen und so schnell wie möglich verimpfen. Jede Impfdosis schafft Freiheit. Jede Impfung bedeutet Normalität. Deshalb werbe ich und kämpfe ich sehr für viel Impfen und für viel Impfen in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der letzte Punkt scheint klein, ist aber doch groß, weil er uns alle sehr bewegt. Dort ist die Erfolgsgeschichte bislang national, nicht bayerisch, nicht so groß: das Thema "Digitale Apps". Wir haben die Corona-Warn-App. Die Corona-Warn-App ist gut; aber sie greift nicht so, wie wir es uns wünschen würden. Warum? – Wegen des Datenschutzes, der sehr wichtig ist. Ich möchte nicht generell über den Datenschutz herziehen, weil mir das zu einfach ist, wenn da alle schimpfen. Keiner von uns möchte, dass seine Daten irgendwie verändert und geändert werden und irgendwo erscheinen. Darauf legen wir schon alle großen Wert. Aber in bestimmten Krisensituationen muss eine Anpassung stattfinden. Ich kann nicht über Grundrechtseinschränkungen reden, aber an einer Stelle die Rechtsgüter völlig aus dem Blick lassen.

Deswegen muss die Corona-Warn-App verbessert werden. Aber es muss auch andere App-Möglichkeiten geben. Wir in Bayern werden jetzt zwei Angebote zur Umsetzung der Nachverfolgungs- und Kontaktmanagementmöglichkeiten einholen. Das eine ist die berühmte Luca-App, bei der es offenkundig – so war es aus Mecklenburg-Vorpommern zu hören – erhebliche Datenschutzvorbehalte gibt. Ich kann das nicht abschließend beurteilen. Das andere ist die schon in Bayern entwickelte App "darfich-rein" von der AKDB. Beides ist möglich. Wir werden relativ bald zu einem Ergebnis kommen, welche von beiden Apps wir empfehlen, bei uns als System auszurollen, so dass wir dann mit mehr Testen, mit mehr Impfen und mit der Nachverfolgungs- und Warn-App insgesamt eine relativ gute Basis haben, uns weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum Schluss: Ich will es noch einmal ausdrücklich sagen, meine Damen und Herren. Das sind alles Einzelmaßnahmen, und so schlüssig oder un schlüssig das auch klingen mag: Es ist ein Konzept. Unser Bayernplan, die Bayernmatrix, steht. Aber ich möchte auch noch einmal ausdrücklich sagen: Es ist eine nervige und schwere Zeit, für einige aber auch eine lebensgefährliche. Bitte lassen Sie uns immer die richtige Balance halten zwischen unseren eigenen Ermüdungserscheinungen und ganz schlimmen Folgen für andere. Es gehört schon dazu, gerade für uns Politiker, nicht für jeden Bürger, dass wir nicht nur unsere Sorgen und unsere Beschwerlichkeiten haben, sondern dass wir alles annehmen und aufnehmen und vielleicht nicht nur parteitaktisch einsetzen oder sogar instrumentalisieren lassen, sondern zum Wohle der Allgemeinheit denken.

Wir sind nicht allein. Es ist nicht so, dass Deutschland oder Bayern ein Problem hat. Die Welt hat nach wie vor dieses Problem. Es wird dort besser, wo mehr Impfstoff ist, aber nur dort. Unsere Partner in Österreich müssen wieder überlegen, was sie machen. Die haben eine hohe Inzidenz von über 240; unsere französischen Freunde von über 300. Dort werden wieder Patienten aus Paris – so habe ich gelesen – verlegt, weil die Krankenhäuser fast überlastet sind. Von der schlimmen Situation in Osteuropa

möchte ich gar nicht reden. Sie haben es gelesen: Dort gibt es in der Relation mit die höchsten Todeszahlen in der Welt, so ein neuer Bericht.

Deswegen hilft es nichts, einfach wegzuschauen – es bringt nichts – oder sich um die Realität herumzumogeln. Das ist der falsche Weg. Ich habe es Ihnen vorher gesagt, und ich bleibe dabei: Wir wollen den Zweiklang aus "Schutz des Lebens" und "Zurück zum Leben" haben, weil uns beide Motive antreiben, jedenfalls mich. – Ist das jetzt alles trostlos an einem Tag, wo man auch eine Maßnahme zurücknimmt? – Na ja, richtig toll ist es nicht. Ist es deswegen aber so, dass man völlig entmutigt sein muss und den ganzen Tag weinen und aufgeben muss? – Nein, das ist es nicht. Es dauert zwar noch etwas; aber es wird jeden Tag ein bisschen besser.

Ich bekomme jeden Tag zwei SMSen. Die eine SMS ist von Klaus Holetschek mit den neuen Zahlen der Inzidenz, der Infizierten und leider auch immer noch der Todesfälle. Dann kommt immer die zweite SMS. Das ist die Zahl der Impfungen. Die schickt er mir immer als Zweites, um die Stimmung anzuheben. – Es wird jeden Tag besser, wenn auch in kleinen Dosen. Deswegen ist Corona nicht etwas, was unser Leben für immer verändert.

(Zuruf)

Es ist eine Frage der Zeit. Das ist wahr. Übrigens: Wenn manch einer, der immer dagegen ist, die ganze Zeit, von Anfang an mitgeholfen hätte, wäre es vielleicht schneller gegangen; denn die Wahrheit ist doch: Wir hinken in manchem hinterher,

(Zuruf)

weil manche alles bezweifeln, alles zerreden und alles immer schlechtmachen, meine Damen und Herren. Mal mehr Optimismus und Hilfe untereinander! Das wäre wirklich lohnenswert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber das entscheidet jeder selbst in seiner persönlichen Verantwortung.

Ich sage zum Abschluss: Ich weiß nicht, ob es die letzte Etappe bei Corona ist. Das weiß ich nicht. Es kommt noch mal ein dicker Brocken mit dieser Welle. Aber es ist möglich.

(Zuruf)

Ich bin sicher: Wir werden Corona überwinden, so wie wir schon ein Jahr lang kämpfen, wie wir ein Jahr lang viel erreicht haben, wie wir viele Leben gerettet haben. Das darf ich ausdrücklich sagen: Wirtschaftlich geht es den meisten Ländern um uns herum viel schlechter. Alle Hilfsangebote, die gemacht werden, sind immer ein Stück weit auch Hilfe und Unterstützung, um in dieser Situation zu überleben. Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns wie bisher gelingen wird. Wir haben die erste Welle mit schweren Blessuren überstanden. Die zweite Welle hatte man doch schon im Griff. Wir wären jetzt schon raus, gäbe es nicht die Mutation. Wir werden diese dritte Welle auch bekämpfen. Ich bin tief und fest entschlossen, egal wer von da oder dort schimpft oder schreit, auch in Zeiten von Wahlkämpfen. Ich weiß, dass manch demoskopischer Befund es schwerer macht. Aber es geht jetzt nicht nur darum. Die Demoskopie ist nicht mein einziger Ratgeber, sondern wir müssen aus dem Herzen heraus entscheiden, was wir glauben, dass richtig ist. Was wir vorlegen, ist nicht blind; es ist auch nicht absolut. Es ist ein Konzept, das sich gemeinsam findet.

(Zuruf)

Ich danke auch den Kollegen meiner Fraktion, aber auch den FREIEN WÄHLERN. Es sind schwere Abwägungsprozesse. Nicht immer ist jeder voll begeistert. Ich weiß das und ich habe dafür Verständnis. Aber am Ende ist es ein Konzept; am Ende ist es eine Matrix. Wir sind mit diesen Konzepten bislang relativ gut gefahren. Gott hat uns bislang gut beschützt. Ich bitte ihn auch weiter um den Schutz für unser Land und darum, dass es uns weiterhin gelingen möge, diese Herausforderung zu meistern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Bayerischen Ministerpräsidenten für diese Regierungserklärung. – Wir treten jetzt in die Aussprache ein. Ich verweise auf Folgendes: Die verlängerte Redezeit des Herrn Ministerpräsidenten wird anteilmäßig auf die Redezeit der jeweiligen Fraktionen angerechnet. Nach den ursprünglichen Zahlen hat die Fraktion der CSU 29 Minuten, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten und die Fraktion der FREIEN WÄHLER 15 Minuten. Jeweils 14 Minuten entfallen auf die AfD und die SPD. Die FDP hat 11 Minuten. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils 4 Minuten.

Damit darf ich die Aussprache eröffnen. Das Wort hat Herr Kollege Ludwig Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, eine Regierung kann ihrer Bevölkerung vieles abverlangen, wenn sie deren Vertrauen hat. Das hat das Frühjahr 2020 beeindruckend gezeigt. Wir haben in diesem Land eine Welle der Solidarität erlebt, wie wir sie kaum kannten. Vertrauen ist ein hohes Gut in unserer Demokratie. Vertrauen ist die Voraussetzung, um unsere vielfältige Gesellschaft zusammenzuhalten, und Vertrauen ist die Grundlage, um eine Krise gemeinsam zu meistern.

Wir befinden uns bereits im zweiten Corona-Jahr. Ich habe heute vieles gehört, was ich nicht zum ersten Mal gehört habe. Ich muss Ihnen ganz deutlich sagen: Sie haben in den letzten Wochen und Monaten in vielfacher Hinsicht Vertrauen verspielt. Ziemlich genau vor einem Jahr wurden Krankenpfleger und Ärzte angehalten, FFP2-Masken mehrfach zu verwenden, obwohl das medizinisch kaum zu vertreten war. In dieser Notlage, wo sich Ärzte ohne richtige Schutzausrüstung um Kranke gekümmert haben, in dieser größten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg denken CSU-Politiker nicht daran, für das Gemeinwohl anzupacken, sondern an ihren Geldbeutel. Das ist wirklich furchtbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich spreche das hier an, weil ich immer noch darüber entsetzt bin, wie es so weit kommen konnte. Die CSU-Maskenaffäre stellt viele alte CSU-Amigogeschichten in den Schatten. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich streite mich mit Ihnen gern über die besten Lösungen und Ideen für unser Land. In diesem Fall erwarte ich aber von der CSU-Fraktion, dass sie endlich einer deutlichen Verschärfung des Abgeordnetengesetzes zustimmt und diese mitträgt. Nebeneinkünfte müssen ab dem ersten Cent auf Euro und Cent offengelegt werden. Geschäfte von Abgeordneten mit Ministerien müssen unterbunden werden. Die Aufgabe von Parlamentariern ist es, die Staatsregierung zu kontrollieren, und nicht, mit ihr Geschäfte zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU hat aber nicht nur mit der CSU-Maskenaffäre Vertrauen verspielt. Viel Vertrauen wurde auch durch das Fehlen einer tragfähigen Strategie gegen die Corona-Pandemie verloren. Die letzten 48 Stunden – die MPK am Montag, heute Vormittag eine weitere MPK – sprechen darüber Bände. Herr Dr. Söder, am Anfang dieses Monats standen Sie am Rednerpult und haben den zweiten Schritt vor dem ersten verkündet. Das war ein gravierender Fehler, wie wir heute gesehen haben. Herr Ministerpräsident, Sie sagen zu Recht: Corona verzeiht keine Fehler. Genau so ist es.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen recht: Das Impfen ist die einzige langfristige Strategie. Das ist unstrittig. Das entbindet Sie jedoch nicht von der Pflicht, die Maßnahmen aufs Gleis zu setzen, die wir heute und jetzt brauchen, um die Pandemie besser einzudämmen und in den Griff zu bekommen, um Freiheiten durch mehr Sicherheit zu ermöglichen. Bis die Impfkampagne ihre Wirkung erzielt, müssen hier und jetzt die Weichen anders gestellt werden. Ich halte das, was angekündigt wurde, für zu wenig.

Der Vorschlag einer Testpflicht an Schulen in Hotspot-Regionen, damit diese Schulen für unsere Schüler offengehalten werden können, ist gar nicht verkehrt. Dieser Vorschlag entbindet Sie jedoch nicht von der Pflicht, zunächst einmal dafür zu sorgen, dass Testangebote vorhanden sind und von den Menschen angenommen werden. Ihre Pflicht ist es, an allen bayerischen Schulen die versprochenen Schnelltests verfügbar zu machen. Sie haben das vor ein paar Wochen hier angekündigt. Ich bin keiner, der immer das Haar in der Suppe sucht. Wenn jedoch großspurig Maßnahmen angekündigt werden, dann darf auch erwartet werden, dass geliefert und umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen möglichst schnell zweimal pro Woche ein Testangebot an den Schulen, um unseren Kindern einen sicheren Schulbetrieb anzubieten. Ihre Ministerien haben gerade erst bestätigt, dass nicht einmal für das Schul- und Kitapersonal in allen Landkreisen in den nächsten Wochen ausreichend Schnelltests zur Verfügung stehen werden, und das trotz Ihrer großen Ankündigung vor ein paar Wochen. Von den Schnelltests für die Schüler möchte ich hier ganz schweigen.

Nur wer seine eigenen Pflichten erfüllt, kann andere in die Pflicht nehmen, und nicht andersherum. Lenken Sie bitte nicht mit neuen Ankündigungen für morgen von Ihren Fehlern von heute ab. Ich habe heute wieder von Ihnen gehört, was morgen kommen wird. 80 % dieser Ankündigungen habe ich aber bereits vor ein paar Wochen gehört. Entscheidend ist, dass jetzt endlich gehandelt und geliefert wird.

Sie haben von der Möglichkeit gesprochen, Gurgel-Schnelltests einzusetzen, weil das gescheite Tests sind, die funktionieren. Da haben Sie recht. Ich habe aber gelesen, dass im November letzten Jahres die Gurgeltests an einer bayerischen Privatschule ausprobiert wurden. Die Tests wurden von einem bayerischen Labordienstleister angeboten. Warum werden diese Tests nicht längst an den Schulen angewandt? Wir wissen doch, dass sie funktionieren können. Das wäre eine gute Ergänzung, gerade für

die kleinen Kinder in den Klassen 1 bis 6. Das muss doch jetzt ermöglicht werden, statt wieder Pilotprojekte aufs Gleis zu setzen. Wir müssen in den Modus kommen, solche Maßnahmen flächendeckend zu ermöglichen, damit wir endlich einmal dem Virus einen Schritt voraus sind. Wir dürfen nicht immer erst nachher agieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Laut einem Sprichwort lernt man einen guten Steuermann erst im Sturm kennen. Herr Ministerpräsident, wenn wir in diesem Bild bleiben, dann haben Sie die Brücke zu häufig sich selbst überlassen, um vor der Mannschaft an Deck große Reden zu schwingen. Dabei haben wir leider gewaltig den Kurs verloren. Dass wir weiterhin keine richtig entspannte Lage im Blick haben, ist auch das Versäumnis Ihrer Regierung. Sie haben gemeint, wir würden diese Versäumnisse immer wieder erwähnen. Ich sage Ihnen: Wir erwähnen diese Versäumnisse natürlich so lange, bis die Testangebote funktionieren. Sobald die Tests an den Schulen sind und funktionieren, werde ich das hier begrüßen und auch nicht mehr kritisieren. Das ist aber nicht passiert. Das Problem ist, dass Sie dies seit Wochen ankündigen. Dadurch wird das Vertrauen bei den Menschen zerstört, die sich massiv anstrengen, die Corona-Schutzmaßnahmen einzuhalten. Die Menschen bringen sich ein und erwarten von Ihnen, dass wirklich geliefert wird. Das sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben vor ein paar Wochen gesagt: Osterurlaub oder Osterlockdown, das hängt jetzt von jedem Einzelnen ab. Mit diesem Satz schieben Sie die Verantwortung ab. Sie schieben die Verantwortung an die einzelnen Personen ab, statt sie bei sich selbst zu suchen und sich zu fragen, was der Staat regelnd aufs Gleis setzen muss. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in diesem Land hält sich an die Corona-Schutzmaßnahmen bis zur Belastungsgrenze. Sie verzichtet darauf, Freunde zu treffen, die Eltern zu besuchen und vieles mehr. Genau diese Menschen,

die sich seit zwölf Monaten an so viele Regeln halten, verzweifeln jetzt, weil ihr Vertrauen in die Regierung verloren geht, da diese Krise nicht richtig gemanagt wird.

Die Menschen sind auch deshalb so wütend, weil dies Bereiche betrifft, die sie selbst gar nicht regeln und ändern können. Hier geht es um das klassische Handeln der Regierung. Nehmen wir noch einmal das Beispiel Schnelltests: Da haben doch Sie die Hebel des Handelns in der Hand. Ein weiteres Beispiel ist die bessere Kontaktverfolgung. Das muss doch von den Gesundheitsämtern übernommen werden. Auch die bessere Überwachung des Infektionsgeschehens ist eine Aufgabe der Regierung und ihrer Behörden, damit bessere Schutzmaßnahmen ergriffen werden können. Der Gesundheitsminister hat vorhin in der Haushaltsberatung erklärt, die Kontaktnachverfolgungs-Software SORMAS sei bereits in den Gesundheitsämtern installiert, aber sie laufe noch nicht richtig. Das wissen wir. Sie haben hier wiederum die Verantwortung abgeschoben und gesagt, die Schnittstelle beim Bund sei schuld. Mir geht es gar nicht darum, wer schuld ist. Ich möchte, dass hier gearbeitet wird und die Probleme, die wir seit Wochen und Monaten haben, endlich abgestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Themen liegen nicht in der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, sondern die Verantwortung dafür liegt bei Ihrer Regierung. Leider sind das keine Einzelfälle. Die Verantwortung für den Schutz der Gesundheit allein auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen, ist für mich eine völlige Selbstaufgabe Ihrer Regierung. Nehmen Sie sich endlich selbst in die Pflicht! Das wäre ein erster Schritt, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Auch der Ministerpräsident hat viel von Kindern und Schulen gesprochen. Ich glaube, es ist eine ganz wichtige Aufgabe, hier etwas zu ermöglichen, auch in Bezug auf die vielen Eltern, die sich um ihre Kinder Sorgen machen und diesen Kampf täglich mitbekommen. Es ist richtig – das sage ich hier anerkennend –, dass der Distanzunterricht besser geworden ist. Das darf aber nicht dazu führen, dass man sich darauf ausruht.

Trotzdem muss der Präsenzunterricht so schnell wie möglich ermöglicht werden. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt haben. Das ist unstrittig. Nicht nur in meinen Augen geht Vertrauen verloren, wenn Reden und Handeln nicht mehr übereinstimmt. In einer der ersten Regierungserklärungen zum Thema "Kinder und Jugendliche zuerst" waren wir uns mal einig. Aber in den Augen von Kindern sieht es gerade anders aus. Für viele Schülerinnen und Schüler heißt es jetzt erst mal wieder Distanzunterricht, während die Baumärkte offen bleiben. Distanzunterricht, während die Baumärkte offen bleiben! Viele Eltern und auch ich kommen zu dem Ergebnis: Der neue Akkuschauber liegt Ihnen näher als die Bildungs- und Teilhabechancen unserer Kinder. Das ist bitter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen nicht vergessen: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Kinder leiden unter den Maßnahmen überdurchschnittlich. Sie bewegen sich normalerweise in drei sozialen Räumen: Familie, Schule und Freunde. Der Lockdown hat ihnen zwei davon genommen: die Schule und in diesem Bereich die Freunde, aber auch die Freunde im Sportverein. Sie leiden in ihrer Lebensrealität überdurchschnittlich. Das heißt auch, wir müssen ihnen in den nächsten Wochen und Monaten mehr ermöglichen. Aber das geht nur mit einem guten Test- und Schutzkonzept. Wir brauchen endlich eine klare Prioritätensetzung. Letztere vermisse ich auch bei den MPK-Beschlüssen der letzten Woche. Es kommt mir immer so vor, als habe jedes Land einen bestimmten Bereich. Dann wird der kleinste gemeinsame Nenner gesucht, auf den man sich einigen kann. Aber der kleinste gemeinsame Nenner oder der Kompromiss ist der beste Freund des Virus. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Da muss sich Grundlegendes ändern. Ich bin gespannt, wie Sie Ihre Forderung, die MPK-Runden zu reformieren, in die Tat umsetzen. Ich glaube, am 12.04.2021 findet die nächste MPK statt. Ich bin gespannt, ob sich bereits da zeigt, dass etwas geändert wird.

Entscheidend ist es aber, eine langfristige Perspektive zu ermöglichen, um aus dieser Krise wieder herauszukommen. Eines gehört auch dazu: Ich habe vom Ministerpräsidenten leider wenig dazu gehört, was jetzt konkret gemacht wird, um die dritte Welle,

in der wir bereits sind, einzudämmen und zu brechen. Für uns GRÜNE ist klar: Wenn wir den Kindern mehr Freiheiten geben möchten, müssen wir in anderen Bereichen den Infektionsschutz deutlich verbessern. Deshalb sind unsere ganz konkreten Vorschläge: Homeoffice muss in der Pandemie Standard werden. Das Ifo-Institut – das ist kein grünes, sondern ein arbeitgeberfreundliches Institut – hat ermittelt, dass das Homeoffice-Potenzial nur zu 50 % ausgenutzt wird. Da ist Luft nach oben. Da brauchen wir endlich mehr Verbindlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren brauchen wir zweimal die Woche ein verpflichtendes und verbindliches Testangebot bei Unternehmen, die ihre Mitarbeiter nicht ins Homeoffice schicken können. Holen wir doch die Idee, die über Weihnachten leider nicht funktioniert hat, wieder zurück. Damals haben wir die Chance verpasst, im Land wirklich flächendeckend Betriebsferien zu haben. Die zwei Osterwochen bieten eine entsprechende Möglichkeit. Meine Bitte an die Unternehmerinnen und Unternehmer ist daher, die Möglichkeit aufzugreifen, in diesem Zeitraum Betriebsferien anzubieten, um das Infektionsgeschehen wirklich zu reduzieren und dessen Entwicklung deutlich zu bremsen, auch wenn es gesetzlich nicht angeordnet wird. Ich weiß, dass es schwierig ist. Aber genau das zeigt, dass Sie da einen guten Punkt gebracht haben. Das zeigt auch – so stelle ich mir das vor –: Auf der MPK bringt irgendjemand eine Idee ein, ohne sie sich vorher zu überlegen. Aber ich erwarte von einer Regierung, dass sie einen Plan A, B und C hat und dass dieser Plan dort diskutiert wird. Dieser Plan muss vorher dahin gehend vorbereitet sein, dass er umgesetzt werden kann. Sonst wird in diesem Land immer mehr Vertrauen verspielt. Das kann keiner von uns wirklich wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen deshalb weitere Maßnahmen, um den Schutz besser hinzubekommen, damit wir es im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder schaffen, nach Möglichkeit nach Ostern wieder Präsenzunterricht in Bayern anbieten zu können.

Auch beim Impfen heißt es jetzt, vorzudenken und das Land für die Zeit vorzubereiten, wenn Impfstoff nicht mehr Mangelware ist. Das wird sicher noch etwas dauern, aber das Zeitfenster wird kommen. Da bin ich bei Ihnen. Umso wichtiger ist es doch – was Sie heute gesagt haben, ist nicht verkehrt –, es bitte nicht beim Reden zu belassen, sondern auf diesem Gebiet zu handeln. Ich will nicht erleben, dass wöchentliche Impfstofflieferungen, die bald immer größer werden, nicht in der gleichen Woche verimpft werden. Es muss möglich sein, diese in der gleichen Woche zu verimpfen. Es muss möglich werden, am besten 24 Stunden am Tag, 7 Tage pro Woche zu impfen. Was in der Woche geliefert wird, muss in dieser Woche verimpft werden. Das ist die Messlatte. Das schulden wir den Menschen in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um das zu erreichen, brauchen wir das Rad nicht neu zu erfinden, sondern sollten wir auf bestehende Strukturen setzen. Deshalb ist es richtig, Hausärzte, Facharztpraxen, Betriebsärzte in die Impfkampagne einzubinden. Wir haben in Bayern 5.000 niedergelassene Allgemeinmediziner. Wir haben in Bayern Tausende von Fachärzten und in großen Unternehmen Betriebsärzte. Heute konnte man lesen, dass sich in der Region Schweinfurt bereits einige Ärzte angeboten hätten, das umzusetzen. Dort gibt es Betriebe, die ganz klar sagen, sie könnten in der Woche 500 bis 1.000 Impfungen in die Arme bringen. Die haben die kurzen Wege zu denjenigen, die geimpft werden müssen. Das bringt Tempo in die Sache. Um dieses Potenzial wirklich heben zu können, müssen wir jetzt entschlossen und pragmatisch handeln. Es soll in Zukunft heißen: Niemand verlässt mehr eine Hausarztpraxis, ohne ein Impfangebot bekommen zu haben.

Ich komme zum Schluss. Durch die Fehler des Krisenmanagements ist enorm viel Vertrauen verloren gegangen. Das sorgt in unserem Land für berechtigten Frust und schmälert die Bereitschaft, sich an die Maßnahmen zu halten. Deshalb brauchen wir jetzt endlich mehr Tempo, Pragmatismus und Klarheit im Handeln und in der Kommunikation. Das ist das Entscheidende. Beides muss zusammenpassen. Ich bin im Inter-

esse unseres Landes immer bereit, über Parteigrenzen hinweg mit anderen zusammenzuarbeiten. Es geht um Lösungen und nicht um die knackigste Überschrift in den Zeitungen. Das sage ich aus tiefster Überzeugung. Das ist mein Verständnis von Verantwortung. Die Wissenschaft hat bei der Impfstoffentwicklung, Infektionsforschung, Entwicklung von Schnelltests Verantwortung übernommen und Großartiges geleistet. Nahezu alle Bürgerinnen und Bürger haben vorbildlich und verantwortungsvoll gehandelt und sich und andere geschützt. Jetzt sind Sie an der Reihe. Es gilt, die Schnellteststrategie flächendeckend umzusetzen, die Kontaktnachverfolgung hochzufahren und jetzt die Impfkampagne sauber vorzubereiten. Das ist Ihre Verantwortung. Das erwarte nicht nur ich, sondern das erwarten auch die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Menschen sind über das schlechte Krisenmanagement der Regierung berechtigt sauer. Die letzten 48 Stunden haben das nicht besser gemacht. Ich kann das gut verstehen. Meine Bitte an Sie alle ist: Sauer sein und gleichzeitig vernünftig sein. Ich bitte Sie alle: Halten Sie sich in unser aller Interesse auch weiterhin an die Corona-Schutzmaßnahmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung. Dazu erteile ich dem Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Hartmann, der Herr Ministerpräsident hat vorhin von "Tricksereien" gesprochen. Ich zitiere jetzt aus dem Bericht Nummer 11 der LMU vom 19.03.21; denn Sie haben zu Recht gesagt, die wissenschaftliche Expertise sei wichtig. Ich frage Sie, ob Sie diese folgende wissenschaftliche Expertise der LMU teilen würden:

Daher sollten die COVID-19 Neuaufnahmen auf die Intensivstationen, der Nowcast der Todesfälle [...] und der R-Wert als Maßzahlen des aktuellen Infektionsgeschehens genau beobachtet werden [...].

Teilen Sie diese Betrachtungsweise?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe Ihre Frage nicht ganz richtig verstanden. Aber ich kann Ihnen gleich vorweg sagen: Für uns ist ganz entscheidend, dass wir bei den jetzigen Werten bleiben, bis die Zahlen etwas nach unten gehen, bis es deutlicher ist. Es ist richtig: Wir werden sicher zu einem Zeitpunkt auch über andere Messlatten nachdenken müssen. Aber jetzt ist doch das Entscheidende, die Zahlen nach unten zu bekommen, wenn die dritte Welle ansteht. Dazu, was Sie beigetragen haben, damit die Zahlen nach unten gehen, finde ich gar nichts. Damit erübrigt sich jede weitere Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hartmann, wer in diesem Hohen Haus den GRÜNEN zuhört, könnte glauben, die Regierung sei das größte Problem dieses Landes. Herr Kollege Hartmann, Sie haben viel Richtiges gesagt, und Sie haben viel Selbstverständliches gesagt, beispielsweise zum Thema Impfen. Ich werde darauf noch zurückkommen. Aber Sie haben auch viel Besserwisserisches gesagt und Verantwortung verteilt, was so nicht gerechtfertigt ist.

Sie haben beispielsweise angesprochen, dass die sogenannte Osterruhe nicht durchdacht worden ist. Dazu kann ich nur sagen: In anderen Ländern ist es ein probates Mittel gewesen, kurze, starke Lockdowns zu machen. Ich erinnere beispielsweise an Melbourne. Dort war es sehr erfolgreich. Deswegen war es richtig, dies zu prüfen. Ich

halte es aber für genauso richtig, dies nicht zu machen, weil die Umsetzung wegen eines Donnerstags und eines Teils eines Samstags bei uns einfach zu aufwendig ist, zu viele Schwierigkeiten macht, die Wirtschaft belastet und dieses eigentlich probate Mittel somit in keiner Relation zum Aufwand steht. Deswegen war es richtig, den Plan zurückzunehmen. Es war honorig von der Bundeskanzlerin, zu sagen, sie übernimmt allein die Verantwortung.

Aber, Herr Kollege Hartmann: Dies wurde von allen Ministerpräsidenten beschlossen, auch vom Kollegen Kretschmann. Dies wurde von allen Regierungen mitgetragen, an denen die Grünen beteiligt sind. Deswegen ist es völlig unfair, es auf eine Regierung abzuschieben. Sie waren bei allen diesen Maßnahmen dabei.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dies gilt für alle Corona-Beschlüsse, die in den Ministerpräsidentenkonferenzen der letzten Monate getroffen worden sind. Man sieht, dass es schwieriger ist, Verantwortung zu tragen und umzusetzen, als in der Opposition zu sitzen und die Dinge hinterher zu beurteilen. Das ist Tatsache.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da ich mir schon vorstellen kann, was nachher gesagt wird, sage ich: Dieser Hinweis gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der FDP. Auch Sie sind an jeder Menge Landesregierungen beteiligt und stellen Ministerpräsidenten. Die FDP ist in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein dabei. All das, was Sie hinterher hier kritisiert haben, ist in diesen Ländern mit den Stimmen der FDP-Kabinettsmitglieder umgesetzt worden. Herr Kubicki blafft in Schleswig-Holstein, und Ihre Mitglieder im Kabinett stimmen zu. Hier betreibt die FDP eine Doppelzüngigkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Meine Damen und Herren, die Realität ist: Corona ist das größte Problem in diesem Land. Das Coronavirus hat noch nicht aufgegeben. Die Pandemie nimmt aufgrund der

Mutationen leider auch in unserem Land wieder kräftig an Fahrt auf, und zwar mit erschreckender Geschwindigkeit.

So schmerzlich der Lockdown seit Dezember war, wir hatten damit die Trendwende geschafft. In großen Teilen des Landes hatten wir vor wenigen Wochen Inzidenzen von unter 50 erreicht. Wir hätten damit jetzt schon längst wieder weiter lockern können. Aber wir haben es nun eben mit einer Virusmutation zu tun, die deutlich ansteckender ist und die offensichtlich auch ein höheres Sterbe- und Hospitalisationsrisiko aufweist. Unsere Maßnahmen und der Rückgang an Neuinfektionen, den sie bewirkt haben, waren nicht ausreichend, um auch diese ansteckenderen Varianten bisher zu bändigen.

Schätzungen zufolge liegt die Reproduktionszahl der Mutanten derzeit bei knapp 1,3. Was diese Zahl für das Infektionsgeschehen bedeutet, wissen wir nach einem Jahr Pandemieerfahrung nur zu gut: Das mutierte Virus hat in Windeseile den Erfolg zum großen Teil zunichtegemacht, den wir unter großen Anstrengungen zusammen mit der ganzen Bevölkerung gemeinsam erreicht hatten. Es ist nicht nur der Inzidenzwert, der uns das klar bestätigt.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, der Inzidenzwert ist nicht wichtig, dem muss man klar sagen: Das Wort ist etwas kompliziert. Aber der Inzidenzwert ist die Zahl der Infizierten, der Ansteckungen auf 100.000 Einwohner. Aus dieser Zahl leitet sich ab, wie viele Menschen krank werden. Aus dieser Zahl leitet sich ab, wie viele Menschen in die Klinik kommen, nämlich 4 bis 7 %. Von denjenigen, die in die Klinik kommen, kommt wiederum ein gewisser Prozentsatz in die Intensivstation und an die Beatmung. Deswegen ist eine Prognose in die Zukunft ohne den Inzidenzwert, ohne die Zahl der Neuinfektionen jeden Tag einfach abenteuerlich.

Der Inzidenzwert ist nicht der einzige Wert, den wir beachten müssen, aber er ist ein ganz wichtiger Wert. Ihn nicht mehr zu beachten und zu sagen: "Uns ist es egal, ob sich auf 100.000 Einwohner 50 oder 500 anstecken; wir warten erst einmal die Ent-

wicklung in den Krankenhäusern ab", ist falsch, meine Damen und Herren, ist ein großer Irrweg.

(Beifall bei der CSU)

Dass die Inzidenzwerte nach oben gehen, liegt auch nicht daran, dass wir mehr Testungen haben. Auch die Zahl der Corona-Patienten auf den Intensivstationen steigt seit vergangener Woche wieder deutlich. Alle Indikatoren sprechen also dafür, dass wir im Moment größte Vorsicht walten lassen müssen.

Der Ministerpräsident hat immer vor zu frühen und allzu weitreichenden Öffnungen gewarnt. Das war richtig, auch im Nachhinein. Die Vorsichtigen – sie wollten dies in dem Fall eigentlich gar nicht unbedingt – haben leider immer recht behalten. Diejenigen, die die Gefahr unterschätzen und die fortwährend mit völlig unrealistischen Öffnungsversprechungen durch das Land ziehen, sind leider erneut widerlegt worden.

Ich habe auch Verständnis für den übermächtigen Wunsch der Menschen nach Öffnungen und nach mehr Freiheiten. Es geht einem ja am Ende selbst so. Wir alle sind davon betroffen, dass wir lieb gewordene Dinge und Dinge, die uns wichtig sind – von Besuchen von Verwandten, die weiter weg wohnen, über Reisen zu diesen Verwandten bis hin zu Freizeitgestaltungen –, nicht mehr ausüben können. Es trifft ja nicht nur die anderen, sondern es trifft uns alle. Deswegen wissen wir, dass das die Menschen natürlich belastet, so wie es auch viele von uns belastet. Deshalb haben wir auch seit Februar Öffnungen vorgenommen, aber eben nur, soweit diese vertretbar waren.

Wir haben zugleich eine Notbremse eingeführt, die in vielen Regionen greift und die jetzt leider in immer mehr Regionen greifen muss, damit die Ansteckungszahlen nicht durch die Decke gehen.

Wer einen Ausblick auf das braucht, was uns in Deutschland blühen kann, wenn wir unvorsichtig sind, der muss nur über die Grenzen unseres Landes schauen. In Tschechien herrscht weiterhin Ausnahmezustand. Paris und weite Teile Frankreichs sind

wieder im Lockdown. Für fast ein Drittel der Bevölkerung gelten nun wieder strikte Ausgangsregelungen, auch tagsüber, wie wir sie in Bayern und in Deutschland noch nie gehabt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die sind von einer Wucht und werden dort auch massiv durchgesetzt. Jeder, der jemanden in Frankreich kennt, weiß, wie dies dort überwacht wird. Estland, das im Kampf gegen die Pandemie einen eher lockeren Kurs gewählt hat, gehört jetzt mit einer Inzidenz von fast 800 Anfang der Woche zu den Corona-Hotspots in der Europäischen Union. In Wien, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es schon seit Tagen kein einziges freies Intensivbett mehr. Das ist die Corona-Wirklichkeit in Europa.

Wir haben in Bayern aktuell keinen Anlass, zufrieden zu sein. Aber wir stehen noch immer deutlich besser da – auch dies muss gesagt werden, wenn man die Politik betrachtet – als viele andere unserer Nachbarn, obwohl die Politik in Bayern, wenn es nach den GRÜNEN geht, Herr Hartmann, bis zu diesem Zeitpunkt eigentlich so gut wie alles falsch gemacht hat.

Ich möchte nur einmal die Zahlen von jetzt in Erinnerung rufen, wie sich dies im Endeffekt auswirkt. Deutschland hat 896 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus je 1 Million Einwohner. Das heute wegen der schnellen Impfungen so sehr bewunderte Großbritannien hat nicht 896, sondern 1.851 Todesfälle pro 1 Million Einwohner. Unser Nachbarland Tschechien hat nicht 896, sondern 2.324 Todesfälle pro 1 Million Einwohner. Es liegen nur ein paar Kilometer zwischen dem Wohnort von Tobias Reiß, meinem Geschäftsführer, und Tschechien. Aber dies sind schon ganz gewaltige Unterschiede. Man sieht, was man alles falsch machen kann. Wer heute früh die Nachrichten gehört bzw. gelesen hat, weiß, dass Brasilien allein in den vergangenen 24 Stunden, in einem Tag also, 3.150 Tote zu verzeichnen hat, meine Damen und Herren. Da sieht man, wie diese Dinge eskalieren können. Dann ist es schwer, sie in den Griff zu bekommen.

Ich bleibe dabei: Wir haben sicher nicht alles richtig gemacht, wir haben aber versucht, es richtig zu machen und wir haben vieles besser gemacht als anderswo. Lieber Kolle-

ge Hartmann, es hinterher besser zu wissen ist dagegen kein Beitrag zum Krisenmanagement.

Dagegen gilt mein Dank unserem Ministerpräsidenten Markus Söder, der gerade in einer so schwierigen Zeit für Bayern ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kennen die Instrumente für den Umgang mit diesem Virus und deren Wirksamkeit. Es ist deshalb die einzig richtige Entscheidung, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, Kontakte und Mobilität weiter eingeschränkt zu lassen und insgesamt vorsichtig zu bleiben – so schwierig das auch für alle ist, die sich schon auf mehr Freiräume und mehr Kontakte gefreut hatten! Wir hatten ja, als die Zahlen über Wochen hinweg in Richtung 50 heruntergegangen waren, allen Anlass zu der Annahme, dass dies bald durchgehender möglich sein werde.

Angesichts der drohenden exponentiellen Entwicklung der Infektionszahlen führt kein Weg daran vorbei, die in der Matrix vorgesehenen Öffnungsschritte, die wir letztes Mal besprochen haben, vorläufig auszusetzen. Denn je höher wir die Zahlen jetzt steigen lassen, desto schwieriger und langwieriger wird der Weg zurück werden, desto länger werden dann weitere Öffnungen wieder auf sich warten lassen.

Wenn wir dagegen eine Trendumkehr erreichen, dann können und werden wir nach Ostern – der Ministerpräsident hat im Einzelnen aufgeführt, was geplant ist – wieder mit konkreten Öffnungsschritten fortfahren. Das betrifft den Einzelhandel, den Sport, die Außengastronomie und die Kultur. Es geht uns darum, nicht nur Vorsicht walten zu lassen, sondern für die Menschen und die Wirtschaft eben auch Perspektiven zu schaffen.

Dort, wo wir, wie bei den Impfungen in den Seniorenheimen, bereits nachhaltige Fortschritte erzielt haben, können wir ja schon jetzt, wenn die Impfquoten entsprechend

sind, lockern. Bei den älteren Bürgern ist die Inzidenz, also die Ansteckung, dank der Impfungen massiv gesunken. Die Bewohner der Alten- und Pflegeheime können daher ab dem kommenden Wochenende auch endlich wieder einfacher und mehr Besucher empfangen.

Meine Damen und Herren, wir wollen nichts schönreden. Wir dürfen aber auch nichts schlechtreden. Wer hier ständig von Staatsversagen oder Missmanagement spricht, weil er sich schon im Wahlkampfmodus befindet, verunsichert die Menschen in dieser schwierigen Lage noch zusätzlich. Er schlägt denen ins Gesicht, die in den Gesundheitsämtern, in den Impfzentren und in den Krankenhäusern bis an die Grenze ihrer Kraft tagtäglich an der Bewältigung dieser Krise arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte allen Mitarbeitern in diesen Einrichtungen stattdessen herzlich danken. Sie sind eine wichtige Stütze im Kampf gegen Corona. Ich danke auch all denjenigen, die so zuverlässig in Testzentren arbeiten. Ebenso gilt mein Dank denjenigen in den Impfzentren. Dort wird großartige Arbeit geleistet, die wir von niemanden schlechtreden lassen. Ich versichere Ihnen: Wir werden durch unsere Politik alles tun, dass die Menschen in diesen Tätigkeitsbereichen durch falsche Politik nicht grundlos und maßlos überfordert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben es bei Corona mit einem immer gefährlicheren Gegner zu tun, sind heute aber in vielen Bereichen – wir dürfen das, wenn wir die Bewertung vornehmen, nicht vergessen – deutlich besser aufgestellt und vorbereitet. Wir haben heute immer größere und bald noch flächendeckendere Testkapazitäten. Wir bauen diese im ganzen Land noch zusätzlich auf.

Bis vor Kurzem war das noch anders. Bis vor ein paar Tagen gab es lange Zeit keine Schnelltests; auch diese sind später gekommen. Bis vor ein paar Tagen gab es überhaupt keine Eigentests. Die ersten Eigentests wurden jetzt ja erst zugelassen.

Herr Kollege Hartmann, wir werden das in den Schulen natürlich aus- und aufbauen. Nur tun Sie nicht so, als sei dies eine Banalität! In Baden-Württemberg hat Ihr Gesundheitsminister ja wegen Totalversagens in diesem Bereich fast zurücktreten müssen; der war ja von Kretschmann fast nicht zu halten. Wir dürfen auch nicht so tun, als sei das im ganzen Land flächendeckend von jetzt auf nachher zu garantieren.

Ich sage Ihnen nur mal die Zahlen: Die 1,6 Millionen Schüler und die, wie der Kultusminister kürzlich in der Vorbesprechung gesagt hat, 350.000 Menschen, die in den Schulen arbeiten, ergeben 2 Millionen. Dann kommen noch vielleicht 700.000 in den Kitas dazu. Das sind 2,7 Millionen Menschen allein in diesem Bereich. Wenn Sie pro Woche zweimal testen, sind das 5,4 Millionen Schnelltests. Sie wollen dann aber auch noch beim Sport testen, im Einzelhandel testen, in der Gastronomie testen und überall testen. Sie kommen dann auf 8 Millionen Schnelltests. – Wir müssen schon realistisch sein. Wir müssen alles tun, um die Testungen auszubauen. Wir dürfen aber keine falschen Hoffnungen wecken und nicht den Eindruck vermitteln, als sei das alles banal und einfach. Herr Kollege Hartmann, dort wo Sie an der Regierung sind, geht es doch schlechter als bei uns!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch ich bin dafür, dass die Wirtschaft mehr testet. Wir werden mit ihr insgesamt ins Gespräch kommen. Denn wir verkennen nicht, dass sich neben den Bildungs- und Kindereinrichtungen natürlich schon auch etwas in den Betrieben, in denen kein Homeoffice gemacht werden kann, abspielt. Wir unterstützen Homeoffice im Übrigen ausgesprochen. Wir müssen hier aber zu Vereinbarungen kommen, dass es auch in diesen Betrieben umsetzbar ist.

Wir haben den Schutz von Risikogruppen und der älteren Bevölkerung erheblich verbessert. Die Wirtschaftshilfen, die November- und Dezemberhilfe, haben wir in Bayern von allen Ländern am schnellsten ausbezahlt. Wir haben mit der IHK zusammen insgesamt ein gutes System. Meine Damen und Herren, da sind andere viel schlechter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das betrifft auch Länder, in denen die GRÜNEN und andere beteiligt sind.

Schließlich profitieren – das ist wichtig für die bayerische Lebenskultur – jetzt auch die Brauereigaststätten mit ihren Gastronomiebetrieben von der November- und Dezemberhilfe. Das freut uns. Ich bedanke mich bei allen, die sich dafür massiv eingesetzt haben. Ich bedanke mich beim Kollegen Hofmann, der das für die Fraktion betrieben hat, bedanke mich aber auch beim Ministerpräsidenten, der das in Berlin schließlich durchgesetzt hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Vom Bund kommt jede Hilfe. Sie kommt aber nicht von Herrn Scholz persönlich. Herr Kollege Arnold, Herr Scholz kassiert die Steuern hauptsächlich aus Bayern und Baden-Württemberg. Dorthier kommen die Steuern, die er ausgibt, weniger aus anderen Ländern.

(Zuruf)

Bundesweit impfen wir derzeit rund 220.000 Menschen pro Tag; das ist eine Impfung alle 0,4 Sekunden. Herr Staatsminister Holetschek, in Bayern haben von gestern auf heute rund 44.000 Menschen eine Impfung erhalten. Das ist jeden Tag eine Stadt in der Größenordnung von Kaufbeuren oder Hof. Wir würden natürlich liebend gerne noch mehr impfen – und könnten das auch. Wir haben dafür die Kapazitäten in den Impfzentren geschaffen. Ab April werden die Kapazitäten weiter steigen und die niedergelassenen Ärzte eingebunden werden. Wir wollen und wir schaffen beim Impfen damit mehr Tempo und Flexibilität.

Fakt ist aber auch: Wir hängen natürlich an der Produktion und damit am Tropf der Hersteller. EU und Bund müssen alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Hersteller ihre Zusagen einhalten können, und der versprochene Impfstoffturbo tatsächlich rasch zündet.

Ich begrüße es deshalb auch, dass Gesundheitsminister Holetschek die Impfstoffproduktion bei uns in Bayern vorantreiben will. Ich denke hierbei auch an den Standort im schwäbischen Illertissen, wo der russische Impfstoff Sputnik V produziert werden könnte. Ich sage ganz klar: Wir müssen alle Möglichkeiten ergreifen und alle Ressourcen nutzen, um alle verfügbaren Impfstoffe einzusetzen. Nur so kommen wir voran.

Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt über die Impfung zu Recht: Ohne Talent zur Improvisation lässt sich ein solcher Kriseneinsatz nicht stemmen. – Mit anderen Worten: Wir können nicht immer nach einem starren Plan vorgehen, der absolute Gerechtigkeit garantieren soll, aber dann eben auch zu höchsten bürokratischen Hürden führt.

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich auch schon heute: Wenn der Impfstoff vermehrt kommt, werden wir die Arztpraxen einsetzen, an die Betriebe gehen und Betriebsärzte einsetzen. Wir müssen dann in Kauf nehmen, dass die Prioritätenliste gelockert und verändert wird, meine Damen und Herren. Ein Betriebsarzt wird nie in der Lage sein, in seinem Betrieb nach einer Prioritätenliste zu impfen, sondern er impft große Zahlen, damit am Ende der ganze Betrieb geimpft ist. Da sind dann eben Junge und Ältere und Gesunde und weniger Gesunde dabei. Ich möchte hier keine Gerechtigkeitsdiskussion in diesem Haus haben, die ja sofort aufkommt, sondern dann geht es einfach darum, möglichst schnell alle Menschen zu impfen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

In Baden-Württemberg lässt sich Ministerpräsident Kretschmann beim Impfen fotografieren und lächelt glücklich in die Kamera, als sei alles in bester Ordnung. Die "Stuttgarter Zeitung" hat dazu süffisant geschrieben: Kretschmann hatte Glück beim Impftermin – Herr Kollege Hartmann –, denn einen Impftermin zu bekommen, ist in Baden-

Württemberg reine Glückssache. Der "Südwestrundfunk" hat die Situation im Nachbarland nicht umsonst unter der Überschrift zusammengefasst: "Frust und leere Impfversprechen". Ich weiß dies, weil ich an der Grenze zu Baden-Württemberg wohne und auch Kontakte zu den Menschen dort habe.

(Zuruf)

Es ist ausgesprochen schwierig, überhaupt einen Impftermin zu bekommen. Schon mancher hat mir gesagt: In Bayern, wie ich von Bekannten weiß, geht dies viel besser durch die entsprechende Anmelde­möglichkeit.

Sie wissen immer, wie es besser geht, Herr Hartmann, solange Sie nicht selber den Beweis dafür antreten müssen. Das ist das Vorrecht der Opposition, aber das nötigt uns keinen Respekt ab. Das will ich Ihnen bei dieser Gelegenheit schon sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es darf uns in dieser Krise auch nicht um die Bundestagswahl am 26. September gehen, sondern wir müssen alles dafür tun, um diese Krise zu bewältigen, zum Wohl unserer Bevölkerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für seine Gesundheit ist jeder selbst mitverantwortlich. Aber in der Pandemie, in der es um die Gesundheit von uns allen geht, steht die Politik in der Verantwortung, das Wohl aller im Blick zu behalten. Die jüngsten Entwicklungen zeigen leider sehr deutlich: Corona gibt uns keine Atempause, bis wir diese Pandemie endlich durch Impfungen überwunden haben. Umso mehr müssen wir weiter zusammenhalten. Nur dann kommen wir hoffentlich unbeschadet durch diese Corona-Welle. Wir haben es somit teilweise selbst in der Hand, ob dies die letzte Welle sein wird oder nicht. In Spanien gehen sie bereits in die fünfte Welle. Das sind dann noch ganz andere Herausforderungen.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir gut aufgestellt sind, dass wir in den nächsten Wochen erfolgreich sein werden, indem es uns gelingt zu verhindern, dass die Zahlen

durch die Decke gehen, und dass sich die Situation mit zunehmender Impftätigkeit immer mehr beruhigt und wir die Dinge in den Griff bekommen, sodass wir spätestens ab dem Herbst, also vor dem nächsten Winter, in eine ziemliche Normalität zurückkehren können. Dies ist die Perspektive, die wir den Menschen geben können. Wir müssen alles dafür tun, dass bis zu diesem Zeitraum möglichst wenige Menschen krank werden, möglichst wenige Menschen Folgeschäden davontragen und möglichst wenige Menschen sterben.

Wir sind auch wirtschaftlich viel besser als andere durch diese Krise gekommen. Natürlich haben wir einen Rückgang des Bruttosozialprodukts. Wir sehen, dass viele Branchen hart getroffen sind. Ich nenne den Einzelhandel, die Gastronomie und die Hotellerie. Aber im Unterschied zu anderen Ländern, in denen das nicht gelungen ist, hatten wir praktisch überhaupt keinen Totalstopp unseres produzierenden Gewerbes, außer im März letzten Jahres, als die Lieferketten zusammengebrochen sind. Unsere Industrie, unser Maschinenbau, unsere Automobilindustrie haben durcharbeiten können, während in anderen Ländern – ich nenne Spanien und Oberitalien – wochenlang zugemacht werden musste. Deswegen sind die wirtschaftlichen Einschnitte dort zum Teil wesentlich gravierender als bei uns. Es gibt also durchaus auch Positives zu berichten. Ich bin ganz sicher, wir kommen gut durch diese Krise, und im Herbst wird es viel, viel mehr Positives zu berichten geben.

Halten wir zusammen! Ich vertraue darauf: Gott schützt Bayern auch weiterhin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen vier Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Kreuzer, die Inzidenzzahl ist nicht gleich der Zahl der Infizierten. Das sollten Sie nach mittlerweile zwölf Monaten Pandemie eigentlich wissen.

Ich will aber auf etwas anderes hinaus. Als Reaktion auf den Korruptionsskandal in der Union und insbesondere in der CSU hat die Parteiführung einen sogenannten Ehrenkodex hervorgekramt und etwas aufgehübscht. Warum kommt die CSU erst jetzt auf so eine Idee? Hat man in der Vergangenheit die skrupellosen Machenschaften von Maskendealern und sonstigen Halunken geduldet?

(Zurufe)

Hat man jetzt nur aufgrund des öffentlichen Drucks reagiert?

Thomas Kreuzer (CSU): Ich habe nicht behauptet, dass die Inzidenzzahl die Zahl der Infizierten sei, sondern eine hohe Inzidenzzahl bedeutet mehr Infizierte auf hunderttausend Einwohner. Das werden Sie ja wohl nicht bestreiten wollen. Das mal zum Ersten.

Weil Sie diese Sache ansprechen, sage ich Ihnen, Herr Kollege Plenk: Wir hatten und haben seit vielen Jahren Verhaltensregeln. Die Fälle, die Sie ansprechen, haben einen klaren Verstoß gegen diese Verhaltensregeln bedeutet. Allerdings sind diese Fälle im Verborgenen geschehen, sodass nichts geahndet werden konnte, weil von diesen Geschäften niemand etwas wusste.

Das ist ungefähr so wie bei Ihnen nach der letzten Wahl. Sie haben den Leuten gesagt, Sie kandidieren für die AfD, und kaum waren Sie gewählt, sind Sie ausgetreten; das konnten die Wähler auch nicht wissen. Deswegen sage ich Ihnen: Wir haben uns bezüglich der Regeln natürlich nichts vorzuwerfen, aber wir werden diese Regeln, auch die Verhaltensregeln, in den nächsten Wochen im Landtag noch einmal überprüfen und schauen, ob wir sie schärfen können, ob wir zusätzliche Transparenz schaffen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Thomas Kreuzer (CSU): Ich bin lange Strafrichter und Staatsanwalt gewesen. Eines sage ich Ihnen auch: Die schönsten Gesetze helfen am Ende nicht unbedingt, wenn

jemand mit höchster Energie, teilweise krimineller Energie versucht, sie zu umgehen. Alles kann man nicht verhindern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage kommt vom Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Söder, Sie reden neuerdings von einer neuen Pandemie.

Präsidentin Ilse Aigner: Das ist der Herr Kreuzer.

(Heiterkeit)

Ralf Stadler (AfD): Ja, ja, lacht ihr nur! – Herr Kreuzer, Ihr Herr Söder redet neuerdings von einer neuen Pandemie. Die eigenen Bürger sperrt er ein, er lässt ihnen nicht die Luft zum Atmen, er ruiniert den Mittelstand, er lässt die Gläubigen am höchsten christlichen Feiertag nicht in die Kirchen, und jetzt, da ihm die Felle davonschwimmen, rudert er wieder zurück. Herr Söder, was Sie und die Regierung hier machen, ist ein Verbrechen am Volk. Das muss mal gesagt werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt antwortet aber trotzdem Herr Kreuzer.

Ralf Stadler (AfD): Darf er.

Thomas Kreuzer (CSU): Wenn von einer neuen Pandemie gesprochen wird, dann heißt das: Wir haben es mit einem anderen Typ des Virus zu tun, nämlich mit der britischen Mutante. Der ursprüngliche Virustyp, der sogenannte Wildtyp, wäre jetzt schon praktisch überwunden.

Da Sie von einem Verbrechen am Volk sprechen, sage ich Ihnen – ich habe das ausgeführt –: Wir haben diese Krise im Vergleich zu anderen gut überwunden, sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesundheitlicher Hinsicht. Seien Sie froh, dass Sie nicht an der Regierung sind, sonst wären viel mehr Leute krank geworden, hätten Folgeschä-

den davongetragen und wären gestorben, und dies wäre ein Verbrechen am Volk gewesen, Herr Stadler.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Kreuzer, wenn Sie Herrn Plenk die Wahlentscheidung des Bürgers vorhalten, nachdem er eine Gewissensentscheidung getroffen hat, die Sie sehr begrüßt hatten, muss ich Ihnen vorhalten: Bei der ersten Skandalisierung in der CSU konnten Sie auch sagen: Das hat mich überrascht. – Aber Sie sitzen schon dreißig Jahre und länger in dieser Partei und vor allem im Hohen Haus und haben schon viele Skandale an sich vorbeiziehen sehen. Von allen haben Sie vorher nichts geahnt. Ich glaube Ihnen das sogar. Jetzt das aber zu benutzen, um von sich abzulenken, halte ich für unfair. Regeln Sie Ihren Sauhaufen! Dann passt es auch. Dann werden Sie dafür auch nicht zur Rechenschaft gezogen.

Ich wollte aber eine andere Frage an Sie richten. Sie sagten, Sie haben gelockert, weil es die Lage so hergegeben hat. Gleichzeitig haben Sie aber auch eine Notbremse eingebaut. Jetzt interessiert mich, ob Sie damit gerechnet haben, dass Sie gleich wieder bremsen müssen. Haben Sie deswegen gleich die Notbremse eingebaut, oder wurden Sie überrascht? Dann hätten Sie aber gar keine Notbremse gebraucht; denn so etwas hätte man immer in petto.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Das Erste: Bei Ihnen beiden war es etwas überraschend, dass Sie kurz nach der Wahl sofort wieder aus einer Partei ausgetreten sind. Wenn man sich über Monate und Jahre hinweg enttäuscht sieht, kann man das machen. Zu kandidieren, das Mandat anzunehmen und dann wieder zu gehen, ist komisch. Ich bin gern Mitglied der CSU. Ich bin stolz darauf. Die Kollegen der AfD haben in ihrer kurzen

Parteilsgeschichte schon wesentlich mehr Skandale gehabt als die CSU in 70 Jahren, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Lebhafte Beifall bei der CSU)

Für so eine Partei haben Sie, Herr Swoboda und Herr Plenk, kandidiert.

Jetzt kommen wir zur Frage nach Lockerungen und Notbremse. Klar war, dass wir Lockerungen machen, und klar war auch, dass wir die Situation beobachten mussten. Die Notbremse ist deswegen vorgesehen, dass wir bei einem Anstieg der Inzidenzen sofort in der Lage sind, ohne weitere Beschlüsse von oben auf der unteren Ebene, bei bestimmten Inzidenzen in den Landkreisen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Deswegen war es richtig, diese Notbremse einzubauen. Wir haben sie auch in bestimmten Regionen gebraucht, in anderen Gott sei Dank noch nicht.

Präsidentin Ilse Aigner: Die letzte Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Dr. Dominik Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Kreuzer, Sie sagten vorher, dass in Wien die Intensivstationen voll seien. Ich möchte mich jetzt nicht an den Zahlen erquicken. Die Lage ist dafür zu ernst. Tatsächlich ist es in Wien aber die Regel, dass Intensivplätze sowieso zu 80 % bis 85 % ausgelastet sind. Aktuell sind dort 165 Betten belegt, wobei in Wien eine Kapazität von 318 Betten zur Verfügung steht. Das nur nebenbei.

Wenn wir bei den Zahlen bleiben, interessiert es mich schon, wie Sie perspektivisch mit den Inzidenzwerten umgehen. Wenn wir mehr Schnelltests machen, werden die Inzidenzwerte natürlich nach oben gehen. Deshalb ist es doch weitsichtig, schon jetzt Lösungsansätze dafür zu bieten. Welche Lösungsansätze haben Sie?

Thomas Kreuzer (CSU): Die Inzidenzwerte werden weiterhin eine ganz wesentliche Rolle spielen, weil sie die Zahl der Infizierten widerspiegeln. Ich sage es noch einmal: Die Zahl der Infizierten ist ein Hinweis für das Krankenhaus. Im Übrigen beruht die

Aussage, dass die Intensivstationen in Wien überlastet sind, auf einer Berichterstattung des "ORF". Sie sagen, dort seien die Betten immer voll. Das nützt einem COVID-Patienten aber nichts, wenn er kein Intensivbett mehr bekommt.

Ich persönlich sage: Wir müssen die Entwicklung insgesamt im Auge behalten. Alle Maßnahmen wie Testungen, Früherkennung und Rückverfolgung haben den Sinn, die Zahl der Infektionen herunterzubringen. Wenn Sie die Zahl der Infektionen nicht im Griff haben, wenn Sie auf 100.000 Einwohner sehr viele Infektionen haben, haben Sie immer Probleme im Gesundheitswesen, weil immer ein Teil dieser Menschen schwerer erkranken wird, ins Krankenhaus und am Ende auf die Intensivstation muss. Dies wollen wir vermeiden. Wir wollen durch entsprechende Maßnahmen weniger Infizierte haben. Deswegen wird die Inzidenz immer eine Rolle spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Professor Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bayern! Herr Ministerpräsident Dr. Söder, alle Ihre Maßnahmen waren bisher erfolglos – vom sogenannten Wellenbrecher-Lockdown, der den ganzen Winter anhielt, bis zur Gegenwart. Wenn Sie jetzt die Maßnahmen wieder verschärfen, heißt dies nichts anderes, als dass Ihr Winter-Lockdown völlig unnütz war.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, Sie schützen seit über einem Jahr die Risikogruppen unzureichend. Stattdessen sind alte Menschen und Kranke isoliert und sterben in Einsamkeit. Dazu kommen neuerdings die Impftoten, die für Sie wohl nur Kollateralschäden sind, oder? – Herr Söder, Sie schränken seit über einem Jahr unsere Jobs und unsere Freiheits-

rechte auf das Schärfste ein. Die Krise bekommen Sie aber nicht in den Griff. Jetzt verlängern und verschärfen Sie die Maßnahmen sogar bis in das Frühjahr hinein.

Herr Söder, Sie beraumen wieder eine Regierungserklärung an, die nicht einmal eine Scheindebatte ist. Sie ist eine Farce. Fragen kann man Ihnen nicht stellen. Am Schluss antworten Sie ohnehin nicht darauf. Wenn Ihnen irgendetwas dazwischenkommt, wenn Sie Frau Merkel zu einer Videoschaltung zitiert, dann springen Sie sofort und lassen das Parlament einfach im Regen stehen, so auch heute Morgen. Erst laden Sie uns ein, und dann sind Sie selber nicht da. Entschuldigen Sie sich doch einfach einmal dafür, dass Sie die Volksvertreter hier vier Stunden warten lassen.

Herr Söder, diese Farce zeigt, dass Sie nur so tun, als wollten Sie in der Krise die Demokratie bewahren. In Wirklichkeit werden Demonstrationen von besorgten Bürgern mit Schlagstöcken niedergeprügelt und mit Wasserwerfern auseinandergetrieben. Wohin dieser Zug fährt, werden wir sehen.

Herr Söder, ich muss schon sagen: Das, was Sie hier erneut präsentieren, macht mich fast sprachlos. Es macht mich außerdem wütend. Seit einem Jahr fahren Sie unsere Rechte und das ganze Land herunter. Ich dachte wirklich, schlimmer geht es nicht mehr. Aber ich habe mich getäuscht; denn bei Ihnen, Herr Söder, geht es immer noch einmal schlimmer. Ich frage mich, was noch alles in diesem Land geschehen muss, damit auch einige der Regierenden einmal ihren Hut nehmen. Täglich erreichen uns neue Korruptionsskandale. Jeden Tag gibt es einen neuen Amigo der CDU/CSU. Es fehlt nur noch, dass ein Wettbüro Wetten darauf annimmt, frei nach dem Motto: Wer ist der Nächste? Ich frage mich auch, wie dann die Quoten wohl für Sie, Herr Söder, wären.

Zudem finde ich es bemerkenswert, dass vor allem solche Politiker in die Affäre verstrickt sind, die nicht als Freunde von Merkel und Söder gelten. Das werden doch wohl keine vorgeschobenen Bauernopfer sein? Wie dem auch sei, wir fordern keine Säube-

rungen von politisch Andersdenkenden, sondern eine lückenlose und vollständige Aufklärung. Diese Korruptionsskandale dürfen nicht länger Ihr Versagen überdecken.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Wirtschaft liegt am Boden. Deshalb haben wir, die AfD, heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, den mein Kollege Andreas Winhart gleich vorstellen wird. Sie nehmen neue unglaubliche Schulden auf, die jeder Beschreibung spotten. 78 Milliarden Euro nahmen Sie im Jahr 2020 alleine in Bayern auf. Wer soll das je zurückzahlen? Selbstverständlich muss die junge Generation die Zeche zahlen. Die Gastronomie, die Hotels, die Kulturstätten, die Einzelhändler, der ganze Mittelstand, das ganze Land blutet aus.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Professor Hahn, es wurde eine Zwischenfrage beantragt. Lassen Sie die zu?

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das machen wir danach. – Wegen Ihres Wahnsinns blutet dieses Land aus, Herr Söder. Wer soll dieses Geld in Zukunft erwirtschaften, wenn alle pleite sind? Die Menschen haben in dieser Krise viel eigenes Geld in Hygienekonzepte investiert, um ihr Gewerbe am Leben zu halten. Sie machen aber trotzdem alles dicht. Merken Sie denn eigentlich noch, wie verlogen und niederträchtig diese Politik ist?

Ich richte mich an die FREIEN WÄHLER und frage: Herr Minister Aiwanger, wollen Sie wirklich als Verantwortlicher dieser Politik in die Geschichte eingehen? Wollen Sie als Steigbügelhalter, der diese Allmachtsphantasien ermöglicht, dienen, bis die GRÜNEN dann ohnehin bald übernehmen werden? Ich sage Ihnen eines: Am Ende ist Ihre insgeheime Haltung nichts wert. Es wird egal sein. Es wird heißen: mitgefangen, mitgehungen. Die ehemals FREIEN WÄHLER werden dann nur mehr als zahnlose Tiger und unglückliche Statisten gelten.

Meine Damen und Herren, Herr Söder sprach heute von einer Notbremse. Was wir seit über einem Jahr hier erleben, ist doch nichts anderes als eine Notbremse. Jetzt kündigt er uns hier schon die nächste Notbremse an. Das ist doch unglaublich. Gleichzeitig kündigt er uns nach über einem Jahr Corona-Modellstädte an. Man höre und staune! Wie lange wollen Sie warten, bis Ihre Modelle Auskunft geben? Wieder ein halbes Jahr? Gibt es dann Ergebnisse, oder gibt es keine? Ich sage Ihnen eines: Ihre Strategie ist einzig und allein zu verzögern, zu verzögern und noch einmal zu verzögern.

Wenn Sie wirklich Aufklärung haben wollten, dann hätten Sie schon längst evaluiert. Wir wissen nach über einem Jahr immer noch nicht genau, wie die Infektionen zustande kommen. Wir wissen immer noch nicht genau, ob die Masken etwas helfen oder ob das eigentlich alles überflüssig ist. Das heißt: Jetzt kommt Ihre neue Sau, die Sie durchs Dorf treiben, Herr Söder, der Selbsttest. Er wird für Abermillionen angeschafft. Ich sage Ihnen: Diese Selbsttests sind dazu da, um die Leute in der Krise zu beschäftigen.

(Zuruf)

Sie haben soeben von der zweiten Pandemie gesprochen. Jetzt kommen die Mutationen; jetzt kommt die zweite Pandemie. Jetzt laufen schon zwei Pandemien parallel. Ich glaube, ich höre nicht richtig! Das kann man wirklich fast nicht mehr ernst nehmen, meine Damen und Herren. Das muss man mit Humor nehmen. Wenn man dann Stimmen aus Ihrer Regierungskoalition in Berlin hört, dann kommt im Anschluss wahrscheinlich bald der Klima-Lockdown oder vielleicht schon vorher. Dann laufen drei Krisen gleichzeitig. Dann können Sie den ganzen Laden herunterfahren und alles dichtmachen. Dann geht hier gar nichts mehr!

(Unruhe)

Aber über all diesen Einschnitten, die es gibt, schwebt doch eine große Frage: Warum? Wir wissen, dass Sie Studien bestellt haben, die Ihren Kurs stützen sollen.

Wir kennen aber unsere echten, also unabhängigen Studien. Sie zeigen, dass Lockdowns viel mehr schaden als nützen. Wir sehen die Alternativen in Schweden und Texas. Meine Damen und Herren, es funktioniert ohne Lockdowns viel besser.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Strategie ergibt überhaupt keinen Sinn. – Herr Ministerpräsident, ich muss mich erneut fragen, ob Sie uns irgendetwas vorenthalten. Sie machen einfach vor nichts halt. Ich muss mich erneut fragen: Was passiert jetzt mit unseren Kindern? Jetzt werden sogar unsere Kinder noch stärker drangsaliert. Das steht als Nächstes auf der Agenda. Eine ständige Testerei soll den Schulalltag begleiten. Ihnen ist offenbar egal, dass Sie die armen Kindern dabei noch mehr in Angst und Schrecken versetzen. Ihnen ist offenbar egal, dass wieder Unsummen von Steuergeldern verprasst werden. Ihnen ist offenbar egal, dass es den Lehrern und Schülern das Leben noch schwerer macht. Stattdessen tippen Sie auf Ihrem Handy herum und hören noch nicht einmal der Opposition zu, wenn Sie hier einen kleinen Tipp bekommen.

(Lachen)

– Ich könnte auch lachen. Während es die Jüngsten peinigt, stehen die Ältesten immer noch schutzlos da. Das ist das Zynische an der Sache. Es fehlen einem angesichts dieser Bilanz von Versagen zunehmend die Worte. Wenn man die schädlichen Maßnahmen in einer Größeneinheit messen könnte, dann müsste diese Größeneinheit "Söder" heißen.

Schon bei Ihrem letzten Auftritt hier war klar, dass Sie gar nicht lockern, sondern weiter verlängern und verschärfen wollen. Also haben Sie uns vorgegaukelt, ein paar Öffnungen vorzunehmen. Aber gleichzeitig haben Sie getestet, was das Zeug hält. Testen, testen, testen. Und Zack! Die Inzidenz stieg. Oh, welch Wunder! Natürlich wird nicht erwähnt, dass die Positivrate nahezu unverändert blieb. Die Steigerung geht einzig und allein auf Ihren Testwahn zurück. Aber Sie wissen selbst, dass die Inzidenz

kein geeigneter Maßstab ist. Sie ist ein Kontrollwerkzeug. Sie dient nicht zur Kontrolle der Krankheit; nein, dazu, die Bürgerinnen und Bürger zu kontrollieren.

(Unruhe)

Herr Söder, täglich rufen mich Leute an und fragen mich, was sie machen sollen. Sie sind verzweifelt. Menschen sind ratlos und hilflos. Es sind Menschen, die unter Depressionen und unter Isolation leiden. Es sind Menschen, die ihr Lebenswerk in Trümmern vor sich liegen sehen; sie haben alles verloren, und ich frage mich: Warum?

Es beschämt mich, denn ich kann diesen Leuten keine Antwort geben. Ich kann nur so viel sagen: An Corona liegt es auf jeden Fall nicht. Ich weiß nicht, was die tatsächliche Grundlage Ihres Maßnahmen-Wirrwarrs und –Wahnsinns ist. Werte Staatsregierung, ich weiß nur so viel: Es ist allein deshalb so, weil Sie es so wollen.

Zum Schluss möchte ich eines ganz deutlich machen: Sie haben gesagt, nur aus der Impfdosis komme die Freiheit. Ich sage Ihnen: Eine Veränderung wird es nur mit der AfD geben, damit die Bürger in diesem Land ihre Rechte zurückbekommen.

(Zuruf: Oh!)

Denn alle anderen Parteien in diesem Land haben diesen ewigen Lockdown mitgetragen und tragen ihn jetzt mit. Allein die AfD steht für Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

– Herr Söder, wir fordern Sie daher auf: Ziehen Sie die Konsequenzen, oder geben Sie dieses Land endlich frei!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich der Kollegin Dr. Eiling-Hütig von der CSU-Fraktion zu einer Zwischenbemerkung das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass eine Abgeordnete verlangen kann, eine Zwischenfrage zu stellen. Das können Sie ablehnen. Die

meisten machen das dann im Anschluss. – Deshalb erteile ich jetzt ihr das Wort. Bitte schön.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Herr Hahn, ich habe Ihre Rede ganz interessiert verfolgt. Als Sie dem Ministerpräsidenten vorwarfen, die Sitzung verlassen zu haben, musste ich an unsere regelmäßigen Kreistagssitzungen im Landkreis Starnberg denken. Wenn dort Entscheidungen zu treffen sind, die Sie nur mit Ja oder Nein beantworten dürfen, und Sie anscheinend keine Lust darauf haben, diese zu treffen, verlassen Sie regelmäßig den Kreistagssaal. Das zum einen.

Zum anderen – und da habe ich wirklich noch einmal überlegen müssen – reden Sie von Verschuldung und haben eine Summe genannt. Sie haben aber irgendwie nicht begriffen, dass Sie vom Gesamtvolumen des Haushalts sprechen. Der Unterschied zwischen Schulden und dem Haushaltsvolumen ist also noch ein Thema. Dieses Niveau zieht sich durch Ihre komplette Rede. Insgesamt eine schwache Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzte Frau Kollegin, ich sage Ihnen eines: Eine schwache Leistung ist es, wenn man hier diese immensen Schulden und diesen negativen Haushalt, den wir hier präsentiert bekommen, einfach mit einem Wort abschmettert und so tut, als ob das das bayerische Volk und die kommenden Generationen, die das einmal bezahlen müssen, überhaupt nichts angehe. Es wäre mir wesentlich lieber, wenn Sie sich zum Anwalt dieser Menschen machen würden.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen Folgendes, um auf unseren Haushalt in Starnberg einzugehen: Es gab eine Sitzung, bei der ich die gesamte Zeit am Platz war. Ich sage Ihnen eines: Es hat dort vier Minuten gedauert, den Haushalt zu verabschieden. Es ging um circa 200 Millionen Euro. Ich war der Einzige, der sich zu Wort gemeldet hat, während Sie alle geschwiegen haben, weil Sie sich noch nicht einmal zu äußern getraut haben, um die In-

fektionen nicht nach oben zu treiben. So einfach wird da seitens der CSU mit dem Geld umgegangen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Florian Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir die aktuelle Märchenstunde der AfD nun hinter uns gebracht haben,

(Zuruf: Oh!)

können wir uns wieder der wirklichen Situation in unserem Land zuwenden; wobei Märchenstunde hier vielleicht der falsche Begriff ist, denn Märchen haben in der Regel eine Moral.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Ich möchte noch an eine Sache erinnern: Der Ministerpräsident hat seine Regierungserklärung innerhalb der heutigen Sitzung verschoben, weil eine Schalte der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland stattfand, die von der Kanzlerin einberufen worden war, um eine wichtige Korrektur vorzunehmen, die wir sehr begrüßen.

Es gibt eine andere Fraktion hier im Haus, die bei einem Gedenkakt, während der Rede der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde diesen Saal verlassen hat. Ich glaube, dafür muss man sich schämen, aber nicht dafür, dass unser Ministerpräsident hier wichtige Entscheidungen für das Wohl Bayerns und das Wohl der Bundesrepublik Deutschland trifft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, die Infektionszahlen steigen leider wieder leicht an, und die Lage ist weiterhin besorgniserregend. Bei fast einer halben Million Menschen in Bayern konnte das Virus nachgewiesen werden. 13.000 Menschen in Bayern – gestern haben wir daran erinnert –, 75.000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und 905.000 in Europa sind dem Virus erlegen.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind die bittere Realität. Diese Realität zwingt uns zu handeln – aber nicht so wie manche hier im Haus, die den Kopf in den Sand stecken, um dann irgendwo in einer Parallelwelt wiederaufzutauchen, die so nicht existiert. Die WHO bewertet das Coronavirus mittlerweile im Hinblick auf seine Ansteckungsgefahr ähnlich wie das Ebolavirus. Das muss uns zu denken geben. Die Gefährlichkeit der britischen Variante ist um ein Vielfaches höher. Wir müssen jetzt die Zähne zusammenbeißen und durchhalten, bis die Impfungen noch stärker anlaufen.

Corona ist unerbittlich. Es bringt alle Vorerkrankungen ans Licht und macht alles – alles was gut läuft, aber auch alles, was nicht gut läuft – offenbar. Wir müssen auch überlegen, wie wir in Zukunft weitergehen.

Ich bin froh, dass heute die Entscheidung zum Gründonnerstag revidiert worden ist; denn wir in der Fraktion haben deswegen sehr viele Anrufe bekommen. Händler mussten ihre Waren umbestellen. Jetzt müssen sie sie wieder umbestellen. Durch das Ganze ist ein ziemliches Kuddelmuddel entstanden, das wir uns lieber erspart hätten. Von daher begrüße ich auch den Vorschlag des Ministerpräsidenten, das Vorgehen und die zeitlichen Abläufe in der Ministerpräsidentenkonferenz, aber auch der Schalten im Nachgang zu ändern – es treffen sich ja im Nachgang auch der Koalitionsausschuss und das Kabinett, es trifft sich das Plenum hier –, dass wir uns vielleicht etwas mehr Zeit nehmen, um die Dinge stärker zu reflektieren.

Wir leben jetzt seit einem Jahr mit dieser Pandemie und haben gelernt, mit ihr umzugehen. Ich glaube, es gibt niemanden im Land, der die Gefahren nicht kennt und mitt-

lerweile noch nicht weiß, wie man sich schützen kann, wie man Vorsicht und Umsicht walten lassen kann.

Dieses Wissen müssen wir jetzt auch anwenden. Wir haben den Schutz durch die FFP2-Masken. Wir haben die Möglichkeiten des Testens. Wir haben die Möglichkeiten des Impfens. Das alles sind Dinge, die wir vor einem Jahr so noch gar nicht gesehen haben oder kannten. Diese technischen Möglichkeiten müssen uns jetzt auch neue Perspektiven eröffnen.

Von daher ist die Kehrtwende heute gut und richtig. Deswegen ist die Pandemie aber noch lange nicht vorbei, und wir müssen weiterhin vorsichtig sein. Wir müssen schauen, dass wir wieder in ein geordnetes Verfahren kommen, das der Situation der Pandemie angemessen ist. Am Anfang war Schnelligkeit gefragt. Die war wichtig. Jetzt sind wir an dem Punkt, die Dinge mit Vernunft und Zuversicht auch richtig zu bewerten und voranzugehen.

Ich glaube, das Testen ist in vielfacher Hinsicht der Schlüssel zum Öffnen, zu neuer Freiheit und zu Möglichkeiten. Meine Damen und Herren, es ist gut, wenn wir jetzt acht Regionen, acht Städte als Modelle auswählen, in denen wir einfach mal ausprobieren, wie es anders gehen kann, wie trotz einer hohen Inzidenz durch das Testen und durch Sicherheitsmaßnahmen Freiräume geschaffen werden können, in denen man frei von der Angst vor dem Virus ist, Orte, an denen man das gesellschaftliche Leben auch einmal wieder erleben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hier ist es wichtig, dass man dann auch die neuen 115 Schnelltestzentren hat, in denen man einen Test bekommt, der amtlich bestätigt, dass man in den nächsten 12 oder 24 Stunden keine Infektionsgefahr für seinen Nachbarn darstellt oder für den Menschen, mit dem man sich trifft.

Auch ist es gut, wenn man mit dieser Strategie der Kultur und den Kulturschaffenden entgegenkommen und wieder Kulturräume öffnen kann, so wie es am vergangenen Wochenende in Berlin passierte, dass man mal wieder ein Konzert durchführen kann. Vielleicht kann man das auch kombinieren mit den Möglichkeiten, die im Freien gegeben sind, damit man der Kultur hier wieder einen neuen Stellenwert geben kann; denn da, wo sich negativ Getestete mit negativ Getesteten treffen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Infektion äußerst gering. Diese Freiheit müssen wir schaffen. Wir können das aber natürlich nicht sofort flächendeckend durchführen, sondern wir müssen jetzt erst einmal anfangen. Dann schauen wir, wie es in den acht Städten, den Bereichen und der Kultur geht. Dann können wir damit in der Zukunft weitergehen.

Für den Handel ist es gut, dass wir die Perspektive haben, dass man mit Click & Meet und FFP2-Masken Öffnungen erreichen kann. Auch für die Schulen hat man hier eine Öffnungsperspektive, damit es dort wieder weitergeht und zu keinen Zeitverlusten kommt.

Beim Impfen muss natürlich noch nachgelegt werden, gerade von der Bundesebene. Hier sind wir enttäuscht. Es sollte schneller gehen, aber wir hören die Versprechen. Es sollte ab April einen Überfluss an Impfstoff geben. Meine Damen und Herren, wir freuen uns darauf, wenn dann wirklich eine Wende weg von dem Virus und ein Durchbruch hin zu neuer Freiheit folgen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch die Perspektive, dass wir eine bessere App haben, die mehr Begegnungen ermöglicht, ist ein Lichtblick. Das heißt, der Wegweiser raus aus der Pandemie ist aufgestellt, und dem können wir folgen. Wir können zwar nicht rennen, aber wir können gehen. Meine Damen und Herren, wir werden ein Ziel finden.

Ich möchte hier noch einmal sagen: Keiner macht sich das Ganze leicht. Dieses Virus nervt, es nervt tierisch und zermürbt uns alle. Jeder Mann und jede Frau da draußen ist genervt, und wir sind auch genervt. Aber das Virus hat keine Emotionen, und dem

Virus ist es egal, wie wir uns fühlen. Deswegen müssen wir klaren Kopf bewahren und klaren Verstand walten lassen, um gegen das Virus anzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum Schluss vielleicht noch eines: Wir müssen die Pandemie schon auch als Anlass für eine Zeitenwende begreifen, damit wir heute neue Weichen stellen, die für neue Öffnungen wichtig sind. Wir als Politiker hören immer die Kritik an den Maßnahmen, die Kritik an dem Ganzen, aber wir müssen uns vor Augen führen: Es gibt auch Menschen, die das anders sehen. In der letzten Woche hat sich ein Kunstschaffender bei uns bedankt hat. Er hat sich bedankt, dass wir die Entscheidungen so treffen, wie wir sie treffen, weil wir schlicht und ergreifend damit Menschenleben retten. Es freut einen, wenn das gesehen wird und man solchen Dank bekommt.

Allen anderen möchte ich eines sagen: Wir müssen zu einem neuen Bürgersinn kommen und dürfen nicht immer nur auf den Staat zeigen. Wie wir mit der Pandemie fertigwerden, liegt an jedem Einzelnen, an jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger. Auch sie tragen Verantwortung, denn Gemeinwohl heißt, dass alle für alle Verantwortung mit übernehmen, dass sich keiner wegducken kann, weder hier im Parlament noch in der Regierung oder draußen auf den Straßen. Jeder trägt Verantwortung für seinen Nachbarn. Das muss uns bewusst sein. Wenn wir alle aufeinander achtgeben, dann hätten wir diese Pandemie schnell überwunden. Aber die Gilde der Egoisten und der Eigenwohlförderer wird wohl nicht aussterben, und deshalb werden wir leider noch länger an der Pandemie zu knabbern haben.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Streibl, Herr Ministerpräsident Söder hat vorher in seiner Regierungserklärung nichts zu einer Abkehr

von der Inzidenzwertbewertung gesagt. Frau Enders aus Ihrer Fraktion hat heute um 07:20 Uhr in "B5 aktuell" gesagt, die Inzidenzwerte dürften nicht wie eine Monstranz vor sich hergetragen werden. Herr Aiwanger hat gegenüber unserem Netzwerk von 2.600 Unternehmern und ihren Vertretern gesagt, er sehe, dass die Wirtschaft wesentlich und sehenden Auges an die Wand gefahren werde. Er will sich aber nicht gegen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz stellen, und er will auch keinen Bruch der Koalition mit der CSU riskieren. – Teilen Sie diese Inzidenzwertbewertung von Ihrer Fraktionskollegin oder die des Ministerpräsidenten, oder teilen Sie die Aussagen Ihres Wirtschaftsministers?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Streibl, bitte.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Bergmüller, wenn Sie vorher dem Ministerpräsidenten genau zugehört haben, dann wissen Sie: Er hat gesagt, dass er an der Inzidenz festhält, dass die Inzidenz aber nicht alles ist und dass man auch andere Werte im Blick haben muss. Auch wir tragen die Inzidenzwerte nicht wie eine Monstranz vor uns her.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Jetzt lassen Sie mich mal reden, Sie Lümmel!

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der AfD)

Also, der Inzidenzwert ist ein Wert, der signifikant ist.

(Zuruf: Das geht doch nicht!)

Er hat sicher eine große Aussage. Neben ihm gibt es aber andere Werte, auf die man ebenfalls blicken muss. Wir sagen deshalb, man darf sich nicht auf diesen Wert versteifen, sondern man muss auch die anderen Werte im Blick haben. Das gilt gerade auch in der Situation, wenn wir – –

(Unruhe bei der AfD)

– Über schlechten Stil brauchen Sie gar nicht reden. Halten Sie doch mal den Mund.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Entweder wollen wir hier eine ernsthafte Debatte führen oder blödeln, aber dann sind Sie hier am falschen Platz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Prof. Hahn, wenn Sie Schwierigkeiten haben, dann können wir das im nächsten Ältestenrat diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Sie haben aber Vertreter. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schlechtreden ist ein großes Wort dafür, dass man Kritik nicht vertragen kann.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen deutlich: Über eine Tatsachenanalyse, über das Angebot von eigenen politischen Lösungen, darüber müssen wir streiten, anstatt die Diskussion von vornherein als Schlechtreden zu verunglimpfen.

(Beifall bei der SPD)

Indes haben wir nichts mit denjenigen zu tun, die Tatsachen verdrehen, die leugnen und die demagogische Scharlatanerie hier, in diesem Parlament, seit einiger Zeit zum Programm machen. Das ist nicht unsere Art von Opposition, das muss hier einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch etwas klar feststellen: Wir reden über eine Infektionsschutzverordnung, die heute um 11:15 Uhr vorgelegt worden ist. Dankenswerterweise wurden die Antragsfristen auf 11:00 Uhr gelegt und dann wieder aufgemacht. Herr Ministerpräsident, so können wir nicht miteinander umgehen. Wenn wir eine Sondersitzung in den Fraktionen machen müssen, um quasi in einer halben Stunde den Rechtsinhalt zu analysieren, den Sie dem Land, den Sie dem Parlament präsentieren, dann können Sie nicht erwarten, daraus konstruktive Kritik zu erfahren oder möglicherweise gar dafür gelobt zu werden. So geht das nicht!

(Beifall bei der SPD)

Als in der Nacht von Montag auf Dienstag die Bund-Länder-Schalte zu den jüngsten Corona-Maßnahmen zu Ende war, haben Sie, Herr Ministerpräsident, sich mit dem Satz zitieren lassen: "Das Team Vorsicht hat sich durchgesetzt." – Allein dieser Satz zeigt schon, dass Ihnen das Fingerspitzengefühl in dieser Pandemie zunehmend verloren zu gehen scheint. Bitte, was ist denn das andere Team? – Ist es das Team Leichtsinn, das Team Übermut? Klar ist doch eines: Schutz und Perspektive oder auch Vorsicht und Weitsicht gehören zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kreuzer, falsche Hoffnungen zu wecken, das ist nicht unser Job. Das ist aber wohl Ihr Job, denn ich erinnere daran: Bereits im August hat dieser Ministerpräsident an den Grenzen eine doppelte Teststrategie vorgestellt, die dann krachend gescheitert ist, auch wenn Sie sich immer wieder rühmen, dass einige Fälle aufgeklärt werden konnten. Das ist doch falsche Hoffnungen wecken! Seit August ist in diesem Zusammenhang nichts mehr dazugelernt worden. Sie machen es sich sehr einfach, wenn Sie dann sagen, wir würden falsche Hoffnungen wecken, wenn wir eine konkrete Kritik aufgreifen. Das ist falsch und methodisch zu verurteilen.

(Beifall bei der SPD)

Vorsicht und Weitsicht gehören zusammen. Eines kann ich Ihnen nicht ersparen, auch heute nicht: In beiden Punkten haben Sie, Herr Ministerpräsident, gravierende Defizite. Das haben wir gesehen, als die sogenannte Osterruhe zurückgenommen worden ist. Jetzt reden Sie davon, mit wolkigen Bildern, Sie wollten eine Reform der Ministerpräsidentenkonferenz. Reform, da hört man möglicherweise großartige Gedanken. Was aber steckt dahinter? – Verlegung der Anfangszeiten, eine Transparenz im Hinblick darauf, dass mehr Leute zuschauen können. Das ist doch keine Reform, das ist eine Ausrede dafür, dass man damals miteinander nicht bei der Sache war.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich schon im Team Vorsicht wännen, dann müssen Sie auch endlich für eine Test- und Impfstrategie sorgen, die tatsächlich funktioniert. Wo ist der Impfturbo? Wo ist die konkrete Testoffensive? Ja, Sie kennen den Brandbrief der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer. Er war auch bei Ihnen Thema. Sie haben dabei auf das Ultimatum abgestellt. Stellen wir doch lieber auf den Inhalt ab, auf die Bedeutung dieses Brandbriefes. Einen Brandbrief schreibt man doch nur dann, wenn das wirklich die Ultima Ratio ist, wenn viele Vorstöße nicht ausgereicht haben, um durchzudringen mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und hier insbesondere der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb steht hier deutlich drin: Die Belastungsgrenzen sind weit überschritten. Unser Verständnis für den Umgang der Politik mit dieser dramatischen Situation hat jetzt allmählich ein Ende erreicht. Wir können nur so viel geben, wie wir sind. Wir lassen uns durch bloße Ankündigungen nicht mehr ruhigstellen. – Das ist die Tatsache, das sind keine Verdrehungen. Das muss man zur Kenntnis nehmen und darf nicht ablenken davon, nur weil dann ein Ultimatum nachgeschoben wurde.

(Beifall bei der SPD)

Derartige Äußerungen kennen wir aber nicht nur von den Lehrerinnen und Lehrern. Wir kennen sie aus der Kultur, wir kennen sie vom Einzelhandel, wir kennen sie von den Solo-Selbstständigen, wir kennen sie insgesamt also von nichtstaatlichen Leistungsträgern. Wie viele Brandbriefe haben uns erreicht! Damit Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN mir nicht zum x-ten Mal das Wort im Mund umdrehen: Niemand von uns behauptet, dass eine konkrete Umsetzung Ihrer Ankündigungen einfach wäre oder banal. Wir wissen, das ist schwierig. Bitte halten Sie sich dann aber auch daran und setzen Sie das konkret um. Benennen Sie die Defizite, wo es nicht geklappt hat. Große Ankündigungen und kleine oder gar keine Umsetzungen, das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie heute ein wolkiges Bild in die Zukunft hinein malen, fast schon mit Pastellfarben: Sie setzen die Matrix ein, und dann setzen Sie sie wieder aus. Da haben wir beispielsweise "Tübingen plus": 115 neue Teststationen sind angekündigt. 115 neue! Perspektiven, Mobilisierung, Kultur im Freiraum: Herr Ministerpräsident, meine Fraktion stellt hier schon seit Monaten Antrag um Antrag und arbeitet daran, dass Sie das jetzt nicht verkünden müssten. Hätten Sie unsere Anträge berücksichtigt, müssten Sie das jetzt nicht wolkig ankündigen, sondern das wäre schon längst umgesetzt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Insgesamt erzeugt diese Situation ein Klima der Verunsicherung und der Frustration. Teilweise hat man das Gefühl, dass draußen im Lande – auch wenn ich das Wort nicht gerne verwende – von Chaos gesprochen wird, und zwar nicht nur beim BLLV, sondern auch bei anderen.

Wenn Sie jetzt in diesem Zusammenhang von der Impfreihefolge reden, sage ich: Ja, es ist richtig, wir müssen tatsächlich bei den Bedürfnissen der Menschen ansetzen. Nun haben wir auf der einen Seite eine Impfverordnung des Bundes. Für diese ist der Kollege Spahn von der CDU als Minister zuständig. Dann lassen Sie doch endlich zu, dass er die Verordnung bedürfnisgerecht ändert. Auf der anderen Seite haben wir in Bayern eine Impfkommision, die sich genau um solche Dinge kümmern sollte. Bislang habe ich davon nichts außer Klagen darüber gehört, dass es nicht funktioniert.

Zu allem Überfluss sitzt in dieser Impfkommision auch noch einer, der bei der STIKO federführend mitarbeitet und der die Beratung bezüglich Priorisierung für die Bundesregierung durchführt. Lassen Sie uns ehrlich sein: Wir wollen das in der Tat ändern. Aber dann müssen wir auch die Rechtsgrundlage ändern und nicht immer nur davon schwadronieren, dass das eine oder andere durchbrochen wird. Richtig ist, dass die Impfstrategie in den Grenzlandgebieten durch die Impfverordnung zulässig ist, und die wollen wir auch umgesetzt wissen. Ich komme später noch darauf zurück.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, ich glaube, dass Sie im Augenblick Ihrer sozialen Verantwortung schlichtweg nicht mehr gerecht werden. Egal, ob an den Schulen, an den Kitas oder in anderen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens, das Prinzip ist doch immer das gleiche: Nach vollmundiger Ankündigung lassen Sie die Betroffenen bei der Umsetzung allein.

Die Schulen brauchen verlässliche Vorgaben und Hilfestellungen. Sie brauchen die Unterstützung durch entsprechendes Fachpersonal. Ihre sogenannte Teststrategie funktioniert einfach nicht, und trotzdem sollen die Lehrerinnen und Lehrer sowie das restliche Schulpersonal in die Schulen zitiert werden. Wenn Sie daran in Ihrem Ministerium glauben, ist es das eine. Aber was uns von den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort gespiegelt wird, ist das andere, und es ist genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Sie befinden sich in einem Höhenflug der Selbst- und Autosuggestion. Das hat mit der Realität nichts mehr zu tun.

(Zuruf)

Ein weiterer Baustein gerade in den Schulen und Kitas muss das Impfen sein. Auch hier sind wir von einer konkreten Strategie weit entfernt. Herr Ministerpräsident, wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie den Schulbetrieb im Präsenzunterricht priorisieren. Wenn Sie aber jetzt schon darauf abheben, dass das vierte Schuljahr das wichtigste Schuljahr für die Schülerinnen und Schüler in diesem Lande ist, dann muss Ihnen doch eines klar sein: Pandemie hin oder her, es ist einfach unverantwortlich, Kindern im Alter von zehn Jahren so viel Verantwortung aufzuerlegen. Eine alte Forderung der Sozialdemokratie ist, dieses Übertrittszeugnis bzw. diese Stufe anders zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Impfungen für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für Erzieherinnen und Erzieher sind unerlässlich, um einen sicheren Schul- und Kitabetrieb nach den Osterferien zu gewährleisten. Deshalb müssen bis dahin alle Beschäftigten zwingend ein Impfangebot erhalten. Gerade für die Erzieherinnen und Erzieher in der Kita ist es nahezu unmöglich, Abstand zu halten. Das muss eigentlich einleuchten, weil die Betroffenen nicht nur mit Mundkontakten zu tun haben, sondern in der Kita alles Mögliche und mehr ausräumen müssen, als wir uns das normalerweise vorstellen. Wir lassen sie nicht ins offene Messer laufen. Deswegen unsere Forderung.

Wir haben uns als SPD-Fraktion hier in den letzten Wochen den Mund geradezu fuselig geredet und Antrag um Antrag gestellt. Wir sind es gewohnt, dass Sie unsere Vorschläge ignorieren bzw. dann später auflegen. Aber zumindest die Klagen der Betroffenen sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Aber auch diese Klagen resultieren doch nicht einfach daraus, dass man etwas nicht verstanden hat. Ich habe beim letzten Mal eine offene und transparente Kommunikation aller hier von Ihnen verkündeten Maßnahmen eingefordert. Tatsächlich ist das Verständnis in der Bevölkerung im Hinblick

auf die eine oder andere Maßnahme zur höchsten Verunsicherung gereift. Niemand weiß, was Sache ist. Man wird angerufen und gefragt: Gilt das jetzt, oder gilt es nicht? – Das ist nicht die transparente Informationspolitik, die wir uns in diesem Zusammenhang wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diese Punkte in unserem Dringlichkeitsantrag benennen. In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen noch einmal eines zur Impfstrategie sagen: Auch hier gibt es Legenden. Tatsächlich ist die Umsetzung der Impfung Ländersache und damit Hoheitssache des Freistaats Bayern. Wenn Sie dann in diesem bayerischen Hoheitsbereich im Team Vorsicht spielen, dann wäre es langsam wirklich einmal an der Zeit, einen Matchplan für diese Impfung zu entwickeln. Immerhin sind, Stand heute, laut RKI 535.934 freie Impfdosen vorhanden, also knapp 160.000 mehr als gestern. Das bedeutet: Diese Impfdosen müssen so schnell wie möglich – also zack, zack! – verimpft werden. Sie dürfen nicht bevorratet, sondern sie müssen wirklich verimpft werden. Das muss geschehen. Davon höre ich nichts, sondern es wird immer nur angekündigt.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell gibt es gravierende Defizite beim wirksamen Schutz der Bevölkerung. Doch auch in puncto Perspektiven, Unterstützung und Kommunikation lassen Sie die Betroffenen häufig mit Hinhaltenaktik im Regen stehen. Schwer zu erklären ist, dass ein kontaktarmer Urlaub in Bayern nicht möglich sein soll, wohl aber ein Flug nach Mallorca. Das haben Sie auch gesagt, aber das nehmen wir trotzdem hin.

Wir stellen jedoch fest: Sie sind der Ministerpräsident des von Ihnen gerühmten Tourismuslandes Nummer eins. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, verantwortungsvolle und pandemisch ausgereifte Konzepte zusammen mit den Nordländern durchzubringen, um auch unserem Freistaat und unseren Tourismus- und Gewerbetreibenden zu ermöglichen, Umsatz zu machen und sich aus der Agonie zu lösen, in der sie sich be-

finden. Nein, Sie spielen im Team Vorsicht, und schönen Gruß an die entsprechende Entscheidung. Wir hätten uns das anders vorgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Für die Kultur ist es ein großer Fortschritt, dass Sie in Bayern nach der vergangenen Ministerpräsidentenkonferenz endlich vom Infektionsgeschehen abhängige Öffnungspläne vorstellen. Das halten wir für richtig, verantwortungsvoll und verhältnismäßig. Aber wie bereits und fast wie ein Mantra gesagt, bedarf jeder Öffnungsschritt einer guten Vorbereitung mit – einmal mehr noch – einer Teststrategie und mit einer Strategie zur digitalen Nachverfolgung. Dass sich in Ihrem Kabinettsbeschluss ein Modellprojekt für Theater, Konzert- und Opernhäuser findet, nehmen wir freudig zur Kenntnis. Wir haben diese Forderung bereits vor circa zwei Monaten vorgebracht, und sie ist jetzt offensichtlich mit Verzögerung umgesetzt worden.

Aber zurück zu den Ankündigungen: Die Einrichtungen spiegeln uns, dass ihnen die genauen Konditionen für die möglichen Öffnungen nicht bekannt sind. Besonders im Hinblick auf die Kombination von Öffnungen mit Tests sind immer noch viele Fragen offen: Wird der Test vor Ort gemacht? Kann der Nachweis eines Schnelltests aus einem kommunalen Testzentrum oder zum Beispiel aus einer Apotheke kommen? Wer nimmt die Tests vor Ort ab? Ab welchem Alter muss man testen? Wann kann man testen? Was ist mit dem Publikum? – Das wäre zum Beispiel auch für Kindertheater wichtig, die ebenfalls das soziale Zusammenleben der Gesellschaft fördern.

Man könnte viele Punkte konkret benennen, auch wenn Sie jetzt den Kopf schütteln. Dieses Kopfschütteln wäre wichtig, um anzuzeigen, dass Sie einen Fehler gemacht haben, dass Sie nachlegen und konkretisieren wollen; denn das erwartet die Bevölkerung jetzt. Sie erwartet konkrete Ansagen und nicht pastellfarbige Bilder davon, was irgendwann im Wolkenkuckucksheim geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Wort noch zu Verunsicherung und Verärgerung bei den Kirchen. Die Kirchen werden durch die unklaren Regelungen – auch da waren Sie mit dabei – eigentlich in die Zwickmühle getrieben. Die meisten Kirchen haben ein wirklich ausgereiftes und durchdachtes Hygienekonzept. Jetzt werden sie dazu aufgerufen, virtuelle Gottesdienste durchzuführen. Sie tragen Konflikte und Unfrieden in die Gemeinden hinein. Das muss doch nicht sein. Wenn man sich dazu nicht zu äußern hat, weil man es nicht regeln will, dann sagt man halt nichts dazu. Aber zu sagen: "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass", das können Sie mit den Kirchen und den Gläubigen nicht machen, und schon gleich gar nicht zu Ostern.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Schutz, Perspektive und Unterstützung, gut vorbereitet, transparent kommuniziert und unter stetiger Abwägung der Verhältnismäßigkeit freiheitseinschränkender Maßnahmen – das erwarten die Bürgerinnen und Bürger, und darauf haben die Bürgerinnen und Bürger auch einen berechtigten Anspruch.

Ich weiß, Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade mehrere Krisen zu bewältigen und wollen im Zuge dessen sogar – Zitat – eine "neue CSU" formen, mit neuen Regeln und einem neuen, weniger korrupten Geist. Was auch immer dahintersteckt, dies kann nicht bedeuten, dass das Alte vergessen und nicht angesprochen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben Recht, wenn sie sagen, wir befinden uns derzeit in der wohl schwierigsten Phase der Pandemie. Deswegen sage ich Ihnen: Ja, wir unterstützen Sie dabei, wenn es darum geht, die Pandemie zu bekämpfen, die sozialen Maßnahmen durchzuführen sowie die Kollateralschäden so weit wie möglich zu verhindern und einzudämmen. Hier stehen wir an Ihrer Seite. Wir können aber nicht immer Ankündigungen lobpreisen und hinterher feststellen: Na ja, das kommt dann vielleicht in drei bis vier Wochen wieder aufs Tapet, als nächste Ankündigung in anderer Farbe.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die FDP Herr Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Söder hat sich heute entschuldigt. Wenn man aber genau betrachtet, was er gesagt hat, scheint es mit dem Schuldbewusstsein doch nicht so weit her zu sein; denn er hat festgestellt, es seien anscheinend Fehler begangen worden, weil die Umsetzbarkeit nicht gegeben sei. Als würde es allein an der Umsetzbarkeit liegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn nach 15-stündigem Verhandlungsmarathon in Berlin am Ende ein Ergebnis feststeht, das nicht den großen Wurf zum Thema darstellt, wie wir beim Impfen schneller vorankommen, wie wir beim Testen besser vorankommen und wie wir eine wirkungsvolle Kontaktnachverfolgung schaffen, sondern als Ergebnis lediglich präsentiert wird, wir würden jetzt der dritten Welle Herr, indem wir zwei zusätzliche Feiertage einsetzen, die auch noch dazu führen, dass wir in den Supermärkten Hamsterkäufe provozieren, dann ist das kein Umsetzungsproblem, sondern eine Bankrotterklärung der Politik!

(Beifall bei der FDP)

Frau Merkel hat dies auf der Pressekonferenz mit den Worten kommentiert: Wir haben sehr lange und neu nachgedacht. Neu nachgedacht? – Es ist das Gleiche, was Sie seit einem Jahr tun, und überhaupt kein neuer Ansatz! Herr Söder, Sie haben das in den Sozialen Medien mit dem Tweet kommentiert: "Klare Linie, klarer Kurs: Das Team Vorsicht hat sich durchgesetzt." – Also, wenn es Ihr Ernst ist, dass diese Beschlüsse, die vorgestern Nacht getroffen und heute wieder revidiert wurden, ein klarer Kurs und eine klare Linie darstellen, kann ich nur sagen: Sie haben sich wahnsinnig weit von der Realität entfernt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP)

Genau wie das gesamte Gremium der Ministerpräsidentenkonferenz, dieser "Kungelrunde", die unsere Verfassung gar nicht kennt, die aber de facto seit einem Jahr unser Land regiert und sich in diesem Jahr ganz offensichtlich so weit von der Realität entfernt hat, dass man schon von einer "Herdenimmunität" gegen die Realität draußen bei den Menschen sprechen kann. Anders kann ich mir diese Beschlüsse jedenfalls nicht erklären. Nein, das ist kein klarer Kurs, sondern das sind Chaostage, die wir momentan in Deutschland erleben. Dieses Chaos kostet Vertrauen. Es kostet das Vertrauen der Bevölkerung.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vor einigen Wochen geäußert – und Sie haben das heute ähnlich wiederholt –, das kritische Hinterfragen der Maßnahmen führe dazu, dass die Akzeptanz der Regeln sinkt. – Nein, Herr Ministerpräsident, die Akzeptanz der Regeln und die Akzeptanz der gesamten Corona-Politik sinken dann, wenn die Regierung auf der einen Seite die Bürger immer mehr einschränkt und mit Maßnahmen gängelt, die nicht mehr nachvollziehbar sind, wenn sie auf der anderen Seite ihre Hausaufgaben seit Monaten nicht erledigt, und zwar beginnend ab Sommer, als Sie es versäumt haben, sich auf die zweite Welle vorzubereiten, und wenn dann auch noch bekannt wird, dass sich Abgeordnete aus Ihren Reihen schamlos an dieser Pandemie bereichern. Das kostet Vertrauen und Akzeptanz, jedoch bestimmt nicht, dass wir Ihre unsinnigen Regeln kritisieren!

(Beifall bei der FDP)

Wir werden das auch weiterhin tun, das verspreche ich Ihnen. Wie der heutige Tag gezeigt hat, kritisieren wir sie auch zu Recht.

Das Vertrauen sinkt aber auch in Ihren eigenen Reihen und Ihren eigenen Fraktionen. Sowohl in Berlin als auch hier in München stellt sich zunehmend die Frage, ob Sie eigentlich noch das Vertrauen Ihrer Abgeordneten genießen. In den letzten Tagen und Wochen gab es immer wieder Wortmeldungen. Manche erfolgten anonym, manche Abgeordnete aus den Reihen der CSU haben sich auch persönlich getraut, Kritik zu

äußern. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FREIEN WÄHLER wird heute in den Medien zitiert, dass die Demarkationslinie mittlerweile nicht mehr zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN verlaufe, sondern zwischen der Regierung und den sie tragenden Abgeordneten, also dem Parlament.

Herr Ministerpräsident, eine Regierung, die offenbar nicht mehr das Vertrauen des Parlaments genießt, sollte ihren Kurs hinterfragen. Das empfehle ich Ihnen. Die dritte Welle der Pandemie, in der wir uns jetzt befinden, ist trotz des Lockdowns und trotz Ihrer Politik eingetreten. Das liegt natürlich einerseits an der Mutante, von der wir wissen, dass sie gefährlicher und aggressiver ist, andererseits aber auch daran, dass die Menschen nach einem halben Jahr Lockdown zunehmend müde sind, die Disziplin verlieren und sich nicht mehr so an die Regeln halten, wie das eigentlich sein sollte. So oder so, wir erkennen, die aktuellen Regeln reichen nicht aus, um angesichts dieser neuen Variante B.1.1.7 die dritte Welle aufzuhalten. Einige Ihrer Regeln haben sogar keinen oder keinen merklichen Einfluss darauf. Sie haben heute selbst gesagt, mittlerweile habe man erkannt, der Einzelhandel sei ohnehin nie ein Infektionstreiber gewesen. Wenn Sie diese Erkenntnis doch haben, dass die Regeln einerseits untauglich sind, andererseits aber in ihrer Summe auch nicht ausreichend, dann ist es doch Zeit für einen Strategiewechsel. Dieser Strategiewechsel ist jedoch bei der MPK und auch heute bei Ihren Beschlüssen ausgeblieben.

Wie sieht dieser Strategiewechsel aus? – Es gibt ein sehr spannendes Papier der TU Berlin, das zeigt, wo die großen Hebel anzusetzen sind, die wir haben, und auch, wo die großen Infektionstreiber zu finden sind. Dies ist sehr stark der private Bereich, das ist ganz stark der Bereich des beruflichen Umfelds, und es sind – etwas weniger stark – die Schulen. Im privaten Bereich gibt es wenig Handhabe, weil wir dort nicht "hineinregieren" können. Im Bereich der Schulen, die wir offenhalten wollen, und im Bereich der Wirtschaft, die wir offenhalten müssen, weil unsere arbeitsteilige Gesellschaft sonst nicht funktioniert, müssen wir aber zu dem Punkt kommen, das Testregime endlich drastisch strenger zu vollziehen und auszuweiten. Eine Pflicht für zwei-

mal wöchentliche Schnelltests in den Schulen und eine Pflicht für zweimal wöchentliche Schnelltests in den Betrieben wären dazu geeignet, uns bei der Bekämpfung der Pandemie deutlich voranzubringen.

Genauso sieht es beim Impfen aus: Wir wissen, und Sie sagen es auch selbst, das Impfen ist der Schlüssel. Aber wo stehen wir hier? – 4,2 Millionen Dosen Impfstoff liegen momentan unverimpft in Deutschland in den Kühlschränken. In Bayern sind es 550.000. Wir haben in Deutschland 116.300 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte. Das wären 116.300 potenzielle Impfzentren, die Sie bisher jedoch nicht nutzen. Fangen Sie doch endlich damit an, und zwar ohne bürokratische Hürden und nicht kleckerweise, die niedergelassenen Ärzte in die Impfstrategie einzubinden! Hören Sie auf, wie jetzt mit dem zusätzlichen Feiertag, der Gott sei Dank nicht kommt, ihnen dabei auch noch Hürden in den Weg zu legen; denn durch Ihre Regel, Ihre Osterruhe hätte diese Impfung erst einen Tag später beginnen können. Bauen Sie überflüssige Bürokratie ab, und lassen Sie die Ärzte endlich Ihren Job machen; denn Impfungen verabreichen diese beruflich, und zwar schon seit vielen Jahren! Sie können das.

(Beifall bei der FDP)

Blicken Sie dorthin, wo es kreativere Ansätze gibt als die, die Sie momentan haben, nämlich dorthin, wo Öffnungen mit dem Schnelltesten verbunden werden, wie zum Beispiel in Tübingen. Wir begrüßen, dass Sie jetzt Modellprojekte in Bayern planen, die diesen Weg, den wir schon lange fordern, ermöglichen sollen. Aber warum denn erst Mitte April? Warum erst in drei Wochen, und warum so wenige? Wir sind der Meinung, wir sollten mehr Tübingen wagen. Wir brauchen keine Osterruhe, sondern mehr Tempo und Engagement dieser Regierung; denn Ruhe hatten wir jetzt wirklich genug, nicht bei den Bürgern, aber auf der Regierungsbank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Der Fraktionsvorsitzende der CSU hat sein seltsames Demokratieverständnis heute erneut unter Beweis gestellt: Einmal findet er es gut, dass die Leute draußen nicht alles hören. Heute findet er es schlecht, dass namentlich gewählte Volksvertreter wie ich im Parlament sitzen. Herr Kreuzer, Sie sind der Fraktionsvorsitzende einer Partei mit langjähriger Korruptionshistorie. Glauben Sie mir, ich bin froh, dass ich nicht in einer Fraktion sitzen muss, in der Sie der Vorsitzende sind.

(Unruhe – Widerspruch bei der CSU)

Was haben der erneut verlängerte Lockdown und der Korruptionsskandal der CSU gemeinsam? – Für beides sind skrupellose Politopportunisten verantwortlich: Die einen versuchen, direkt Profit aus der Krise zu ziehen, die anderen versuchen, durch ein ganz perfides Spiel ihre politische Macht zu sichern bzw. auszubauen.

Was haben Merkel, Macron, Spahn und Kurz gemeinsam? – Sie alle haben keine Kinder und wissen deshalb auch nicht, wie es ist, wenn beispielsweise ein Erstklässler ein halbes Jahr lang mit sinnfreien Maßnahmen drangsaliert wird. Für Kinder ist dieser Lockdown nämlich eine Ewigkeit.

Unseren Regierenden geht es schon lange nicht mehr um das wirtschaftliche und gesundheitliche Wohl der Bevölkerung, sondern ausschließlich darum, ihre Macht zu erhalten. Die große Mehrheit unserer Bevölkerung ist mit dieser Politik nicht mehr einverstanden. Sie hat es satt, bevormundet und gegängelt zu werden, noch dazu von Politikern, die es nach wie vor nicht einmal schaffen, die vulnerablen Gruppen adäquat und effektiv zu schützen. Nur die sind es, die geschützt werden müssen.

(Zuruf)

Herr Herrmann, alle anderen Menschen in unserem Land können für sich selbst entscheiden, was sie tun oder was sie eben nicht tun.

Herr Söder, ich sage es Ihnen heute noch einmal: Sie haben als Krisenmanager und Ministerpräsident komplett versagt. Wie Sie gesagt haben: Bayern ist das einzige Land mit FFP2-Maskenpflicht. Wäre diese tatsächlich zielführend, dann bräuchte es jetzt keine Verlängerung des Lockdowns. Die von der Politik verursachten Kollateralschäden sind Ihnen von Anfang an egal gewesen, und diese Kollateralschäden kosten auch Menschenleben.

Die Frage, wo die Infektionen konkret herkommen, können Sie bis heute nicht beantworten. Ich weise seit einem Jahr auf die Notwendigkeit einer repräsentativen Vergleichsgruppe hin, um geeignetere und zielführendere Maßnahmen treffen zu können. Prof. Ioannidis von der Stanford University hat erst diesen Sonntag in einem Interview mit der "Welt am Sonntag" auf dieses Versäumnis in Deutschland hingewiesen. Aber vielleicht ist dieser Professor für Sie ja auch ein Verschwörungstheoretiker. Sie scheuen eben die Transparenz und pochen darauf, dass sich alle impfen lassen. Später kann man dann nicht sagen, ob in der Gruppe der Geimpften mehr oder weniger sterben als in der Gruppe der Ungeimpften – sehr praktisch für die Regierung. Wissenschaftler und Andersdenkende, die auf das Regierungsversagen hinweisen, werden öffentlich diskreditiert.

Herr Söder, die meisten Menschen glauben Ihnen einfach nicht mehr. Sehr viele wären mittlerweile auch bereit, für ihre Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten auf die Straße zu gehen. Genau das ist Ihnen sicherlich auch bewusst, und deshalb wollen Sie die traditionellen Ostermärsche und andere Demonstrationen mit allen Mitteln verhindern. Das steckt doch hinter Ihrem verlängerten Lockdown rund um das diesjährige Osterfest. Skrupellos hebeln Sie die Grundpfeiler unserer Demokratie aus. Der erneut verlängerte Lockdown ist Ihr endgültiger Offenbarungseid, ein endgültiger Beweis Ihres Totalversagens.

Herr Söder, unser Land zahlt bereits einen sehr hohen Preis für Ihr politisches Versagen. Dieser Preis wird mit jedem Tag, den Sie im Amt sind, höher. Herr Söder, treten Sie zurück und ersparen Sie Deutschland einen Amigo-Kanzler.

(Beifall eines Abgeordneten)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin Aigner, verehrte Kolleg–Stern–innen– vielleicht habe ich es jetzt richtig gesagt –, die Diabolik der Merkelkonferenz ist, dass sie die Regierung vom Volk abspaltet. Dieser Super-Lockdown ist die fortgesetzte Verdummung und Entrechtung der Menschen in unserem Land.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, Sie rühmen sich, "Team Vorsicht" habe sich durchgesetzt. Gegen wen eigentlich? – Gegen Landeschefs anderer Bundesländer, die diese asoziale häusliche Gettoisierung nicht länger mitmachen wollten? Glauben Sie wirklich, Sie hätten das Virus mit der Osterarrestwoche niederringen können, wie Sie das angedeutet haben? Jetzt hat Merkel diesem "Team Vorsicht" ja den Stuhl vor die Tür gestellt und Sie zurückgepiffen. Alles ist wieder anders.

Sagen Sie den Leuten endlich die Wahrheit: Sie haben keine wissenschaftlich evidente Corona-Strategie. Was Sie haben, ist ein Kaleidoskop der Irrungen und Wirrungen und des Starrsinns. Eine Kartoffel-Strategie vielleicht, Sie wissen schon: rein, raus und so. Ihre PCR-Testoffensive ist falsch angelegt. Sie misst weder Ansteckungsgefahr noch COVID-19-Erkrankungen. Die SARS-CoV-2-Fall- und Todeszahlen sind systemisch erzeugte Falscherhebungen. Dem daran geknüpften Inzidenz-Frühwarn- und Lockdown-Begründungssystem liegen lediglich Annahmen und Modellrechnungen zugrunde. Sie missbrauchen die entseelte Wissenschaft für ein grundrechtsfeindliches Maßnahmendiktat, das den Tod von 75.000 Deutschen, darunter 13.000 Bayern, nicht verhindern konnte.

Die Menschen sind ihre Phrasenverkündigungen leid. Sie wollen ihr freies Leben zurück. Was wollen Sie eigentlich, Herr Söder? Was wollten Sie mit dieser Notbremse? Die Leute gefügig machen für Ihre Vorstellung von der Impfkampagne? – Das wäre scheinheilig und skrupellos. Herr Dr. Söder, Sie und die Marionetten aus Merkels Machtkartell nehmen den Menschen den freien Willen. Das finde ich schrecklich.

(Zuruf)

Sie missbrauchen Ihre vom Volk verliehene Macht. Warum eigentlich? Sehen Sie denn nicht die Gefahr, dass wieder eine erneute totalitäre Staatsordnung, ohne Grundrechte, ohne freie Willensbildung, ohne Selbstverantwortung der Menschen auf uns zukommen könnte? Sie verschweigen den Leuten, dass diese mRNA-Impfkampagne eigentlich ein Großversuch an der Menschheit ist; denn es gibt zu dieser gentechnisch konstruierten Zellmanipulation keine Langzeiterfahrungen über mögliche und irreparable Schäden. Das ist grob fahrlässig, wie ich meine.

Demokraten wie Sie hebeln Demokratie und Rechtsstaat aus. Was für ein Wahnsinn ist das! Regierungskritiker werden als Verschwörungstheoretiker diskreditiert, auch hier im Hohen Haus. Außerparlamentarischer Protest wird verboten und von entfesselten, militanten Polizeihorden brutal niedergeknüppelt.

(Widerspruch)

Die Bilder von Kassel vom letzten Samstag zeigen es Ihnen allen ganz deutlich, wie nahe wir mit solchen Polizeistaatsmethoden schon an Autokraten des Formats eines belorussischen Lukaschenko herangekommen sind.

(Zuruf: Schämen Sie sich! – Weitere Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als weiteres Minus in der Abteilung Vertrauen kommt nun noch der Maskenskandal; er rückt die Doppelmoral von CSU und CDU einmal mehr ans Licht. Sie, Herr Söder, verhängen in Bayern, einem CSU-Staat, eine FFP2-Maskenpflicht, und zugleich sind CSU- und CDU-Abgeordnete –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – auf Bundes- und Landesebene zur Stelle und machen im Rahmen legaler beruflicher Nebentätigkeit –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist vorbei.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – als Unternehmensberater und Rechtsvertreter ihren privaten Reibach.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist vorbei.

(Zurufe)

Herr Kollege, die Zeit ist vorbei. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen. Sie sind eine halbe Minute – –

(Der Abgeordnete Raimund Swoboda (fraktionslos) spricht ohne Mikrofon weiter.
– Unruhe)

– Nein! Herr Kollege, das Mikrofon ist aus! Herr Kollege, das Mikrofon ist erstens aus, es hört Sie keiner mehr. Da vorne ist eine Uhr, an der können Sie sehen, wie weit Sie drüber sind. Das ist die große Anzeige.

Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Erinnern wir uns zurück: Vor etwa einem Jahr hatten wir in diesem Haus eine relativ große Einigkeit. Heute, wenn ich mir die Redebeiträge, Kolleginnen und Kollegen, so anhöre, haben wir schon noch einige Punkte, bei denen mit Ausnahme des rechten Randes Einigkeit besteht. Ich glaube, wir sind uns alle vor allem einig, dass der Weg aus der Krise das Impfen ist, dass wir alles dafür tun müssen, dass dies schneller vorgeht. Herr Ministerpräsident, für April und Mai wurden ja entsprechende Perspektiven aufgezeigt.

Kolleginnen und Kollegen, leider hört die Einigkeit in diesem Haus an diesem Punkt, jedenfalls in der Debatte, dann aber relativ schnell auf. So ganz verstehe ich das nicht. Die Kanzlerin hat heute in einer kurzen Runde und dann in der Pressekonferenz gesagt, dass sie die Entscheidung zu den Feiertagen überprüft hat. Sie sieht dies als Fehler; sie bedauert das. Auch der Ministerpräsident hat gesagt, dass es richtig war,

dies zu prüfen, und dass es gut war, dass diese Entscheidung zurückgenommen wurde. Auch er hat Verantwortung übernommen, Mitverantwortung übernommen. Auch wenn die Kanzlerin gesagt hat: das war allein meine Verantwortung, hat unser Ministerpräsident zu Recht gesagt, dass bei der Konferenz mehr Personen anwesend waren.

Kolleginnen und Kollegen, es gilt, was der alte Kanzler Adenauer vor Jahrzehnten einmal formuliert hat. Niemanden, auch in diesem Haus, hindert etwas daran, dass er jeden Tag, jede Stunde, vielleicht sogar ab und an jede Minute ein Stückchen klüger wird. Ich finde es respektabel, wenn der Ministerpräsident und die Kanzlerin Verantwortung übernehmen.

Kolleginnen und Kollegen, dann ist aber auch gesagt worden, dass Vertrauen zerstört worden sei. Ich habe den Kollegen Horst Arnold, den Kollegen Hagen und den Kollegen Hartmann gehört. Sie haben sogar davon gesprochen, dass der Eindruck von Chaos entstanden sei. Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben eine besondere Verantwortung. Eines sollten wir nicht tun: Wir sollten Vertrauen nicht zerreden, und wir sollten auch Chaos nicht herbeireden.

Herr Hartmann, Herr Arnold und Herr Hagen, schauen Sie doch einmal auf die Übersicht des Bundesrates. Die SPD – Herr Arnold ist ja nicht mehr im Raum, aber, lieber Kollege Halbleib, du richtest es ihm aus – ist in elf Landesparlamenten vertreten, die GRÜNEN sind in elf Landesparlamenten vertreten, genauso wie die Union, und die FDP ist in drei Landesparlamenten vertreten. Die Ministerpräsidenten dieser Länder waren ebenfalls bei dieser Konferenz in der Nacht von Montag auf Dienstag. Sie verehrte Herren Kollegen, haben keine Verantwortung für Ihre Parteikollegen übernommen, die an diesen Diskussionen beteiligt waren und die in ihren Regierungen diese Beschlüsse mitgetragen haben, Kolleginnen und Kollegen.

Ich meine, dass der Wahlkampf natürlich eine Rolle spielt. Kolleginnen und Kollegen, Chaos herbeizureden und Vertrauen zu zerreden, ist das Schlimmste und das Verant-

wortungsloseste, was demokratische Kräfte – die Verantwortungslosigkeit am rechten Rand will ich an dieser Stelle gar nicht reflektieren –, was wir, Kolleginnen und Kollegen, machen können; denn wie wirkt das auf die Betroffenen? Kolleginnen und Kollegen, wie wirkt denn das auf die Krankenschwester und auf den Intensivmediziner, die am Anfang des Jahres und im letzten Jahr die beiden ersten Wellen mitbekommen haben und jetzt zu Recht Sorge vor einer dritten Welle haben? Wie wirkt denn das auf einen Fraktionskollegen von uns, dessen Vater an Corona verstorben ist? Wie wirkt denn das auf die Schausteller, zum Beispiel auf einen Schausteller, der bei uns in Aschaffenburg in meinem Stadtteil seit über 50 Jahren auf dem zweitgrößten Bierzeltfest jedes Jahr mit einem Autoscooter und einem Schießstand vertreten ist? Wie wirkt denn das auf Jugendliche? Wie wirkt dies auf die Clique meines Sohnes – er ist 16 –, der mir unlängst gesagt hat: Papa, ihr Politiker trefft euch ja in Runden und diskutiert, aber meistens sind dies wahrscheinlich keine echten Freunde, sondern Kollegen. Er hat gesagt: Weißt du, für mich – andere Kollegen haben mir das mit Blick auf die Jugend auch gesagt – ist die Clique im Moment ein Lebensinhalt; ich brauche das. Seit mehreren Monaten kann ich mich nicht mehr mit meinen Freunden treffen. – Leute, das geht vielen Jugendlichen so. Wir muten ihnen das zu. Wir muten ihnen das zu, weil wir wissen – das hat der Ministerpräsident ausgeführt –, dass die Lage auch objektiv ernst ist.

Wenn schon einmal ein Beschluss zurückgenommen wird, wenn man schon einmal die Größe hat und die Verantwortung für etwas übernimmt – dies ist hier in Bayern übrigens kein Einzelfall –, das vielleicht nicht optimal gelaufen ist, dann finde ich es nicht in Ordnung, wenn andere, die mit ihren politischen Kräften auch beteiligt sind, so tun, als ob die einzig Verantwortlichen die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung wären. Die Staatsregierung hat vieles besser gemacht als andere. Sie sagen, dass im Grunde genommen Chaos und Unsystematik herrschen würden, was einfach nicht der Fall ist, Kolleginnen und Kollegen. Hinter dem, was gemeinsam von den Ländern getragen wird, steht ein System.

Ja, Impfen ist die Perspektive. Wenn genügend Impfstoff da ist – das sage ich auch ganz klar –, ist die Teilnahme an Impfungen die Wahrnehmung von aktiver sozialer Verantwortung all derjenigen, die keine medizinischen Gegenindikationen aufweisen. Bis aber Impfungen in einer solchen Zahl möglich sind – das sagen uns die Mediziner; das sagen uns die Experten –, ist es eben wichtig, noch vorsichtig zu sein, weil die Mutationen gefährlicher sind und weil wir, wenn die Inzidenzzahl einmal hoch ist, die Situation auch mit Impfungen nicht so schnell bereinigen können. Dies zeigt auch das Beispiel von Israel. Dort ist die Inzidenz immer noch sehr hoch. Israel hat lange gebraucht, hat es aber über die Impfungen geschafft, von einer Inzidenz von über 700 auf 200 herunterzukommen.

Kolleginnen und Kollegen, ich finde es richtig, wenn man auch einmal anspricht, wo es noch nicht optimal läuft, aber ich finde es nicht in Ordnung, dass andere politische Kräfte ihre Verantwortung nicht mitübernehmen. Ich finde, dies stünde Ihnen, Herr Arnold, Herr Hartmann und Herr Hagen, gut zu Gesicht. Aber meine Güte: Sie entscheiden, ob Sie diese Größe haben. Offensichtlich haben Sie sie nicht. Das bedauere ich. Es ist aber nicht in Ordnung, dass Sie Vertrauen zerreden und Chaos herbeireden; denn das schadet uns insgesamt in dieser Krise, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Arnold, der immer noch nicht da ist, hat auch wieder gesagt, er hätte sich auf diese Sitzung nicht richtig vorbereiten können. Letztlich übt er wieder Kritik an der demokratischen Diskussion. Ich glaube, kein Parlament hat sich in diese Debatte so intensiv eingebracht wie der Bayerische Landtag. Kollege Arnold erinnert mich an dieser Stelle an die Rocky Horror Picture Show. Letztlich muss ich an den Erzähler denken, der die Geschichte erzählt. Was sagt aber das Publikum? – Boring, boring. – Wir haben so oft diskutiert. Wir haben Argumente geliefert. Sie wollen sie nicht hören.

(Beifall bei der CSU)

Also gut: Dann langweilen Sie uns weiter mit diesen alten Hüten. Letztlich kommen wir damit aber nicht weiter, meine Damen und Herren.

Herr Professor Hahn, eigentlich braucht man zu Ihren Bemerkungen nicht mehr viel auszuführen.

(Zuruf)

Ich weiß nicht, in was für einer Welt Sie leben. Ich weiß auch nicht, wie Sie zu Ihren Verschwörungsüberlegungen kommen,

(Zuruf)

wie Sie darauf kommen, dass alle Maßnahmen gescheitert seien, wenn Sie sich die Vergleiche zwischen den Ländern anschauen. Impfungen wollen Sie ja auch nicht. Dass Menschen sterben, ist Ihrer Fraktion offensichtlich egal. Bei Ihnen, Herr Kollege Hahn, und bei Ihren Kollegen muss ich an einen Kabarettisten denken, der ab und an in "Antenne Bayern" aufgetreten ist, die "Metzgerei Boggnsagg".

(Zuruf)

Das ist ein fränkischer Kabarettist; und der fragt dann: Wo is'n s' Hirn?

(Unruhe)

Diese Frage kann man sich bei der einen oder anderen Ausführung von Ihnen auch stellen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

– Herr Kollege Halbleib, ich merke, die Kritik hat gesessen; denn Sie scheinen etwas verschnupft zu sein. Ich hoffe, dass wir am Ende wieder zu einer Einigkeit zurückkehren,

(Zuruf)

wenn es darum geht, am Ende der Corona-Krise mal die Lehren aus Corona zu ziehen und zu prüfen. Ich habe unlängst eine wissenschaftliche Dokumentation gesehen, die beschreibt, dass wir auf ein Jahrzehnt der Viren zusteuern, weil es einige Faktoren gibt, die darauf hinweisen, dass wir wahrscheinlich neue Viren in der Welt sehen werden – durch das Auftauen der Permafrostböden zum Beispiel.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen nach Corona überlegen, wie wir auf solche Herausforderungen eingehen können. Ja, es ist gut, dass wir jetzt offensichtlich zu einem europäischen Impfausweis kommen; und es ist gut, dass wir zu digitalen Kontaktnachweisen kommen. Aber, Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen schon schauen, wie wir in solchen Situationen – das ist schon angesprochen worden – das Grundrecht des Datenschutzes, das wichtig ist, in die anderen Grundrechte einordnen. Auch der Datenschutz steht in einer solchen Notsituation nicht singulär, und auch er ist in eine praktische Konkordanz mit den anderen Grundrechten, die eingeschränkt werden, zu bringen.

Kolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich steht in diesem Jahr noch die Diskussion um eine Hochschulreform an. Ich denke, dass das eine ganz wichtige Sache ist.

(Zuruf)

Denn wie wären wir denn ohne Wissenschaft, ohne wissenschaftliche Perspektive aus ganz verschiedenen Fachdisziplinen bis heute durch diese Krise gekommen, wenn wir nicht die Mikrobiologen hätten, wenn wir nicht Leute hätten, die Impfstoffe entwickelt haben, wenn wir nicht die Philosophen hätten, die die ethischen Fragen beleuchten, wenn wir nicht Wirtschaftswissenschaftler hätten, die auf die Frage "Wie begegnen wir dem?" eingehen? Die Wissenschaft ist ein Zukunftsfaktor, der Voraussetzung nicht nur für den Fortschritt ist, sondern letztlich auch für unser Überleben. Deshalb ist diese Reform, die ansteht, so wichtig, Kolleginnen und Kollegen. Diese Fragen, wie wir uns fit für die Zukunft machen, um auf solche Herausforderungen zu reagieren, werden wir noch lange diskutieren müssen.

Ich finde es schade, dass bis auf die Tatsache, dass wir alle eigentlich erkennen, dass Impfen die Perspektive ist, so viele wahrscheinlich wahltaktisch bedingte Vorwürfe kommen und man Vertrauen in der Bevölkerung zerredet. Da hat der Kollege Streibl ganz recht, Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen den Bürgersinn; sonst helfen alle Beschlüsse, die Parlamente in Deutschland fassen, am Ende nicht. Am Ende liegt es bei den Bürgern und an uns allen, wie wir uns in den nächsten Wochen und Monaten verhalten, damit wir, bis dann der Impfstoff da ist,

(Zuruf)

das Stück Vorsicht leben, das dafür sorgt, dass die Opfer in Deutschland weiterhin begrenzt bleiben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Bausback, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Herr Prof. Bausback, bitte kommen Sie nochmal ans Mikrofon. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Martin Hagen, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Bausback, Sie haben jetzt sehr viel davon geredet, es werde Vertrauen zerredet und Chaos herbeigeredet. Sie haben gesagt, das sei das Verantwortungsloseste, was demokratische Kräfte tun können. Ich zitieren Ihren Fraktionskollegen Franz Josef Pschierer, der heute gesagt hat: "Vor allem ist das Vertrauen in eine professionelle und verlässliche Regierungspolitik massiv beschädigt." Ich zitiere einfach mal eine zufällige Auswahl deutscher Medien, die heute titeln: "Corona-Chaos in Deutschland"; "Multiples Politikerversagen"; "Wie die Corona-Politik für Chaos sorgt"; "Lockdown-Chaos um Merkel-Beschluss"; "Osterchaos um Ruhetage". Die ARD sendet heute Abend einen "Brennpunkt" – sie ändert ihr Programm – mit dem Titel: "Regierungschaos – wie geht es weiter in der Krise?". – Herr Kollege, bezichtigen Sie die deutschen Medien, bezichtigen Sie die ARD, bezichtigen Sie Ihren Kollegen Franz Josef Pschierer der Verantwortungslosigkeit?

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Hagen, ich bleibe bei dem, was ich ausgeführt habe. In der Nacht haben sich die Regierungschefs von 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland und die Bundeskanzlerin auf einen Weg verständigt. Man hat sich heute Nachmittag bei dem Punkt des Feiertages – ich begrüße das – darauf verständigt, dass dieser Weg so nicht funktioniert, und ich finde das in Ordnung. Ich finde nicht in Ordnung, dass die Frau Bundeskanzlerin sagt, sie übernehme die Verantwortung dafür, dass sich unser Ministerpräsident hier hinstellt und sagt, ich übernehme auch Verantwortung dafür, dass aber Sie von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP, die in den anderen Landesregierungen mitsitzen,

(Zurufe)

hier keine Verantwortung für diesen Punkt und für andere Punkte in der Corona-Politik übernehmen wollen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Prof. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Dabei bleibe ich. Ich halte das nicht für richtig, und ich halte das nicht für dienlich, um bei der Bevölkerung wieder um Vertrauen zu werben.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt noch eine zweite Zwischenbemerkung. Herr Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion kann uns darüber aufklären, inwieweit er politisch verschnupft in dem Sinne ist, wie es der Redner angesprochen hat.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, zunächst mal muss ich ein bisschen Mitleid mit dem Kollegen haben; denn sein Arbeitsauftrag als Zweitredner der CSU-Fraktion ist zunächst mal, die demokratische Opposition anzugreifen. Das ist die beste Methode. Wie das benotet wird, weiß ich nicht. Aber Sie wehren sich gegen Vorwürfe, die

überhaupt nicht erhoben wurden. Das ist eine berühmte rhetorische Methode. Wir haben kritisiert, dass der Ministerpräsident sich anders als die Bundeskanzlerin nicht ohne Einschränkungen entschuldigt hat, sondern in dieser Plenarsitzung eine Entschuldigung angedeutet hat und dann sofort darauf verwiesen hat, woran die Fehlentscheidung anscheinend liegt, nämlich an der MPK-Struktur, die man verändern müsste, anstatt zu sagen: Wir haben eine Fehlentscheidung getroffen, und ich persönlich auch. – Diese Worte sind in diesem Parlament heute nicht gefallen, Herr Kollege. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Es genügt zu sagen: Kollege Arnold hat sich von dem Begriff "Chaos" distanziert,

(Lachen)

hat ihn aber als allgemeinen Eindruck zitiert. Der Kollege von der FDP-Fraktion hatte darauf hingewiesen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Dann würde ich darum bitten: Wenn Sie wirklich Vertrauen zurückgewinnen wollen, dann beseitigen Sie die vielen Punkte in Bayern, die wir heute kritisch angesprochen haben. Wir haben uns nämlich heute intensiv mit der bayrischen Corona-Politik befasst. Da haben Sie genug zu tun! Wenn Sie Vertrauen zurückgewinnen wollen, sollten Sie da anpacken und nicht Ihren Arbeitsauftrag übererfüllen und die Opposition hier beschimpfen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Bausback, bitte.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Halbleib, auf Mitleid von Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen verzichte ich. Das habe ich wirklich nicht notwendig,

weil ich als Abgeordneter die Verantwortung für meine Reden übernehme. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe. Ich finde, es ist falsch, wenn hier Chaos und Vertrauensverlust noch verstärkt und herbeigeredet werden.

(Zuruf)

Herr Kollege Halbleib, Sie behaupten immer, es würde nur angekündigt. Das stimmt doch nicht. Bayern war bei den FFP2-Masken vorne. Bayern war auch bei der Teststrategie vorne. Herr Kollege Hagen, Sie haben am Anfang die Tests für Jedermann scharf kritisiert. Natürlich hat es bei den Tests anfangs an der einen oder anderen Stelle nicht funktioniert, okay. Sie können aber doch nicht bestreiten, dass durch die bayerische Teststrategie Fälle aufgedeckt wurden, die möglicherweise zu Weiterverbreitungen geführt hätten.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Halbleib, ich denke, Ihre Kritik ist an vielen Stellen einfach unsachlich. Deshalb stehe ich zu dem, was ich gesagt habe.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Bausback. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christina Haubrich von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle, oder fast alle, sind uns einig, dass Impfen eine der wichtigsten Säulen in der Pandemiebekämpfung ist. Unser Ministerpräsident hat vorhin gesagt: "Impfen ist das Einzige, was hilft." Deswegen fordern wir die Staatsregierung auf, den Impfturbo zu zünden und dann auf dem Gaspedal zu bleiben.

Derzeit sind wir noch meilenweit von den 110.000 Impfungen pro Tag entfernt, die Sie sich zum Ziel gesetzt haben. Den Impfturbo zu zünden gelingt nur, wenn die angekün-

digten großen Mengen an Impfstoff endlich da sind, und vor allem, wenn sie zeitnah verimpft werden können. Dazu müssen aber genügend Impfzentren zur Verfügung stehen. Sie können nicht erwarten, dass Hausärzt*innen die fehlenden 73.600 Impfungen täglich schultern können. Ihr erster Auftrag heißt deshalb: Aufrüsten! Sie müssen für Massenimpfungen aufrüsten, damit die Impfkapazitäten schnell hochgefahren werden können. Beginnen Sie mit dem Aufbau der Impfzentren, größer und dezentraler. Trauen Sie sich etwas! Schauen Sie über den Tellerrand! Prüfen Sie, ob Schulen, Unis, Kirchen, Kulturstätten oder sonstige Räumlichkeiten als Impfzentrum in Frage kommen. Impfzentren sind für Massenimpfungen prädestiniert. Dort steht die Infrastruktur zur Verfügung, und zwar 24/7.

Natürlich braucht es dafür auch Personal. Ärzt*innen könnten sich über die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns zum Mitwirken anmelden. Aber auch nichtmedizinisches Personal muss rekrutiert werden. Versuchen Sie doch, Ehrenamtliche oder Studierende über das Projekt "Unser Soziales Bayern" anzuwerben! Wir brauchen auch in der Fläche eine größere Impfkapazität, gerade in ländlichen Gebieten. Impfbusse und mobile Impfteams könnten die Lösung sein, um Risikopatienten vor Ort zu erreichen. Ziehen Sie so schnell wie möglich neben den Hausärzt*innen auch die Fachärzte sowie Werks- und Betriebsärzte heran, und zwar ohne bürokratische Hürden. Statten Sie sie mit allen zugelassenen Impfstoffen aus und prüfen Sie dabei gleich noch, ob Sie die Apotheken einbeziehen können, damit jeder so schnell wie möglich an eine Impfung kommt.

Fordern Sie die bayerischen Betriebe auf, Impfungen auch über den Kreis der Beschäftigten hinaus anzubieten. Auch dadurch könnte die Impfgeschwindigkeit weiter erhöht werden. Die Ausdehnung des zeitlichen Abstands zwischen der ersten und der zweiten Impfung würde sicherstellen, dass noch mehr Menschen schnellstmöglich geimpft werden können.

Die Grundvoraussetzung für die Durchführung der Impfungen ist eine hohe Impfbereitschaft in der Bevölkerung. Deshalb lautet Ihre zweite Aufgabe: Aufklären, informieren

und kommunizieren. Das Malheur mit dem Impfstoff AstraZeneca, vor allem die miserable Kommunikation sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene hat zu weiterer Unsicherheit in der Bevölkerung beigetragen. Diese muss jetzt schnellstmöglich ausgeräumt werden. Wir GRÜNEN fordern eine breit aufgestellte Aufklärungskampagne über alle Kanäle, online, offline, barrierefrei, mehrsprachig, leicht verständlich und vor allem öfters.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus fordern wir mehr Transparenz bei der Impfstoffverteilung: Welche Bevölkerungsgruppen sind geimpft? Wie werden Restbestände verimpft? Das sichert auch die Transparenz für Spontanverimpfungen möglicher Restbestände. Daten aus den Krankenhäusern, Impfzentren und Arztpraxen müssen systematisch erhoben und offengelegt werden. Wir erwarten, dass die Staatsregierung darüber regelmäßig im Landtag berichtet.

Solange die Impfstoffe knapp sind, muss unbestritten gelten: Risikogruppen first. Sobald aber die Risikogruppen geimpft sind und genügend Impfstoff da ist, ist Flexibilität notwendig. Außerdem ist Tempo gefragt. Dann sollten alle Menschen unbürokratisch in öffentlichen Impfzentren, in einer Praxis oder in einer Apotheke geimpft werden können. Die Lieferung von Impfdosen wird bald deutlich ansteigen. Deshalb müssen wir jetzt die Impfkapazitäten hochfahren. Andere Länder machen es uns vor, wie das pragmatisch zu lösen wäre. Packen wir es an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der interfraktionelle

Dringlichkeitsantrag, den die beiden Regierungsfractionen heute gemeinsam dem Hohen Haus zur Beratung vorlegen, stellt einen politischen Dreisprung dar. Das liegt in der Natur des Zustandekommens dieses Dringlichkeitsantrags. Dieser Dreisprung besteht aus dem, was die Ministerpräsidentenkonferenz Montagnacht in Berlin beschlossen hat und was aus Sicht unserer Fraktion zum Glück heute Vormittag in Teilen wieder zurückgenommen wurde. Er besteht ferner aus dem Beschluss des Bayerischen Kabinetts gestern und schließlich aus der gemeinsamen Sichtweise der Bayernkoalition, bestehend aus den beiden Regierungsfractionen der FREIEN WÄHLER und der CSU.

Da wir FREIEN WÄHLER naturgemäß nur an zwei dieser drei Sprünge beteiligt sind, wird es Sie wenig verwundern – und es ist auch kein wohlgehütetes Geheimnis –, dass wir im Hinblick auf diese Beschlussfassung zwei Herzen in der Brust haben. Die Demarkationslinie zwischen diesen beiden Herzen verläuft ziemlich genau zwischen dem, was die Ministerpräsidentenkonferenz am Montag in Berlin als Beschluss für die Zeit bis Ostern verlautbart hat, und dem, was wir anschließend als Bayernkoalition als Perspektive für die Zeit danach in Aussicht gestellt haben.

Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Deshalb möchte ich mit dem beginnen, was uns FREIEN WÄHLERN Bauchschmerzen bereitet hat, also mit dem, was am Montagabend in Berlin beschlossen worden ist. Ich nenne das Stichwort Osterruhe. Wir FREIEN WÄHLER empfinden kein tiefes Bedauern darüber, dass dies am Ende des Tages an der Umsetzung gescheitert ist. Ich sage ausdrücklich: Wir sind froh, dass es wenigstens an der Umsetzung gescheitert ist; denn wir halten es für eine Fehlentscheidung, ja geradezu für einen Aprilscherz, Corona dadurch die Stirn bieten zu wollen, am 1. April für einen Tag und am Samstag darauf für einen halben Tag die Geschäfte weiterhin zu schließen.

Das würde erstens im Hinblick auf die Pandemiebewältigung nichts bringen, zweitens dadurch, dass die Lieferketten bereits stehen, dazu führen, dass ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden entsteht. Mit anderen Worten: Es ist nicht schade, dass diese

Entscheidung jetzt an der Umsetzung scheitert. Gott sei Dank scheitert diese Maßnahme daran. Ich habe großen Respekt davor, dass die Kanzlerin den Mut hatte, das auch so klarzulegen. Das ist eine Tugend in der Politik. Wir sind froh, dass dieser Beschluss einkassiert worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER hätte die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ministerpräsidenten noch einen zweiten Beschluss einkassieren können. Herr Kollege Prof. Dr. Bausback hat nach unserer festen Überzeugung zu Recht darauf hingewiesen, dass es jetzt insbesondere um Vertrauen geht. Der Erfolg der Pandemiebekämpfung hängt sehr stark davon ab, ob die Menschen die von uns auf den Weg gebrachten Maßnahmen nachvollziehen können, sie deshalb akzeptieren und leben, und nicht davon, einsam kluge politische Entscheidungen zu treffen. Deshalb besteht unser Kapital insbesondere im Vertrauen. Wir FREIEN WÄHLER und, so glaube ich, die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land sind davon überzeugt, dass es Gift für genau dieses Vertrauen wäre, wenn man über die Osterfeiertage auch mit einem negativen Test nicht in eine bayerische Ferienwohnung, aber gleichzeitig mit dem Flieger nach Malle fliegen dürfte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre Unsinn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Punkte bereiten bekanntermaßen ganz besonders uns FREIEN WÄHLERN einige Bauchschmerzen. Wir müssen sie nur deshalb mittragen, weil sie bundespolitische Beschlusslage sind und in ganz Deutschland überfraktionell so mitgetragen werden. Von diesen Punkten komme ich zu dem, was wir als bayerische Koalitionsfraktionen gemeinsam aufgezeigt haben und bezüglich der Zeit nach den Osterferien deutlich über diesen Bundesbeschluss hinausgeht. Das, was jetzt als Bayern-Matrix firmiert, ist auch Ausfluss dessen, was wir als Bayernplan unserer Regierungsfraktion für unseren

Weg hinaus aus dem Lockdown und zurück in Richtung Normalität und Freiheit empfohlen haben.

Wir sind nach wie vor fest überzeugt davon, dass es nach einer Phase, in der es völlig richtig und wichtig war, zunächst einmal mit harten Maßnahmen die Kontrolle über diese Pandemie zurückzugewinnen, und vor einer Phase, in der es uns hoffentlich gelingen wird, durch Impfen und Therapiestrategien diese Pandemie final zu überwinden, jetzt einer Phase bedarf, in der das Primat der Politik und unser Hauptauftrag darin bestehen muss, ein möglichst gutes Leben mit dieser Pandemie zu ermöglichen. Mit anderen Worten formuliert: Es ist jetzt unser Job, einen Modus für ein entsprechendes Leben zu empfehlen und dafür zu sorgen, dass es in Bayern gut gelingt, Sicherheit einerseits und Normalität und Freiheit andererseits bestmöglich unter einen Hut zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass es jetzt auf unser Betreiben hin den Auftrag der Staatsregierung an das LGL gibt, die Perspektive auf das Pandemiegeschehen über die reine Fokussierung auf die Inzidenzzahl hinaus auszuweiten. Das heißt ausdrücklich nicht, dass bei den FREIEN WÄHLERN jemand dafür plädieren würde, die Inzidenzzahlen nicht mehr zu erheben. Das heißt auch nicht, dass wir die Auffassung vertreten würden, dass die Inzidenzzahl nicht auch wertvoller Indikator für die Entwicklung des Pandemiegeschehens ist. Das heißt aber sehr wohl, dass diese Zahl als alleinige Grundlage und als alleiniger Bezugspunkt von Öffnungsperspektiven zu kurz springt, und ich will auch erklären, warum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Zahl springt deshalb zu kurz, weil sie mit zunehmender Durchimpfung an Aussagekraft verliert. Kollege Dr. Spitzer hat darauf hingewiesen, dass Israel als Beispiel zeigt, was das bedeutet. Diese Zahl springt zu kurz, weil sie nicht auf das blickt, worum es uns eigentlich geht, nämlich auf die Kapazität des Gesundheitssystems in

Bayern. Sie springt zu kurz, weil der R-Wert nicht berücksichtigt wird. Sie springt zu kurz, weil die Positivrate der Tests nicht vorkommt, sodass mit der Anzahl der Tests zwangsläufig auch die Inzidenzzahl schwankt. Tests sind super. Tests helfen uns, bisher versteckte Infektionen zu detektieren. Wir können Menschen, die positiv getestet sind, in Quarantäne schicken. Dadurch schaffen wir es, das tatsächliche Infektionsgeschehen einzudämmen, treiben aber auch die Inzidenzzahl nach oben. Deshalb bedarf es dringend einer gewichteten Risikoinzidenz und einer Gesamtbeurteilung des Infektionsgeschehens, um Öffnungsperspektiven auch in Regionen mit hoher Inzidenz zu ermöglichen.

Lieber Tobias Reiß, wir können doch den Schülern in den Hotspot-Landkreisen in Tirschenreuth nicht sagen, dass dieses Jahr keine Schule mehr stattfindet. Wir müssen vielmehr für einen gesamtheitlichen Blick sorgen und dafür, dass auch dort, wo die Inzidenz hoch ist, trotzdem Öffnungen stattfinden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

An die Stelle dieses Inzidenzwertes, auf den wir nicht wie die Schlange aufs Kaninchen starren sollten, kann und soll aus Sicht von uns FREIEN WÄHLERN das Thema "Testen und freitesten" treten. Deshalb begrüßen wir die Ankündigung des Ministerpräsidenten, jetzt entsprechende Modellregionen einzusetzen.

Wer in der Lage ist, durch einen negativen Test nachzuweisen, dass er die nächsten 24 Stunden niemanden anstecken kann, der muss doch in der Lage sein, auch in Regionen mit hoher Inzidenz sicher zur Schule und zum Präsenzunterricht zu gehen, darüber hinaus auch zum Sport, in die Außengastronomie und zu Kunst und Kultur. Die Perspektive, zu der wir kommen müssen, ist: Normalität und Sicherheit unter einen Hut bringen und ein gutes Leben mit Corona durch Tests.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir das zu unserer gemeinsamen Linie machen – und so beantragen wir das heute im interfraktionellen Dringlichkeitsantrag beider Regierungsfractionen –, wenn wir es mit konsequentem Impfen und echtem Impfturbo – nicht nur einem rhetorischen, sondern einem faktischen – flankieren und die Warn-App weiterentwickeln, sind wir bestens aufgestellt, um auch weiterhin gut durch diese Krise zu kommen. Wir FREIEN WÄHLER haben einen Beitrag dazu geleistet, der heute, glaube ich, stärker denn je auch Gegenstand der Beschlussfassung ist. Wir bitten Sie deshalb in einiger Leidenschaft um Zustimmung. – Herzlichen Dank dafür und fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Dr. Mehring. – Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Ihr Wortbeitrag zum politischen Dreisprung hat einen politischen Einsprung Ihres parlamentarischen Geschäftsführerkollegen Volkmar Halbleib ausgelöst. Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Der Herr Präsident ist heute angesichts seiner Wortmeldungen gut gelaunt. Ich würde "Einwurf" sagen, um im Sportbild zu bleiben. Ich kann alles gut nachvollziehen, weil manche Positionen der sozialdemokratischen Fraktion aufgegriffen werden. Aber diese Zwischenbemerkung hätte eigentlich Kollege Bausback machen müssen. Statt sich mit der Opposition ungerecht zu befassen, müsste man auf seinen eigenen Koalitionspartner achten; denn es war eine komplette Gegenrede zu vielen Punkten des Ministerpräsidenten, etwa zum Oster-Shutdown und zu den Inzidenzwerten. Ich habe die Passagen noch in Erinnerung; es ist noch nicht so lange her. Es handelte sich um eine Gegenrede in Bezug auf den kontaktarmen Urlaub in Bayern. Ich freue mich darüber. Aber ich stelle fest, dass diese vermeintlich gemeinsam agierende Koalition bei wesentlichen Entscheidungen sehr starke Risse zeigt.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Kollege Halbleib, ich nehme es zunächst einmal als Kompliment, dass es mir gelungen ist, einen Drei-

sprung zu vollziehen, ohne Sie unterwegs zu verlieren. Das spricht für den Gehalt des Redebeitrags.

Ich sage noch einmal, was ich in der Vergangenheit bereits häufiger gesagt habe: Ich bin in zunehmendem Maße auch darüber erbost und nicht mehr dazu bereit, dass wir uns ständig vorwerfen lassen müssen, innerhalb der Bayernkoalition gemeinsam um die besten Ideen für unser Land und seine Menschen zu ringen. Ich habe großes Verständnis dafür, dass man sich in Bayern nach Jahrzehnten der Alleinregierung vielleicht wieder daran gewöhnen muss. Aber es ist in einer Demokratie nichts Schlechtes, sondern etwas Gutes, der Auftrag einer Koalition und die Triebfeder jedes demokratischen Wirkens, dass wir miteinander ringen. Am besten funktioniert das – da spricht der Politologe in mir deutlich stärker als der Abgeordnete –, wenn jeder seine Rolle spielt. Deshalb hat heute der Ministerpräsident die Linie der Bayerischen Staatsregierung skizziert. Ich habe gerade die Linie beider Koalitionsfraktionen skizziert. Alles, was ich ausgeführt habe, finden Sie so im Dringlichkeitsantrag beider Fraktionen. Dieser Dringlichkeitsantrag wird anschließend die Zustimmung beider Fraktionen erhalten. Damit dürfen Sie es als meinen Job erachten, das darzustellen, was beide Regierungsfraktionen im Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck bringen. Genau das habe ich getan. Wenn Sie es nachvollziehen konnten, freut es mich umso mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Mehring. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Was für ein Theater, das da in Berlin gelaufen ist: erst Oster-Lockdown und sogenannte Ruhetage, heute entschuldigen sich Merkel und Söder für ihre eigene Politik. Die Kanzlerin wurde am Montagabend noch so zitiert, die Maßnahmen seien zu lasch. Unser Ministerpräsident hat diesen Fehler in Nibelungentreue zur Kanzlerin mit-

getragen. Heute rudert die Kanzlerin zurück. Sie gesteht ihr Scheitern ein – das Scheitern ihrer Politik, die der Ministerpräsident voll und ganz mitgetragen hat.

Nach dem Desaster um die Ruhetage hätte sich die Kanzlerin zwar nicht unbedingt entschuldigen, aber doch ihr Scheitern eingestehen müssen. Ein darauf folgender Rücktritt der Kanzlerin ist eigentlich längst überfällig. Aber man klebt halt am Amt.

Nach rund einem Jahr müssen wir feststellen, dass die Maßnahmen medizinisch fehlgeschlagen sind, aber wirtschaftlich und gesellschaftlich unser Bayern ruiniert haben. Die Leute in Bayern haben längst erkannt, dass der Weg der Staatsregierung der falsche ist. Und Sie, Herr Söder, sind nicht nur einmal falsch abgebogen. Die Folge in unserem Land sind zahlreiche ruinierte Existenzen und verängstigte und ihrer Grundrechte beraubte Menschen. Ich sah einen Ministerpräsidenten, der auch heute wieder gelangweilt auf seiner Regierungsbank saß – mittlerweile ist er nach Hause gefahren –, weil ihn das, was die Volksvertreter sagen, mittlerweile vollkommen egal ist. Gedanklich sitzt unser Ministerpräsident längst im Kanzleramt. Deshalb lässt sich Herr Söder in Berlin diktieren, was die CSU heute wieder brav und willig in einen Dringlichkeitsantrag kopiert hat.

(Beifall bei der AfD)

Werte Kollegen von der CSU, Ihre Amigos von der CDU diktieren Ihnen, was zu tun ist. Das ist ein äußerst unbayerisches und unpatriotisches Verhalten, das zeigt, dass Ihnen nicht Bayern, sondern Ihre Kanzlerin mit FDJ-Vergangenheit und der Pharmalobbyist Spahn am Herzen liegen.

Was sind die Folgen Ihres Verhaltens für Bayern? – Aktuelles Beispiel ist die Diskussion über den Gründonnerstag. Welch Chaos haben Sie dadurch doch in den Betrieben ausgelöst! Was das alles für den Vertrieb und die Lieferketten bedeutet, ist Ihnen offenbar nicht bekannt. Dazu kommt – das hat wohl jeder in seinem eigenen familiären Umfeld erlebt –, was das für die Familien bedeutet, etwa für die Kinderbetreuung, für die Planung der Feiertage, vom Kirchenbesuch und so weiter gar nicht zu reden. So

geht es vielen in Bayern, nicht erst mit den neuen Maßnahmen, die am Montag beschlossen wurden. Nein, Handel und Gastronomie wurden zu Sündenböcken der verfehlten Corona-Politik des Herrn Söder.

(Zuruf: Was schlagen Sie vor?)

Bei vielen geht es längst um die Existenz. Fragen Sie doch einmal Ihre CSU-Spezi im Gesundheitsausschuss, wie viele Betreiber von Kultureinrichtungen oder Künstler sich selbst mit Petitionen an den Landtag gewendet haben. Da hilft auch nicht irgendeine Showveranstaltung im Englischen Garten, wie es der Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung verbreitet hat.

Viele Betreiber von Fitnessstudios, viele Vorstände von Sportvereinen, gerade in der Jugendarbeit, Gastronomen, Hoteliers, Einzelhändler, Friseure, Kosmetiker, alle, die mit Menschen arbeiten – all die haben laut nach Hilfe des Landtags gerufen, um dem Treiben der Staatsregierung Einhalt zu gebieten.

Grundübel sind Ihre falschen Annahmen, mit denen Sie Ihre desaströsen Maßnahmen begründen: Todeszahlen, fiktive Inzidenzwerte – einmal 100, einmal 50, einmal 35 – und das Festsetzen restriktiver Maßnahmen nach Gutsherrenart. Sie begründen das mit der drohenden Überlastung des Gesundheitssystems. Der Kollege Mehring hat das gerade wiederholt. Dann orientieren Sie sich bitte auch an der Auslastung des Gesundheitssystems. Stand heute sind laut Divi 12,2 % der Intensivbetten mit COVID-Patienten belegt.

Die Frage ist auch, ab welchem Zeitpunkt man öffnen kann, ab wann das möglich ist. Nach unserer Meinung ist dieser Zeitpunkt längst gekommen. Dies ist längst überfällig.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen einen sofortigen Start. Deshalb fordern wir Sie auf: Geben Sie der Wirtschaft gegen den Willen der Kanzlerin spätestens zum 29. März die Gelegenheit zur Öffnung unter Hygieneauflagen! Das ist ein konkretes Datum, welches die Wirtschaft

braucht. Sie braucht keine abstrusen Inzidenzwerte, die nach Lust und Laune unnütze Maßnahmen nach sich ziehen. Genau das fordert die AfD in ihrem heutigen Dringlichkeitsantrag. Bereits seit Monaten sagen wir Ihnen: weg von willkürlichen Inzidenzwerten, hin zur nüchternen Sachlichkeit und damit zur Auslastung der Intensivbetten inklusive Notfallreserve in Bayern.

Ein letztes Wort noch. Wir haben es heute miterlebt: Die FREIEN WÄHLER wollen öffnen. Herr Söder will eigentlich auch öffnen. Dann werden Sie sich doch bitte endlich einmal einig zum Wohle unserer Bevölkerung und unserer Betriebe. Aber das schaffen Sie anscheinend auch nicht.

Wenn man während dieser Debatte einmal kurz ins Internet schaut, dann sieht man, dass die Bundesregierung bereits Reisebeschränkungen für unsere Bürger plant. Die eigenen Bürger werden eingesperrt. Davon hat man heute kein Wort in der Rede des Ministerpräsidenten gehört. Davon sollte er aber längst Kenntnis gehabt haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gabi Schmidt, FREIE WÄHLER.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Winhart, Sie haben anscheinend etwas falsch verstanden oder waren auf einer anderen Veranstaltung. Wir wollen nicht nicht öffnen, sondern wir wollen Menschen schützen. Es ist um den Schutz der Menschen vor Corona gegangen.

Herr Kollege Winhart, ich bin nicht die Rechtsanwältin vom Ministerpräsidenten. Aber wenn er heimfährt, dann geht Sie das höchstwahrscheinlich nichts an. Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion haben sich in den letzten Monaten nicht einmal die Arbeit gemacht hierherzufahren. Die können also überhaupt nicht heimfahren.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann möchte ich Ihnen noch etwas mitgeben. Auch Sie haben in Bayern Kreisräte, die vor einem Jahr frisch gewählt worden sind. Die waren noch nie in ihrem Kreistag, weil sie vor Corona Angst haben, anders als Sie. Schauen Sie einmal nach! Das gebe ich Ihnen als Tipp mit. Wenn Sie heute heimfahren, dann können Sie einmal schauen, wie das ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Andreas Winhart (AfD): Frau Schmidt, ich habe Ihnen sogar ansatzweise aufmerksam zugehört. Zunächst zu dem ersten Einwurf: Wenn Sie selbst schon sagen, Sie wollten nicht nicht öffnen, dann sagt das eigentlich schon alles. So verquer sind auch Ihre Regeln, die Sie für die Bevölkerung aufgestellt haben. Da blickt keiner mehr durch. Wir brauchen etwas Einfaches.

Ich sage Ihnen das, was wir schon die ganze Zeit sagen: Sie müssen die vulnerablen Gruppen, die Risikogruppen schützen, aber allen anderen die Freiheit gewähren. Das ist unser Motto seit über einem Jahr. Das machen wir weiterhin so.

Da hier von der Anwesenheit gesprochen wurde: Ich habe kurz durchgezählt. Es sind zehn Abgeordnete der AfD anwesend. Es war auch Ihre Mehrheit, die beschlossen hat, dass der Landtag nur in halber Besetzung tagt. Das heißt, wir sind hier deutlich mehr als die Hälfte, wenn Sie zählen können. Es reichen auch zehn Finger dafür. Daher ist alles wunderbar.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer für die FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Der 22. März steht für das Scheitern der deutschen Corona-Politik. Die Verhandlungen haben uns die Konzept- und Strategielosigkeit wieder ein-

mal vor Augen geführt. Die Akzeptanz und das Vertrauen der Bevölkerung werden von der Staatsregierung aufs Spiel gesetzt. Eine Gesamtstrategie fehlt bis heute.

(Beifall bei der FDP)

Am zurückliegenden Samstag fühlte ich mich so, wie sich die Schulleitungen in Bayern wohl ständig fühlen müssen. Ich erhielt am Samstag um 22:19 Uhr eine E-Mail der KV, die bis Montag, 14 Uhr, eine Meldefrist enthielt. Ich zitiere: Sehr geehrte Damen und Herren, der Freistaat Bayern hat uns gestern mitgeteilt, dass eine erste kleinere Menge an AstraZeneca-Impfdosen in Kürze zur Verteilung an die Arztpraxen zur Verfügung steht. – Weiter heißt es: Ihre Praxis könnte am 31. März oder am 1. April, Gründonnerstag, eine erste Lieferung von zehn – ich betone: zehn – AstraZeneca-Impfdosen erhalten. – Dann folgte das Kommunikationsdebakel mit dem Gründonnerstag. Dies sorgte wieder einmal für Unruhe und Verwirrung: Müssen die Praxen geschlossen bleiben? Verzögert sich der Impfstart? Keiner wusste wirklich Bescheid. Aber Schwamm drüber, wenn es jetzt endlich nur losgeht.

Hierzu ein Bericht aus meiner Praxis. Die Arzthelferinnen bei mir haben gestern 150 Ü80-Personen abtelefoniert, weil die Praxen natürlich nicht wissen, ob die Personen schon geimpft sind oder nicht. Das ist erfolgt. Wir haben jetzt den Stand, brauchen aber Planungssicherheit, um weiterhin Termine vergeben zu können.

Sehr geehrter Herr Minister Holetschek, alle verfügbaren Vakzine müssen schnellstmöglich verimpft werden. Unabhängig von Feiertagen und Wochenenden muss ein Maximum an Impfungen erzielt sowie eine Abkehr von der Bevorratung vollzogen werden. Ich bin jederzeit bereit, in meiner Praxis auch an Feiertagen und Wochenenden zu impfen. Organisieren Sie ausreichend Impfstoff dafür!

Eine kurze Bemerkung noch dazu: Sorgen Sie dafür, dass die Bürokratie beim Impfen auf das Maß anderer Impfungen reduziert bleibt! Wir wollen impfen, nicht dokumentieren.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Freiheiten durch Testen: Herr Ministerpräsident, bisher sind nur wenige Selbsttests in Deutschland zugelassen, während in Österreich bereits vor einem Monat über 250 unterschiedliche Produkte auf dem Markt waren. Unser Ziel muss sein, jeden Tag einen Selbsttest durchführen zu können, mit welchem bei negativem Testergebnis spürbar die Normalität für die Menschen zurückkehren kann. Deswegen soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Beschleunigung der Zulassung der Selbsttests und für die Möglichkeit eines fälschungssicheren negativen Testergebnisses als Tagespass mit 24 Stunden Gültigkeit einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Kitas und Schulen ist eine Öffnung unabhängig von Inzidenzwerten zu ermöglichen, wenn deren in Präsenz anwesendes Personal mindestens eine über zehn Tage zurückliegende Erstimpfung gegen das Coronavirus vorweisen kann. In allen bayerischen Kitas müssen unkompliziert und kostenfrei Corona-Schnelltests von geschulten Kita-Mitarbeitern durchgeführt werden können, um Erkältungssymptome bei Kita-Kindern schnell und niederschwellig mittels Spuck- oder Lollytest abklären zu können. In Schulen sind Testungen mindestens alle drei Tage für die in Präsenz anwesenden Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, die direkt und möglichst vor Unterrichtsbeginn ausgewertet werden.

Es muss schlüssige Konzepte zur Sicherung des Schulwegs und der Pausen geben. Es ist eine qualitativ hochwertige Unterrichtsbindung aller Schüler und Lehrkräfte zu ermöglichen, die nicht in Präsenz anwesend sein können. Die Schulen werden von der Staatsregierung dabei mit allen vorhandenen Möglichkeiten unterstützt, dieses Niveau spätestens bis nach Ende der Osterferien zu erreichen. Sehr geehrter Herr Minister Piazzolo, das geht nicht nur mittels KMS wenige Tage vor Ende der Ferien.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sorgen Sie für nachvollziehbare Entscheidungen! Sorgen Sie damit für uns alle für Perspektiven!

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache zur Regierungserklärung ist geschlossen. Ich lasse jetzt über die mitberatenden Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Corona-Mutationen bekämpfen, dritte Corona-Welle durchbrechen" auf der Drucksache 18/14765 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Danke schön. Gegenstimmen bitte! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Impfturbo jetzt zünden: besser aufklären, schneller impfen und für Transparenz sorgen!" auf der Drucksache 18/14766 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Danke schön. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Bei Enthaltung der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Wirtschaft umgehend öffnen! Keine Einschränkungen ohne deutliche Krankenhausauslastung" auf der Drucksache 18/14767 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstim-

men! – Das sind die restlichen Fraktionen. Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Schutz – Perspektive – Unterstützung" auf der Drucksache 18/14768. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Enthaltungen! – FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Testen, Impfen, Recht auf Bildung" auf der Drucksache 18/14769. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP. Danke schön. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von CSU und FREIEN WÄHLERN sowie der AfD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

So viel zur Regierungserklärung und den Dringlichkeitsanträgen.